

Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern

Mit Beiträgen von

Steffen Schoon
Robert Schulz
Sven Klüsener
Christian Schwießelmann
Reiner Holznagel
Annemarie Kophal
Sandro Geister
Danilo Vitense
Daniel Otto
Nikolaus Werz

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2004

HERAUSGEBER:

Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION:

Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jakob Rösel
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE:

Steffen Schoon, M.A.
Christian Schwießelmann, M.A.
Annemarie Kophal

CIP-KURZTITELAUFNahme:

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
<i>Steffen Schoon</i>	
Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern	6
<i>Robert Schulz / Sven Klüsener / Steffen Schoon</i>	
Die Bürgerschaftswahl in der Hansestadt Rostock	21
<i>Christian Schwießelmann</i>	
Die Europa- und Kommunalwahlen im Landkreis Güstrow	33
<i>Reiner Holznagel</i>	
Die Kommunalwahlen im Landkreis Demmin	46
<i>Annemarie Kophal</i>	
Die Kommunalwahlen im Uecker-Randow-Kreis	56
<i>Sandro Geister</i>	
Die Kommunalwahlen im Landkreis Ludwigslust	68
<i>Danilo Vitense / Daniel Otto</i>	
Die Kommunalwahlen in Neubrandenburg	79
Kartenanhang	88
Die Autoren	90
Ausgewählte Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“	91

Vorwort

Immer wieder wird auf die Bedeutung der Kommunalwahlen für Demokratie und Partizipation hingewiesen. In der Wirklichkeit lässt sich indessen dieser hohe Stellenwert nicht immer feststellen: Zum einen kann es sein, dass Kommunalwahlen stattfinden, die Bürger aber kaum hingehen, denn sie gelten zu Unrecht als Nebenwahlen. Zum anderen wird diese Ebene der Politik von der Wissenschaft etwas vernachlässigt. Um diesem Umstand zumindest für Mecklenburg-Vorpommern entgegenzuwirken, hat sich im Jahr 2001 am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften die Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ konstituiert, die seitdem eine Reihe von Publikationen vorgelegt hat (siehe S. 91.).

Zu der Arbeitsgruppe gehören Dozenten, aktuelle und ehemalige Mitarbeiter des Lehrstuhls und Studenten des Hauptstudiums. Das Interesse und das Engagement waren und sind erheblich. Mit beflügelt durch eine kleine Anschubfinanzierung der Landeszentrale für politische Bildung in Schwerin, für die hier nochmals ausdrücklich gedankt sei, haben nicht nur zahlreiche Sitzungen stattgefunden, es werden insgesamt auch drei zeitnahe zu den Kommunalwahlen 2004 erscheinende Publikationen vorgelegt.¹ Weitere Veröffentlichungen in Fachzeitschriften könnten folgen.

Die hier unter der Koordination von Steffen Schoon, M.A. vorgelegten Arbeiten stehen im Zusammenhang mit dem Forschungsschwerpunkt „Mecklenburg-Vorpommern – Eine Region in Europa“ am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre. Die Autoren möchten damit einen Beitrag zur Demokratie- und Wahlgeschichte des Landes leisten. Allen Mitarbeitern und Verfassern sowie dem ehemaligen Präsidenten der Rostocker Bürgerschaft, Prof. Dr. Ralf Friedrich und seinen MitarbeiterInnen im Büro der Bürgerschaft, Frau Cornelia Böttcher und Petra Kujoth sei herzlich gedankt.

Prof. Dr. Nikolaus Werz

1 Nikolaus Werz u.a., Bürgerschaft und Kommunalwahl in der Hansestadt Rostock, Rostock 2004 (Neue Demokratie; 8); Hans Jörg Hennecke (Hg.), Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte, Rostock 2004 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 21).

Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern

Steffen Schoon

1. Einleitung

Am 13. Juni 2004 waren die wahlberechtigten Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns zum vierten Mal nach der politischen Wende von 1989 aufgerufen, über die Besetzung ihrer kommunalen Vertretungen (Kreistage, Gemeindevertretungen) zu entscheiden. Da in Mecklenburg-Vorpommern seit 1994 die Landtags- und Bundestagswahlen am selben Tag abgehalten werden, stellen die Kommunalwahlen – neben den parallel hierzu stattfindenden Europawahlen – den einzigen landesweiten Wahlgang innerhalb der Legislaturperiode des Landtages dar. Insofern galten insbesondere die Wahlen zu den Kreistagen und zu den Bürgerschaften bzw. Stadtvertretungen der kreisfreien Städte auch als Stimmungstest für die Parteien mit Blick auf die kommende Landtagswahl 2006. Wie ist nun das Wahlergebnis zu bewerten? Welche Besonderheiten im kommunalpolitischen Raum sind auffällig und welche Auswirkungen könnte der Ausgang der Wahlen auf die anstehende Landtagswahl haben?

2. Ausgangsbedingungen

Ähnlich wie bei den letzten Kommunalwahlen 1999 wehte der SPD in Mecklenburg-Vorpommern auch 2004 ein scharfer bundespolitischer Gegenwind ins Gesicht. Die in der Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder (SPD) formulierte Reform des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme ließ die über 140 Jahre alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands bundesweit auf ein historisches Stimmungstief sinken.¹ Dies stand in starkem Gegensatz zur Situation bei den Landtagswahlen 2002, bei der die mecklenburg-vorpommersche SPD von der gleichzeitig abgehaltenen Bundestagswahl profitierte und sich als klarer Wahlsieger im Schweriner Schloss feiern lassen durfte.² Doch nicht nur der „Genosse Trend“ bereitete den Sozialdemokraten Probleme. Die kommunalpolitische Ebene in Mecklenburg-Vorpommern ist seit 1990 grundsätzlich ein schwieriges Pflaster für die SPD. 1999 erreichte sie bei den Kreistagswahlen landesweit nur 24 Prozent und besaß lediglich in der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar eine relative Mehrheit (Tabelle 1). In vielen

1 Vgl. u.a. ZDF-Politbarometer (www.zdf.de); Infratest dimap (www.infratest-dimap.de).

2 Vgl. hierzu u.a. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 60-79.

Kreistagen bzw. Bürgerschaften/Stadtvertretungen der kreisfreien Städte waren die Sozialdemokraten sogar mit weniger Abgeordneten vertreten als die PDS.

Mit anderen Schwierigkeiten hatte dagegen die PDS im Vorfeld der Wahlen zu kämpfen. Nach dem deutlich verpassten Wiedereinzug in den Bundestag 2002³ und der darauf folgenden innerparteilichen Führungskrise konnten die nordostdeutschen Sozialisten nicht auf Rückenwind von der Bundespartei hoffen. Die PDS war zudem in Mecklenburg-Vorpommern selber zerstritten. Durch Landesvorstand und Landtagsfraktion ging insbesondere wegen der geplanten Kommunal- und Funktionalreform ein tiefer Riss. Deutliche Differenzen bestanden hierbei gerade auch zwischen den politischen Stützen der PDS-Regierungsbeteiligung und der Parteibasis. Die PDS konnte sich in dieser Frage intern nur schwer auf eine einheitliche Linie verständigen und stellte damit die rot-rote Koalition vor eine harte Bewährungsprobe.

Die Stimmungslage im Land zwischen Elbe und Stettiner Haff war zudem in Anbetracht der wirtschaftlichen Krise und der einschneidenden Sparpolitik der Landesregierung von wenig Zuversicht und einer äußerst geringen Zufriedenheit mit den beiden Schweriner Koalitionären geprägt.⁴

Die CDU hatte hingegen zweifachen Grund zum Optimismus. Zum einen war die Union bundesweit seit längerem auf einem deutlichen Stimmungshoch. Die Umfragen sahen sie stets in der Nähe der absoluten Mehrheit im Bundestag.⁵ Zum anderen konnten die Christdemokraten von einer Position der Stärke aus in die Wahlauseinandersetzung gehen. Die CDU war seit 1990 landesweit immer die erfolgreichste Partei auf der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern. Nach 1999 stellte sie mit Ausnahme der Hansestädte Wismar und Rostock in allen Kreistagen und Bürgerschaften des Landes die größten Fraktionen.⁶ Im Wahlkampf 2004 nahm die CDU eine deutliche Gegenposition zu der von der rot-roten Regierung geplanten Kommunal- und Funktionalreform ein. Insbesondere die angedachte Reduzierung der zwölf Landkreise und sechs kreisfreien Städte auf nur noch vier oder fünf Regionalkreise verhalf der Union zu einem übergreifenden Wahlkampfthema. So deklarierte sie die Wahl zur Abstimmung gegen dieses Reformvorhaben.

Die kleinen Parteien, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, sowie die verschiedenen Wählergemeinschaften erhofften sich durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Sperrklausel den verstärkten Einzug in die Kreistage. Die Liberalen schöpften unter anderem aus dem guten

3 Lediglich Petra Pau und Gesine Löttsch gewannen in Berlin Direktmandate und sitzen somit im Bundestag.

4 Vgl. EMNID-Umfrage, April 2004, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten, 6.5.2004.

5 Vgl. u.a. ZDF-Politbarometer (www.zdf.de); Infratest dimap (www.infratest-dimap.de).

6 Vgl. u.a. Steffen Schoon, Die ersten Urwahlen der Bürgermeister und Landräte in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz u.a., Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15), S. 40-56, hier: S. 41-44.

Abschneiden bei den letzten Bundes- und Landtagswahlen Mut,⁷ denn seit 1999 waren sie nur noch in vier Kreistagen sowie in der Bürgerschaft von Wismar vertreten.

Noch dünner ist das kommunalpolitische Fundament von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, die nur über rund 270 Mitglieder im Land verfügen.⁸ Der Partei gelang 1999 neben dem organisatorisch eigenständigen Bündnis 90 in Rostock lediglich in der Universitätsstadt Greifswald und im Müritzkreis der Sprung in die Kreisvertretung.

Die verschiedenen Wählergemeinschaften spielen in Mecklenburg-Vorpommern insbesondere bei den Gemeinderatswahlen eine große Rolle und sind Ausdruck eines speziellen Wahlverhaltens der Bürger auf der kommunalen Ebene.⁹ Vor allem in kleinen Gemeinden beherrschen sie „geradezu monopolartig“ den Wählermarkt.¹⁰ 1999 wurden sie zusammen sogar landesweit zweitstärkste politische Kraft hinter der CDU. Allerdings konnten die Wählergemeinschaften auf Kreisebene bisher nicht dieselbe Bedeutung erlangen. Nur vereinzelt errangen sie 1999 Sitze in den Kreistagen, in den kreisfreien Städten waren sie hingegen chancenlos.¹¹

Tabelle 1:

Landesergebnisse der Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990-1999

Wahl-jahr	WBT	CDU		SPD		PDS		FDP		B 90/Gr.		Sonst. ¹	
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1990 ²	72,4	27,8		20,6		19,0		6,4		2,2		24,0	
1994	65,7	30,6	300	25,6	246	24,3	228	5,4	38	4,2	25	9,9	43
1999	50,5	39,9	378	24,0	224	21,9	208	4,1	17	1,9	10	8,2	35

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

¹ Inklusive Wählergemeinschaften und Einzelbewerber.

² Kein Vergleich der Mandatszahlen aufgrund der alten Kommunalstruktur möglich.

3. Wahlergebnis

Die CDU wurde landesweit mit 38,8 Prozent zum vierten Mal in Folge seit 1990 stärkste kommunale Partei in Mecklenburg-Vorpommern (Tabelle 2). Zweitstärkste Kraft ist erstmalig die PDS mit 20,2 Prozent, vor der SPD mit 19,1 Prozent der gültigen Stimmen. Es folgen die FDP mit 6,1 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen mit 3,1 Prozent und die einzelnen Wählergemeinschaften mit insgesamt 8,8 Prozent. Dabei ist gesondert hervorzuheben, dass Bündnis 90/Die Grünen offiziell in Rostock und Stralsund nicht zu den Wahlen antraten. Allerdings gab es hier mit dem Bündnis 90 und dem Forum Kommunalpolitik Stralsund

7 Die FDP erreichte bei der Landtagswahl 4,7 Prozent und bei der Bundestagswahl 5,1 Prozent. Vgl. auch: Nikolaus Werz/Jochen Schmidt (Anm. 2).

8 Angabe der Landesgeschäftsstelle (Stand: 31.12.2003).

9 Vgl. Axel Glemser, Kommunales Wahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern: Die Gemeindewahlen 1999 und 1994 im Vergleich mit den Bundes- und Landtagswahlen 1990-1998, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000, S. 207-238.

10 Glemser (Anm. 9), S. 224.

11 Vgl. u.a. Schoon (Anm. 6), S. 41-44.

Wählergemeinschaften, die personell mit der Partei verbunden waren und von dieser auch unterstützt wurden. Werden diese Ergebnisse für das Gesamtergebnis der Öko-Partei mitberücksichtigt, so würde der landesweite Stimmenanteil von Bündnis 90/Die Grünen 4,4 Prozent betragen, während die übrigen Wählergemeinschaften noch insgesamt 7,7 Prozent auf sich vereinen könnten. Einzelbewerber erzielten zusammen 2,8 Prozent.

Die Wahlbeteiligung fiel mit 44,9 Prozent auf den niedrigsten Stand seit 1990. Damit sank die Zahl der an den Wahlen teilnehmenden Bürger zum dritten Mal in Folge deutlich (1990: 72,4 Prozent; 1994: 65,7 Prozent; 1999: 50,5 Prozent).

Der Blick auf die Veränderungen zur letzten Kommunalwahl 1999 zeigt, dass alle drei großen Parteien an Stimmenanteilen verloren – am stärksten jedoch die Sozialdemokraten mit einem Minus von fast fünf Prozentpunkten. Gewinner waren dagegen die kleinen Parteien und die Wählergemeinschaften. Hierbei war sicher auch die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde förderlich, da deren potenzielle Wähler diesmal nicht kalkulieren mussten, inwieweit die von ihnen favorisierten Kandidaten überhaupt eine Chance auf den Einzug in die jeweiligen Vertretungen besitzen würden. Bei der Wahlentscheidung der Bürger spielten demnach taktische Gesichtspunkte sehr wahrscheinlich keine Rolle.

Der Fall der Fünf-Prozent-Hürde bewirkte somit eine Pluralisierung in der Zusammensetzung der Kreistage, Bürgerschaften und Stadtvertretungen. Die CDU hat nunmehr landesweit 336 Sitze inne, die PDS 179 und die SPD 166. Die Liberalen stellen 54, Bündnis 90/Die Grünen 26 und die Wählergemeinschaften zusammen 78 Vertreter – darunter elf von den Bündnis 90/Die Grünen nahe stehenden Gruppen in Rostock und Stralsund. Einzelbewerber errangen 18-mal Mandate, wobei sie in drei Fällen so viele Stimmen gewannen, dass ihnen nach dem Stimmenverrechnungsverfahren theoretisch sogar zwei Sitze zustanden. Da die Einzelbewerber jedoch naturgemäß nur einen Sitz für sich beanspruchen können, wurden die überzähligen Mandate nicht vergeben. Die Vertretungen in Schwerin, Stralsund und Güstrow haben deshalb ein Mitglied weniger als eigentlich vorgesehen. Das gleiche gilt für die Bürgerschaft in Greifswald, weil die Wählergemeinschaft *Bürgerliste Greifswald* zwar drei Sitze erobern konnte, jedoch nur zwei Kandidaten zur Wahl stellte.

Darüber hinaus schaffte auch die rechtsextreme NPD den Einzug in die Kreistage von Ostvorpommern, Ludwigslust, Müritz sowie in die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund. Bei Aufrechterhaltung der Fünf-Prozent-Hürde wäre ihr dies in keinem Kreis gelungen. Es erscheint jedoch vorerst übertrieben, die Wiedereinführung dieses Schutzmechanismus zu fordern, denn von „Weimarer Verhältnissen“ in den Kreistagen kann bei weitem keine Rede

sein. Die entsprechenden Vertretungen sollten souverän genug sein, um mit dieser Lage angemessen umgehen zu können.

Tabelle 2:
**Landesergebnis der Wahlen zu den Kreistagen sowie zu Bürgerschaften/
Stadtvertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern am 13.6.2004**

Wahlvorschlag	Wahlergebnis 2004			Veränderung zu 1999 (in Prozentpunkten)
	absolut	Prozent	Sitze	
CDU	716.864	38,8	336	- 1,1
SPD	352.374	19,1	166	- 4,9
PDS	373.697	20,2	179	- 1,7
FDP	112.475	6,1	54	+ 2,0
Bündnis 90/Die Grünen ¹	56.915 (81.347)	3,1 (4,4)	26 (37)	+ 1,4 (+ 2,0)
Wählergemeinschaften ²	162.883 (138.451)	8,8 (7,5)	78 (67)	+ 3,0 (+ 2,2)
Einzelbewerber	51.115	2,8	18	+ 1,1
Sonstige (Parteien)	19.182	1,0	9	+ 0,3
Wahlbeteiligung	44,9 %			-5,6

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen.

¹ in Klammern: inklusive der Ergebnisse der Bündnis 90/Die Grünen nahe stehenden Wählergemeinschaften Bündnis 90 in Rostock (auch für 1999) und Forum Kommunalpolitik Stralsund in Stralsund.

² in Klammern: ohne die Ergebnisse der oben genannten Wählergemeinschaften.

Betrachtet man die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 parallel zur Entwicklung der Landtagswahlen, so fällt eine immer deutlichere Diskrepanz zwischen beiden politischen Ebenen auf (Abbildung 1). Demnach war die Union seit 1999 bei den Kommunalwahlen sichtlich besser als bei den Landtagswahlen. Noch stärker klaffen die Ergebnisse der SPD – unter anderen Vorzeichen – zwischen den beiden Wahlebenen auseinander. Bei der Kommunalwahl 1999 erzielten die Sozialdemokraten 14 Prozentpunkte, 2004 sogar über 22 Prozentpunkte weniger als bei der jeweils letzten Landtagswahl. Die PDS verzeichnet dagegen deutlich geringere Variationen.

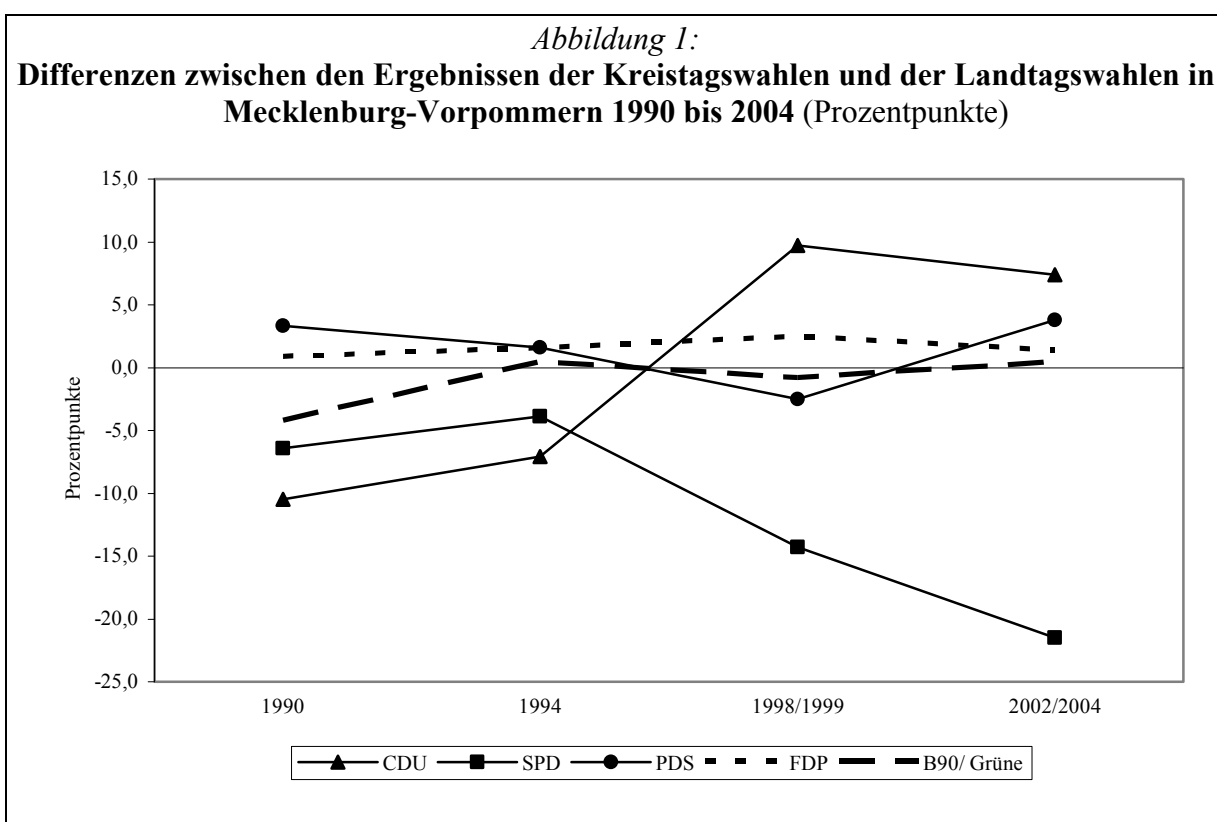
Die vertikale politische Zweiteilung des Landes – auch mit der Floskel „Roter Kopf und schwarze Füße“¹² beschrieben – hat dabei mehrere Ursachen: So gelingt es der SPD bei den überregionalen Wahlen bisher merklich besser, ihre potenziellen Wähler zu mobilisieren als zu den Kommunalwahlen. Dies hängt mit der größeren Bedeutung der Wahlen auf Landesebene zusammen, vor allem in Anbetracht der Gleichzeitigkeit von Landtags- und Bundestagswahl. Auf der kommunalen Ebene haben zudem die grundsätzlichen politischen Orientierungen weniger Einfluss auf die Wahlentscheidung, da es sich hierbei in viel stärkerem Maße um Personenwahlen handelt.

Andererseits zeigen diese Befunde aber auch eine originäre Stärke der CDU im kommunalpolitischen Bereich. Die Union kann auf eine vergleichsweise starke kommunale

12 Nikolaus Werz, Die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz u.a. (Anm. 6), S. 7-22, hier: S. 13.

Verankerung bauen. Es gelingt ihr aufgrund der größeren Anzahl von Mitgliedern,¹³ insbesondere aber durch die Gewinnung von örtlichen Honoratioren ohne Parteibuch, eine Vielzahl von zugkräftigen Kandidaten zu den Wahlen aufzustellen. In den Gemeinde- und Stadtvertretungen verfügten die Christdemokraten nach 1999 über deutlich mehr Sitze als SPD, PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zusammen. Die Sozialdemokraten weisen in dieser Hinsicht erhebliche Defizite auf, was nach wie vor ein großer struktureller Nachteil für die SPD im Parteienwettbewerb des Landes ist.

Die relativ geringe Fluktuation der PDS-Wahlergebnisse spricht hingegen für die strukturelle Verankerung der Partei im Land. Die Sozialisten können nach wie vor auf einen festen Stammwählerkern bauen.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen und Darstellung.

4. Regionale Unterschiede und Strukturmuster

Die Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen und Bürgerschaften/Stadtvertretungen der kreisfreien Städte fielen innerhalb des Landes sehr unterschiedlich aus und zeigen eine deutliche regionale Differenzierung im Wahlverhalten Mecklenburg-Vorpommerns (Tabellen 3 und 4, Karten 1 und 2 im Anhang). Hierbei kommt auch die besondere Charakteristik von Kommunalwahlen zum Ausdruck.

¹³ Die CDU hatte 2003 nach Angaben der Landesgeschäftsstelle rund 7.000 Mitglieder, die SPD nur 3.400.

Die CDU wurde mit Ausnahme der Hansestadt Wismar in allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten stärkste politische Kraft, erstmals auch in Rostock. Dahinter verbergen sich jedoch zum Teil erhebliche Unterschiede im Niveau der Wahlergebnisse. So erzielten die Christdemokraten ihre höchsten Resultate in Nordvorpommern mit rund 51 Prozent sowie in Demmin und Ostvorpommern mit rund 49 bzw. 46 Prozent. Deutlich weniger Zuspruch erhielt die Union dagegen in den Hansestädten Wismar und Rostock, wo sie unterhalb der 25-Prozent-Marke blieb. Hier spiegelt sich das aus den Ergebnissen der Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990 schon lange bekannte regionale Verteilungsmuster wider, nach dem die CDU ihre Stärken vor allem in Vorpommern besitzt und in Mecklenburg, insbesondere in den größeren Städten, deutlich schwächer ist.¹⁴ Ausnahmen von diesem Strukturmuster waren die bisher eher konservativ geprägten Hansestädte Greifswald und Stralsund, in denen die Christdemokraten mit einem Minus von 10,1 bzw. 12,9 Prozentpunkten weit überdurchschnittlich gegenüber 1999 verloren. In der Stadt am Strelasund dürften sich dabei insbesondere die Querelen um den Oberbürgermeister Harald Lastovka, dem von der Staatsanwaltschaft Vorteilsnahme bei einer privaten Kreditaufnahme vorgeworfen wurde, sowie der geplante und in ganz Deutschland heftig diskutierte Verkauf der örtlichen Sparkasse spürbar negativ auf das Abschneiden der CDU ausgewirkt haben.

Die SPD erreichte demgegenüber in allen mecklenburgischen Kreisen bessere Wahlergebnisse als in den vorpommerschen Landesteilen, wo sie durchweg weniger als 15 Prozent erhielt. Nur in Greifswald erzielte sie mit 18,7 Prozent geringfügig mehr und zeigte sich damit auch etwas stärker als in der Landeshauptstadt Schwerin. Die vorpommersche Universitätsstadt war auch der einzige Kreis, in dem sich die Sozialdemokraten im Vergleich zu 1999 steigern konnten. Am schlechtesten schnitt die SPD auf der Insel Rügen mit 10,7 Prozent ab. In der Hansestadt Wismar konnten die Sozialdemokraten dagegen ihre Position als stärkste Partei behaupten, indem sie hier mit 37,5 Prozent ein weit über dem Landesschnitt liegendes Ergebnis einfuhren. Gleichwohl steht Wismar als kommunaler Leuchtturm für die Sozialdemokratie ziemlich allein da. Auch bei der SPD wird die aus den Landtagswahlen bekannte regionale Schwerpunktbildung im Land, nämlich ein starkes West-Ost-Gefälle, sehr deutlich.

Die Hochburgen der PDS liegen nach wie vor in den alten DDR-Bezirksstädten. Allerdings haben sich diese doch merklich abgeschliffen, da die Partei hier die größten Stimmenverluste gegenüber den Kommunalwahlen 1999 zu verzeichnen hatte. In Rostock und Schwerin waren die Sozialisten nur noch unwesentlich erfolgreicher als in vielen ländlichen Kreisen. Dieser

14 Vgl. u.a. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt (Anm. 2).

Trend ließ sich schon bei den vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen ablesen. Die SED-Nachfolgepartei verliert allmählich ihre ehemals besondere Stärke in diesen früheren Dienstleistungs- und Verwaltungszentren der DDR. Dies liegt unter anderem auch an dem Wegzug vieler Stadtbewohner, speziell aus den Plattenbaugebieten, in den so genannten Speckgürtel der Städte.¹⁵ Lediglich Neubrandenburg stellt noch eine PDS-Bastion dar, dort erzielte sie 30 Prozent. In diesem Zusammenhang könnte eine mögliche Erklärung darin zu suchen sein, dass sich die Vier-Tore-Stadt in einem wichtigen Punkt von den beiden anderen ehemaligen Bezirksstädten unterscheidet. Im Gegensatz zu Rostock oder Schwerin ist sie zum Großteil ein „Produkt“ der ehemaligen DDR-Führung, denn erst im Zuge der Verwaltungsneugliederung von 1952 wurde Neubrandenburg als neues Bezirkszentrum planmäßig ausgebaut und verzeichnete eine enorme Zuwanderung speziell von „staatsnahen“ Bevölkerungsschichten, so dass die Einwohnerzahl zwischen 1946 und 1990 außerordentlich stark von rund 20.000 auf fast 90.000 anwuchs. Wahrscheinlich ist hier deswegen das Stammwählermilieu der PDS, nämlich die ehemalige „Dienstklasse“¹⁶ der DDR, etwas stärker erhalten geblieben.

Die FDP war auf Rügen, in Bad Doberan und Wismar am stärksten. Dort erzielte sie jeweils über elf Prozent. Der Inselkreis entwickelt sich dabei offensichtlich zu einer echten Hochburg der Liberalen, denn schon 1999 gewannen sie hier 10,4 Prozent.

Bündnis 90/Die Grünen bzw. die ihnen durch personelle Verflechtung nahe stehenden Wählergruppen¹⁷ besitzen ihre Bastionen vor allem in den kreisfreien Städten. In Rostock, Schwerin und Stralsund erreichten sie mit über zehn Prozent die größte Zustimmung. In der Universitätsstadt Greifswald dürften zudem die recht erfolgreichen Entkalker – eine Wählervereinigung von Studenten (3,1 Prozent) – ein besseres Ergebnis der Öko-Partei verhindert haben. In den ländlichen Kreisen sowie in Wismar und Neubrandenburg blieben Bündnis 90/Die Grünen unter der zumindest psychologisch wichtigen Fünf-Prozent-Marke. Eine Ausnahme bildet der Müritzkreis, wo sie sechs Prozent erreichten und zum wiederholten Male seit 1994 in den Kreistag einzogen.

15 Vgl. Steffen Schoon, Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern: Wahlen und Wähler, Magisterarbeit, Rostock 2000, S. 35-37; Steffen Schoon, Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern, in: Deutschland Archiv, 34. Jg. (2001), H.5, S. 777-784, hier: S. 778.

16 Michael Brie, Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch (Hg.), Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, (Neue Kleine Bibliothek; 45), S. 9-38, hier: S. 24.

17 Bündnis 90 in der Hansestadt Rostock und Forum Kommunalpolitik Stralsund in der Hansestadt Stralsund.

Die erfolgreichste Wählergemeinschaft war das Bürgerbündnis Uecker-Randow im gleichnamigen Kreis mit 12 Prozent, das schon fünf Jahre zuvor ein ähnlich gutes Ergebnis erzielen konnte. Die politische Bedeutung dieser Gruppe in der Region unterstreicht auch die Tatsache, dass sie bei den gleichzeitig abgehaltenen Landratswahlen ihren Kandidaten in die Stichwahl brachte, der diese schließlich auch gewinnen konnte.¹⁸ Insgesamt erreichten die verschiedenen Wählergemeinschaften im Kreis Uecker-Randow sogar über ein Fünftel aller Stimmen. Gleiches gilt für die Hansestädte Rostock und Stralsund, aber nur wenn hierbei auch jeweils die von Bündnis 90/Die Grünen unterstützten und personell mitgetragenen Wählergruppen mitgezählt werden. Im Kreis Rügen konnte sich erneut das Bündnis für Rügen mit 10,5 Prozent behaupten. In Schwerin traten hingegen keine Wählergemeinschaften, dafür umso mehr Einzelbewerber (zwölf) zur Wahl an. Diese kamen zusammen auf 11,1 Prozent.

Die Wahlbeteiligung variierte ebenfalls deutlich zwischen den Kreisen. Während beispielsweise in Ludwigslust 51 Prozent der Bürger zur Wahl gingen, waren dies in Wismar und Rostock noch nicht einmal 36 Prozent. Überhaupt fiel die Wahlbeteiligung in allen kreisfreien Städten spürbar niedriger aus als in den Landkreisen. Die Ursache hierfür liegt in den gleichzeitig abgehaltenen Gemeinderatswahlen, die aufgrund der geringeren Einwohnerzahl üblicherweise eine höhere Mobilisierung der Wahlbevölkerung mit sich bringen. Die geringe Wahlbeteiligung hatte dabei zum Teil recht bizarre Folgen, so gelang beispielsweise der Partei Bibeltreuer Christen (PBC) mit gerade einmal 806 Stimmen (0,7 Prozent) der Einzug in den Güstrower Kreistag.¹⁹

In diesem Zusammenhang sei eine kleine Randbemerkung angefügt: In der Gemeinde Pulow, Kreis Ostvorpommern, gab es bei rund 260 Wahlberechtigten eine rekordverdächtige Wahlbeteiligung von über 90 Prozent. Grund hierfür war offensichtlich eine starke Polarisierung der Bevölkerung im Hinblick auf den künftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde und den Verkauf eines Gutshauses. Der Gegensatz zwischen den beiden Lagern mit konträren Auffassungen ging sogar so weit, dass die Sitzungen der Gemeindevertreter unter dem Schutz der Polizei abgehalten werden mussten. Unter diesen Umständen wurden die Einwohner regelrecht an die Wahlurne „getrieben“.²⁰

18 Vgl. den Beitrag von Annemarie Kophal in diesem Band.

19 Vgl. den Beitrag von Christian Schwießelmann in diesem Band.

20 Vgl. Gegensätzlich gepolte Gemeinde Pulow, in: www.nordkurier.de, 17.06.2004.

Tabelle 3:

Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen und Bürgerschaften/ Stadtvertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern 2004 nach Kreisen (in Prozent)

Kreisfreie Stadt, Landkreis	WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/ Grüne	WG	Ebw.	Sonst. ³
Greifswald	38,5	36,9	18,8	21,3	5,5	6,4	9,4	1,8	-
Neubrandenburg	39,0	31,6	20,1	30,0	5,5	2,9	7,5	2,4	-
Rostock ¹	35,7	24,2	21,4	24,0	4,9	-	22,1 ¹	2,4	1,1
Schwerin	38,6	31,1	17,4	23,7	6,8	10,0	-	11,1	-
Stralsund ²	40,6	29,8	12,8	22,3	3,5	-	21,4 ²	6,2	3,9
Wismar	35,6	22,6	37,5	17,5	11,5	2,5	3,1	5,3	-
Bad Doberan	49,4	39,7	22,4	17,2	11,6	4,3	1,6	3,2	-
Demmin	47,3	49,3	13,2	23,5	5,4	1,9	6,4	0,3	-
Güstrow	43,9	40,0	21,2	18,6	3,8	2,9	6,4	6,4	0,7
Ludwigslust	51,2	39,1	26,1	15,0	4,6	3,8	6,8	0,8	3,8
Mecklenburg-Strelitz	46,2	43,7	20,6	22,2	7,5	3,1	0,7	2,3	-
Müritz	49,2	35,5	21,5	15,7	6,7	6,0	11,3	0,6	2,6
Nordvorpommern	47,5	51,3	13,7	18,8	5,7	2,1	8,1	0,3	-
Nordwestmecklenburg	48,0	39,9	19,6	18,7	5,1	3,0	8,7	5,0	-
Ostvorpommern	48,5	46,4	14,4	19,5	3,9	2,1	8,3	1,3	4,2
Parchim	49,3	43,4	20,4	18,3	5,9	3,8	5,1	3,0	-
Rügen	48,0	41,1	10,7	22,3	11,7	2,7	10,5	1,0	-
Uecker-Randow	48,5	38,0	14,8	22,6	3,6	0,8	20,2	-	-

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen. Rundungsfehler möglich.
WG = Wählergemeinschaften. Ebw. = Einzelbewerber.

¹ Darunter das Bündnis 90/Die Grünen nahe stehende Bündnis 90 mit 10,6 Prozent.

² Darunter das Bündnis 90/Die Grünen nahe stehende Forum Kommunalpolitik Stralsund mit 10,6 Prozent.

³ Bis auf Rostock (Die Grauen-Graue Panther) und Güstrow (Partei Bibeltreuer Christen) ausschließlich NPD.

Tabelle 4:

Sitzverteilungen in den Kreistagen und Bürgerschaften/Stadtvertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern 2004 nach Kreisen

Kreisfreie Stadt, Landkreis	CDU	SPD	PDS	FDP	B*90/ Grüne	WG	Ebw.	Sonst. ³	Gesamt
Greifswald	16	8	9	2	3	3	1	-	42
Neubrandenburg	14	9	13	2	1	3	1	-	43
Rostock ¹	13	11	13	3	-	11	1	1	53
Schwerin	14	8	11	3	4	-	4	-	44
Stralsund ²	13	5	10	1	-	10	1	2	42
Wismar	9	14	7	4	1	1	1	-	37
Bad Doberan	21	12	9	6	2	1	2	-	53
Demmin	23	6	11	3	1	3	-	-	47
Güstrow	21	11	10	2	2	3	2	1	53
Ludwigslust	21	14	8	2	2	4	-	2	53
Mecklenburg-Strelitz	21	10	10	4	1	-	1	-	47
Müritz	17	10	7	3	3	6	-	1	47
Nordvorpommern	27	7	10	3	1	5	-	-	53
Nordwestmecklenburg	21	10	10	3	1	5	3	-	53
Ostvorpommern	25	8	10	2	1	5	-	2	53
Parchim	23	11	10	3	2	3	1	-	53
Rügen	19	5	11	6	1	5	-	-	47
Uecker-Randow	18	7	10	2	-	10	-	-	47

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

WG = Wählergemeinschaften. Ebw. = Einzelbewerber.

¹ Darunter das Bündnis 90/Die Grünen nahe stehende Bündnis 90 mit sechs Sitzen.

² Darunter das Bündnis 90/Die Grünen nahe stehende Forum Kommunalpolitik Stralsund mit fünf Sitzen.

³ Bis auf Rostock (Die Grauen-Graue Panther) und Güstrow (Partei Bibeltreuer Christen) ausschließlich NPD.

Die strukturellen Muster des spezifischen regionalen Wählerverhaltens in Mecklenburg-Vorpommern treten noch deutlicher zutage, wenn nicht nur die Kreis-, sondern auch die Gemeindeebene in die Analyse einbezogen wird (Tabelle 5). Es bestätigt sich danach die privilegierte Stellung der CDU in Vorpommern, die hier insgesamt über 43 Prozent der Stimmenanteile erringen konnte. In Mecklenburg waren dies rund acht Prozentpunkte weniger. Die Sozialdemokraten kamen hingegen im westlichen Landesteil auf immerhin 21,8 Prozent und lagen damit knapp vor der PDS. In Vorpommern erreichten sie aber noch nicht einmal 14 Prozent, womit die entsprechende Differenz zur Union fast 30 Prozentpunkte betrug. Die PDS wies dagegen wie schon bei der Landtagswahl 2002 keine markanten Unterschiede zwischen den historischen Landschaften auf. Auffällig ist zudem das deutlich bessere Abschneiden der Wählergemeinschaften in Vorpommern.

Auch im Hinblick auf die Gemeindegrößen werden Unterschiede im Wahlverhalten sichtbar. Die Christdemokraten waren demnach in ländlichen Gemeinden erfolgreicher als in größeren Ortschaften. Während sie in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern rund 44 Prozent Zustimmung erhielten, erreichten sie in den 13 Städten über 15.000 Einwohnern nur 30,3 Prozent. Umgekehrt erhöhten sich tendenziell – wenn auch nur leicht – die Chancen der SPD bei zunehmender Gemeindegröße. Die PDS konnte im Schnitt insbesondere in den mittelgroßen und großen Städten besser abschneiden. Während das Profil für die FDP und die Wählergemeinschaften in dieser Hinsicht weniger ausgeprägt ist, besitzen Bündnis 90/Die Grünen ganz klar ihren Schwerpunkt in den großen Städten des Landes.

Bei der CDU und der PDS fielen die Verluste zu den Kommunalwahlen 1999 insbesondere in den Städten über 15.000 Einwohnern überproportional aus. Demgegenüber verzeichneten die Bündnisgrünen, die Wählergemeinschaften und mit Abstrichen auch die Liberalen gerade hier überdurchschnittliche Gewinne. Die SPD verlor indessen flächendeckend an Zustimmung. Dies gilt auch für den Vergleich mit der vorangegangenen Landtagswahl im Jahr 2002.

Tabelle 5:

Kreistagswahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern 2004 in regionalen Kontexten
(Mittelwerte der Stimmenanteile und Differenzen in Prozent bzw. Prozentpunkten)

		WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/ Grü. ¹	WG	Ebw.
Ergebnisse der Kreistagswahlen 2004	Vorpommern	46,2	43,3	13,9	21,3	5,2	3,3	10,3	1,3
	Mecklenburg	44,4	35,5	21,8	20,5	6,4	5,2	6,2	3,5
	bis 2.000 Einw.	56,4	44,1	17,3	17,4	6,0	3,1	8,7	2,3
	bis 5.000 Einw.	48,7	44,0	18,8	17,8	7,1	2,7	7,2	1,8
	bis 15.000 Einw.	40,9	39,6	19,2	23,3	5,9	2,9	5,7	2,2
	über 15.000 Einw.	37,3	30,3	21,1	23,1	5,6	7,3	7,5	4,0
Gewinne/Verluste zu den Kreistagswahlen 1999	Vorpommern	-5,9	-2,2	-5,1	0,0	+1,0	+1,9	+4,0	-0,1
	Mecklenburg	-5,8	-0,7	-4,8	-2,6	+2,5	+2,1	+2,2	+1,7
	bis 2.000 Einw.	-7,0	+0,5	-5,8	-0,2	+1,6	+1,8	+0,7	+0,8
	bis 5.000 Einw.	-5,9	+1,3	-5,3	-0,4	+1,6	+1,4	+0,7	+0,4
	bis 15.000 Einw.	-6,5	-0,7	-3,3	+0,8	+1,5	+0,6	+0,5	-0,1
	über 15.000 Einw.	-4,8	-3,7	-4,9	-4,6	+2,7	+3,3	+6,1	+2,2
Gewinne/Verluste zur Landtagswahl 2002	Vorpommern	-14,5	+5,9	-21,0	+4,9	+0,5	+1,4	-	-
	Mecklenburg	-19,4	+6,7	-21,6	+4,4	+1,7	+2,6	-	-
	bis 2.000 Einw.	-9,5	+8,9	-21,1	+2,6	+1,1	+0,9	-	-
	bis 5.000 Einw.	-15,1	+10,1	-20,6	+3,1	+1,8	+0,4	-	-
	bis 15.000 Einw.	-19,6	+8,0	-22,2	+6,7	+1,6	+1,2	-	-
	über 15.000 Einw.	-24,0	+2,4	-21,7	+5,5	+1,1	+4,3	-	-

Quelle: Datengrundlage Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

Eigene Berechnungen. Gemeindeebene (N=870); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2004. WG = Wählergemeinschaften, Ebw. = Einzelbewerber.

¹ inklusive Bündnis 90 in Rostock und Forum Kommunalpolitik Stralsund in Stralsund.

Bleibt man bei der Landtagswahl als Bezugspunkt, so sind im Wesentlichen zwei Entwicklungen auffällig (Tabelle 6). Zum einen verloren die Sozialdemokraten in ihren Hochburgen von 2002 mit durchschnittlich 22,4 Prozentpunkten mehr Stimmenanteile als in ihren damaligen Diasporagebieten (18,4 Prozentpunkte). Interessant ist diesbezüglich auch der Blick auf die Veränderung der Wahlbeteiligung, die gerade in den früheren starken Gebieten der SPD besonders drastisch absank. Dies deutet darauf hin, dass die Sozialdemokraten am stärksten unter einer mangelnden Mobilisierung ihrer Anhängerschaft gelitten haben. Auf der anderen Seite erzielten vor allem PDS, FDP und die Bündnisgrünen in ihren entsprechenden Hochburgen der letzten Landtagswahl tendenziell höhere Stimmengewinne als anderswo. Die Sozialisten steigerten sich beispielsweise in Neubrandenburg um neun, im Land insgesamt aber nur um 3,8 Prozentpunkte. Die Christdemokraten verbuchten ihrerseits einen deutlichen Stimmenzuwachs von landesweit 7,4 Prozentpunkten. Dieser Anstieg verlief allerdings bezüglich der einzelnen Kreise disproportional. In Parchim betrug er über 13, in Rostock nur 0,3 Prozentpunkte. In Wismar und Stralsund verlor die Union sogar leicht.

Tabelle 6:

Gewinne/Verluste bei den Kreistagswahlen 2004 im Vergleich zur Landtagswahl 2002 in den politischen Kontexten der LTW 2002 (Mittelwerte der Differenzen in Prozentpunkten)

Politische Kontexte LTW 2002		WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90 Grü. ¹	WG	Ebw.
WBT	Diaspora	-17,8	+5,9	-21,2	+5,9	+0,8	+1,5	+8,0	+2,5
	Hochburgen	-12,9	+8,7	-19,0	+2,2	+1,5	+1,2	+6,7	+2,0
CDU	Diaspora	-22,0	+5,2	-22,1	+4,8	+1,9	+3,2	+6,7	+3,6
	Hochburgen	-12,1	+8,4	-18,8	+2,9	+0,0	+0,5	+9,4	+1,0
SPD	Diaspora	-11,7	+5,8	-18,4	+4,8	+0,8	+0,4	+9,8	+0,7
	Hochburgen	-21,4	+6,4	-22,4	+4,3	+1,3	+2,9	+7,6	+2,5
PDS	Diaspora	-11,5	+10,7	-20,8	+2,4	+0,4	+0,5	+7,6	+1,9
	Hochburgen	-20,6	+4,0	-22,1	+6,0	+1,7	+3,3	+7,6	+3,2
FDP	Diaspora	-12,1	+10,2	-22,9	+4,6	+0,6	+0,5	+8,3	+2,1
	Hochburgen	-13,9	+7,6	-20,6	+1,7	+3,7	+1,6	+7,5	+2,1
B'90/ Grüne	Diaspora	-13,8	+7,5	-21,2	+6,5	+0,7	+0,5	+7,7	+1,1
	Hochburgen	-20,0	+4,4	-22,3	+4,0	+1,2	+4,7	+7,6	+3,9

Quelle: Datengrundlage Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

Eigene Berechnungen. Gemeindeebene (N=870); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2004.

WG = Wählergemeinschaften, Ebw. = Einzelbewerber.

¹ inklusive Bündnis 90 in Rostock und Forum Kommunalpolitik Stralsund in Stralsund.

Diaspora = Das Viertel der Gemeinden mit den niedrigsten Wahlergebnissen; Hochburg = das Viertel der Gemeinden mit den höchsten Wahlergebnissen.

Die Struktur der regionalen Stimmenverteilung auf der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern erscheint insgesamt stabil (Tabelle 7). Die Wahlergebnisse von CDU und SPD lassen sich so zu über 60 Prozent aus der Verteilungsstruktur der 1999er Wahlen erklären. Allerdings sind auch leichte strukturelle Verschiebungen im kommunalen Wahlverhalten festzustellen. Besonders offensichtlich wird zudem in der Berechnung die schon angesprochene vertikale politische Zweiteilung des Landes. Bei allen Parteien ergibt sich eine deutlich geringere Erklärungsleistung durch die Landtagswahlen 2002 im Vergleich zur Kommunalwahl 1999. Speziell mit Blick auf die Liberalen und die Sozialdemokraten vermögen die Ergebnisse der überregionalen Wahlen nur wenig Aufschluss über die Chancen auf der kommunalen Wahlebene zu geben.

Tabelle 7:
Varianzerklärung durch die Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen
 (Determinationskoeffizient $R^2 \times 100$)

Wahlpaar	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/ Grüne ¹	WG	Ebw.
KTW 1999 / KTW 2004	63	65	56	53	58	21	17
LTW 2002 / KTW 2004	49	36	45	15	42	-	-

Quelle: Datengrundlage Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen. Gemeindeebene (N=870); gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten 2004. WG = Wählergemeinschaften, Ebw. = Einzelbewerber.

¹inklusive Bündnis 90 in Rostock und Forum Kommunalpolitik Stralsund in Stralsund.

5. Fazit und Ausblick

Die Kreistage der Landkreise sowie die Bürgerschaften bzw. Stadtvertretungen der kreisfreien Städte sind durch den vermehrten Einzug der verschiedenen Wählervereinigungen, Einzelbewerber und kleiner Parteien „bunter“ geworden. Als wesentliche Ursache hierfür sind der Fall der Fünf-Prozent-Hürde sowie die geringe Wahlbeteiligung auszumachen. Damit verfestigt sich der Trend, wonach die kommunalpolitische Ebene in Mecklenburg-Vorpommern deutlich weniger durch die etablierten Parteien geprägt ist. Insbesondere die Wählervereinigungen, die bisher schon in den Gemeinderäten landesweit die zweitstärkste politische Kraft darstellten, können nunmehr auch auf der Kreisebene eine größere Rolle spielen. Prinzipiell kann diese Entwicklung durchaus begrüßt werden, da sie doch ein Ausweis des so oft geforderten Bürgerengagements ist. Gleichwohl muss sich jetzt erweisen, ob und inwieweit die neue Vielfalt in den Vertretungen deren Arbeit erschwert oder wichtige Entscheidungsprozesse verlangsamt.

In dieser Hinsicht könnte die Neuregelung bezüglich der Fraktionsgröße eine stabilisierende Wirkung ausüben. Nach der geänderten Kommunalverfassung sind nunmehr mindestens vier Kreistagsmitglieder notwendig um eine Fraktion bilden zu können.²¹ Dieser Status ist für die Arbeitsfähigkeit und politische Schlagkraft der Vertreter von enormer Bedeutung. Der entsprechende Druck auf die kleinen Parteien, Wählergemeinschaften und Einzelbewerber in Richtung eines Zusammenschlusses mit anderen Gruppen im Kreistag hat dabei schon zu recht ungewöhnlichen Allianzen geführt. So bilden beispielsweise die Vertreter von FDP und Bündnis 90/Die Grünen in den Kreistagen von Nordwestmecklenburg und Demmin

21 KV M-V, § 5, Abs. 4. Die Verfassungsmäßigkeit dieser Neuregelung ist jedoch noch nicht geklärt. Zwischenzeitlich hat das Landesverfassungsgericht in Greifswald nach einer Klage von Bündnis 90/Die Grünen eine einstweilige Anordnung erlassen, wonach weiterhin zwei gewählte Vertreter ausreichen, um eine Fraktion bilden zu können. Eine endgültige Entscheidung steht allerdings noch aus und wird voraussichtlich im Herbst 2004 fallen. Vgl. Für Fraktion reichen zwei Abgeordnete, in: Ostsee-Zeitung, 15.07.2004.

gemeinsame Fraktionen, bei letzterer zudem unter Einbeziehung der Wählergemeinschaft Ländlicher Raum.²²

Die geringe Wahlbeteiligung – insbesondere in den kreisfreien Städten – ist aus demokratietheoretischer Sicht, unter anderem wegen der mangelnden Legitimation der Vertretungen, höchst problematisch. Patentrezepte hiergegen sind nicht vorhanden. Die Mahnung geht einerseits an die kommunalen Vertreter, ihrerseits für mehr Transparenz und Öffentlichkeit ihrer Arbeit zu sorgen. Andererseits muss auch ein Appell an die Bürger selber gerichtet werden, ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen nachzukommen. Übliche Argumente wie Parteienverdrossenheit oder mangelnde Auswahlmöglichkeit erscheinen jedenfalls in Anbetracht der Charakteristik von Kommunalwahlen als Personalabstimmungen wenig überzeugend.

Das Ergebnis der Kommunalwahl ist kein Indiz für den Ausgang der nächsten Landtagswahl im Jahr 2006. Hierbei gilt es, die ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen beider Wahlebenen zu beachten. Die Landtagswahl findet voraussichtlich wieder zusammen mit der Bundestagswahl statt, die sehr wahrscheinlich eine deutlich höhere Wahlbeteiligung mit sich bringen wird. Zudem werden die Wahlen wesentlich „politisierter“ sein, als dies bei den Kommunalwahlen und der damit verbundenen Bedeutung von Personen der Fall ist. Darüber hinaus deutet die relative Stabilität der regionalen Wählerstrukturen nicht auf eine dramatische Verschiebung der Wählerpotenziale im Land hin.

Dennoch dürfte die schwache kommunale Verankerung der SPD mittelfristig Folgen für die Sozialdemokraten auch auf der überregionalen Ebene haben. Die Rekrutierung von politischem Personal ist hierbei nur eines der Probleme. Auf der anderen Seite könnte es der CDU gelingen, sich dauerhaft in vielen Kommunen und Kreisen als dominierende Partei festzusetzen und so möglicherweise längerfristige Parteibindungen aufzubauen.

FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben durch den nahezu flächendeckenden Einzug in die Kreistage bzw. Bürgerschaften/Stadtvertretungen die Chance, ihre strukturelle Verankerung im Land zu verbessern und sich so möglicherweise langfristig im Parteienwettbewerb des Landes zu etablieren.²³ Diese Entwicklung hätte dann allerdings eine spürbare Veränderung des politischen Koordinatensystems in Mecklenburg-Vorpommern zur Folge.

22 Vgl. Norddeutsche Neueste Nachrichten, 08.07.2004; vgl. den Beitrag von Reiner Holznagel in diesem Band.

23 Bündnis 90/Die Grünen sind abgesehen von den Besonderheiten in Rostock und Stralsund nur im Kreistag von Uecker-Randow ohne Sitz.

Die Bürgerschaftswahl in der Hansestadt Rostock

Robert Schulz / Sven Klüsener / Steffen Schoon

1. Einleitung

Die Hansestadt Rostock ist die einzige Großstadt in Mecklenburg-Vorpommern und gilt als das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Landes. Insofern stehen die politischen Verhältnisse in Rostock landesweit stets unter einer besonderen Beobachtung. Am 13. Juni 2004 konnten die wahlberechtigten Ostseestädter die Zusammensetzung ihrer Kommunalvertretung, der Bürgerschaft, bestimmen. Der folgende Beitrag beschäftigt sich daher mit dem Ausgang und den politischen Folgen der Bürgerschaftswahl.

2. Ausgangsbedingungen

Die Sitzungsperiode der 3. Rostocker Bürgerschaft von 1999 bis 2004 begann als Vier-Parteien-Vertretung. Stärkste Fraktion war die PDS, die in den Wahlen von 1999 31,9 Prozent erhielt, mit 18 Sitzen. CDU und SPD stellten je 16 und die Wählergemeinschaft Bündnis 90 drei Vertreter (Tabelle 1). Zusammen mit der SPD vereinbarten die Sozialisten eine Kooperation, die jedoch zur Mitte der Wahlperiode zusammenbrach. Seitdem wurde im Rathaus mit wechselnden Mehrheiten gearbeitet.

Ein auffälliges Merkmal der Wahlperiode war die Fragmentierung des politischen Spektrums in der Bürgerschaft. So gab es einige vieldiskutierte Fraktionsabspaltungen und Fraktionsneubildungen.¹ Die CDU verlor schon 1999 drei Mitglieder, die danach als Fraktion Unabhängiger Christlicher Demokraten (UCD) in der Bürgerschaft saßen. Nach dem Aufkommen der Schill-Partei verließ ein weiterer Vertreter die Unionsfraktion, der dann als Fraktionsloser für die Partei Rechtsstaatlicher Offensive des Rechtspopulisten Ronald B. Schill der Bürgerschaft angehörte. Die PDS hatte nach parteiinternen Querelen ebenfalls den Austritt zwei engagierter Mitglieder zu verkraften, die fortan als Rostocker Bund in der Bürgerschaft arbeiteten. Wenige Wochen vor der Wahl trennte sich schließlich auch die SPD-Fraktion von einem ihrer Mitglieder. Obwohl die SPD ihn als Kandidat für die Bürgerschaft bereits aufgestellt hatte, gründete er eine eigene Liste Aktiv für Rostock und zog seine SPD-Kandidatur zurück.

1 Vgl. Christoph Krüger, Kleine Fraktionen – große Wirkungen – geringe Chancen? Die Kleinfaktionen in der Rostocker Bürgerschaft im Verlauf der Wahlperiode 1999-2004, in: Nikolaus Werz u.a., Bürgerschaft und Kommunalwahl in der Hansestadt Rostock, Rostock 2004 (Neue Demokratie; 8), S. 18-26.

Tabelle 1:
Ergebnisse der Kommunalwahlen in der Hansestadt Rostock 1990-1999

Wahldatum	CDU		SPD		PDS		Bündnis 90		FDP		Sonstige	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
06.05.1990	22,9	37	28,0	30	22,8	30	10,3	13	4,5	6	11,5	14
12.06.1994	18,3	11	27,3	16	33,2	20	10,7	6	2,3	-	8,3	-
13.06.1999	28,0	16	27,6	16	31,9	18	5,9	3	2,5	-	4,1	-

Quelle: Hansestadt Rostock.

Im Gegensatz zur Kommunalwahl 1999 ging aus den Landtags- und Bundestagswahlen vom 22.9.2002 ganz klar die SPD als Wahlsieger hervor. Die Sozialdemokraten erzielten in der Stadt insgesamt 45,5 bzw. 48,5 Prozent der Stimmen und gewannen zudem alle vier Direktwahlkreise für den Landtag (Tabelle 2). Zudem sicherte sich Dr. Christine Lucyga zum vierten Mal in Folge das Rostocker Direktmandat für den Bundestag. Die Hansestadt ist auf dieser Wahlebene für die Sozialdemokratie eine echte Hochburg innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns. Die Union lag hingegen nur knapp über der 20-Prozentmarke, die PDS sogar darunter.

Tabelle 2:
Ergebnisse der Bundes- und Landtagswahl 2002 in Rostock (Stimmenanteile in %)

Wahlart / Wahlkreis	WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/ Grüne	Rechte	Son.
Bundestagswahl	71,4	21,5	48,5	18,2	4,6	5,0	0,6	1,4
Landtagswahl Rostock I	68,8	24,5	45,3	18,7	4,1	2,8	0,8	3,6
Rostock II	70,8	21,0	48,5	21,8	3,1	2,1	0,7	2,8
Rostock III	76,2	24,0	44,8	18,1	4,3	5,7	0,4	2,7
Rostock IV	69,5	25,3	43,4	17,9	4,7	4,7	0,7	3,3
Rostock gesamt	71,4	23,7	45,5	19,1	4,1	3,9	0,6	3,0

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

Im April 2002 wurde darüber hinaus in Rostock erstmalig der Oberbürgermeister direkt durch die Bevölkerung gewählt. Dabei konnte sich der bisherige Amtsinhaber Arno Pöker (SPD) in der Stichwahl gegen den Herausforderer aus der CDU, den ehemaligen Generalstaatsanwalt Alexander Prechtel, durchsetzen.² Einigermaßen erstaunlich war hierbei einerseits das sehr gute Ergebnis von Dr. Harald Terpe vom Bündnis 90, der im 1. Wahlgang immerhin 19,1 Prozent gewinnen konnte, sowie andererseits das relativ schwache Abschneiden der PDS-Kandidatin Christina Molle mit nur 17,7 Prozent.

2 Ergebnisse der Oberbürgermeisterwahlen 2002: 1. Wahlgang: Pöker (SPD) 32,2 Prozent, Prechtel (CDU) 27,0 Prozent, Terpe (Bündnis 90) 19,1 Prozent, Molle (PDS) 17,7 Prozent. Stichwahl: Pöker 59,2 Prozent, Prechtel 40,8 Prozent.
Vgl. Hansestadt Rostock, www.rostock.de/Internet/stadtverwaltung/amt12/ob_wahl.jsp.

3. Kandidaten und Wahlkampf

Als größte Stadt des Landes hatte Rostock das breiteste Spektrum an Kandidaten und Parteien aufzuweisen. Elf Parteien/Wählergruppen und zwei Einzelbewerber traten hier an. Dies waren im einzelnen: CDU, SPD, PDS, FDP, Aktiv für Rostock (AfR), Bündnis 90, Bürgerunion Mecklenburg-Vorpommern (BUMV), DIE GRAUEN-Graue Panther, Haus und Grund Rostock (HGR), Rostocker Bund (RB), SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag sowie Benno Freitag und Norman Loeckel. Nur in der Hansestadt Stralsund gab es einen ähnlich hohen Anteil an Kandidaten von kleineren Parteien und Listen.

Das Durchschnittsalter aller Kandidaten für die Rostocker Bürgerschaft betrug 46 Jahre. Dabei schickte die SPD den ältesten Bewerber Dr. Wilfried Hontschick (Jahrgang 1927), wie auch die jüngste Kandidatin Claudia Naujoks (Jahrgang 1985) ins Rennen um die Mandate. Ähnlich jung war auch der Einzelkandidat Norman Loeckel (Jahrgang 1984). Während die Kandidaten der fünf großen Parteien annähernd denselben Altersdurchschnitt aufwiesen, waren die der SAV bedeutend jünger (35 Jahre) bzw. die der Grauen Panther (60 Jahre) und von Haus und Grund (58 Jahre) bedeutend älter. Wie der Vergleich des Durchschnittsalters in Rostock und zwischen den einzelnen Wahlbereichen zeigt, ließ die SPD gezielt ältere Kandidaten in mehreren Wahlkreisen antreten, während die PDS Jungkandidaten förderte und diese auf Listen in mehreren Wahlbereichen setzte (Tabelle 3).

Tabelle 3:
Altersstruktur der Kandidaten für die Rostocker Bürgerschaft 2004 nach Wahlbereichen (Mittelwerte in Jahren)

	WB 1	WB 2	WB 3	WB 4	WB 5	HRO gesamt ¹
CDU	53	45	48	46	45	46
SPD	48	49	50	45	52	46
PDS	43	46	44	44	46	48
FDP²						45
AfR²						41
Bündnis 90²						44
BUMV²						54
GRAUE	56	61	-	-	-	60
HGR²						58
Rostocker Bund²						52
SAV²						35

Quelle: Städtischer Anzeiger. Amts- und Mittelungsblatt der Hansestadt Rostock vom 19. Mai 2004. Eigene Berechnung.

¹ Kandidaten, die in mehreren Wahlbereichen antraten, wurde nur einmal gezählt.

² Partei/Wählergruppe trat in allen Wahlbereichen mit denselben Kandidaten an.

Wurde der Wahlkampf auf Landesebene kontrovers und offensiv geführt, beispielsweise von der CDU,³ so war in der Hansestadt Rostock zu beobachten, dass sich die Programme der Parteien und Wählergemeinschaften in Inhalt und Aussagen kaum unterschieden. Alle politischen Gruppierungen sprachen in ähnlicher Form die nahe liegenden kommunalpolitischen Themen an. Ein Grundkonsens bestand in der Fortführung der Schulsanierungen, der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürgermeister, Bürgerschaft und Verwaltung (vor allem bezüglich einer stärkeren Betonung der Kontrollfunktion der Bürgerschaft gegenüber der Stadtverwaltung), der Konsolidierung der Stadtfinanzen, dem Theaterneubau sowie der Förderung von Wirtschaft und Tourismus (Tabelle 4).

Große Unterschiede existierten allerdings in der Wahlkampfstrategie und beim Einsatz von Werbemitteln. Die Parteiwerbungen waren weit gestreut – neben Plakaten verbreiteten alle großen Parteien Postwurfsendungen – und konnten den Wähler angemessen über die kandidierenden Parteien, Listen und Personen informieren. Sie waren aber aufgrund der inhaltlichen Nähe in den Aussagen nur sehr begrenzt eine Entscheidungshilfe.

Mit ihrem Flugblatt „Wir schreiben unser Wahlprogramm – Schreiben Sie mit!“ versuchte die PDS eine breite Wählerschicht anzusprechen und sich volksnah zu präsentieren. Die Sozialdemokraten verwiesen hingegen in einer Postwurfsendung auf die Bilanz der letzten Amtszeit ihrer Bürgerschaftsmitglieder. Aufgrund des von ihrer Landespartei strategisch sehr gut geplanten Wahlkampfes, argumentierte die Rostocker CDU häufig wertbezogen und äußerte sich weniger klar zu Sachthemen als die anderen beiden großen Parteien. Die Werbemittel der Liberalen ließen erkennen, dass ein möglichst breites Wählerspektrum angesprochen werden sollte, während sich der Wahlkampf von Bündnis 90 klar auf eine akademisch gebildete und studentische Zielgruppe ausrichtete.

Der Rostocker Bund (RB) veröffentlichte dagegen aus politischer Überzeugung und wohl auch mangels finanzieller Ressourcen lediglich „Kommunalpolitische Standpunkte“. In denen hieß es: „Wahlprogramme gleichen zunehmend einem ‚Warenhauskatalog‘ des Wünschbaren. Oftmals fragen sich Bürger: Sind Programme glaubhaft gewollt? Sind sie machbar? Werden sie im persönlichen Verhalten des Politikers ernst genommen? In der Politik selbst regiert letztlich die normative Kraft des Faktischen, das aktuelle Tagesgeschehen, auf das es Antworten zu finden gilt.“⁴ Wichtigstes Werbemittel des Rostocker Bundes war seine starke

3 Zum Wahlkampf der Landesparteien vgl. Robert Schulz, Der Kommunalwahlkampf 2004 in der Hansestadt Rostock, in: Nikolaus Werz u.a., Bürgerschaft und Kommunalwahl in der Hansestadt Rostock, Rostock 2004 (Neue Demokratie; 8), S. 27-39.

4 Rostocker Bund, Ideen für Rostock. Kommunalpolitische Standpunkte, <http://www.rostockerbund.de/grundsatz1.htm> [12.06.2004].

Medienpräsenz. Die Spitzenkandidatin Dr. Sybille Bachmann trat durch Leserbriefe und Interviews häufig in Erscheinung.

Die SAV, deren Liste den populistischen Beinamen „gegen Sozialkahl Schlag“ trug, fiel weniger durch ihre Wahlwerbung auf, als durch Dauerpräsenz eines Infostandes am Universitätsplatz und die Störung der vorletzten Sitzung der alten Bürgerschaft. Wohl mit dem Versuch, das Protestpotential in der Wählerschaft abzugreifen, bekundeten die SAV-Aktivisten dort ihren Unmut gegen die finanziellen Zuwendungen, welche die Fraktionen in der neuen Wahlperiode erhalten sollten.⁵

Die Rostocker Medien, d.h. vor allem die Zeitungen und die lokalen Fernsehsender RokTV und TV Rostock, berichteten im Vorfeld der Wahl insbesondere über die schlechte Frequentierung des Warnowtunnels, die Lücken in der IGA-Finanzierung und die Kulturpolitik. Zum kulturpolitischen Wahlkampfthema avancierte die nicht genehmigte Landesförderung für das Lichtspieltheater Wundervoll (Li.Wu). Durch die fehlenden 25.000 EUR pro Jahr drohte dem freien Kulturträger das Aus. Schnell besetzten alle Parteien das Thema, das dann in Wahlkampfveranstaltung überstrapaziert wurde, schien der „Sünder“ doch nicht die Stadt, sondern die Kulturpolitik des Landes zu sein.

5 Vgl. Protest vor Sitzung, in: Ostsee Zeitung. Rostocker Zeitung, 10.06.2004.

Tabelle 4:
Positionen der größeren Partei und Wählergruppen im Spiegel ihrer Postwurfwerbung („Flyer“) zur Kommunalwahl 2004 in der Hansestadt Rostock

	CDU	SPD	PDS	Bündnis 90	FDP
Titel	„Es geht um Rostock“	„Spitze für Rostock“	„Wir machen das“	„Vielfalt für Rostock“	„Stark vor Ort – Frischer Wind für Rostock“
Wirtschaft	„Arbeit für die Menschen [...] schaffen“; „Investoren müssen von unserer Stadt überzeugt werden“	„weitere Förderung von Unternehmensansiedlungen“	„Wirtschaftsförderungsgesellschaft soll zur Investorenleitstelle entwickelt werden“; „kleine und mittlere Unternehmen [...] fördern“	„Förderung der Ökobranchen“; „Unterstützung des örtlichen Handwerks“	---
Finanzen	„ausgeglichene Haushalte“; „mit dem Sparen beginnen und sofort gezielt Projekte fördern“	„Konsolidierung der städtischen Finanzen“	„mit [...] Steuergeldern verantwortungsvoll umgehen“	„langfristiger Schuldenabbau“; „Umverteilung der Finanzmittel in Richtung Bildung“	„Haushaltssanierung und ‚Schlanke‘ Stadt“; „radikale Ausgabenkritik“
Bildung	„strukturierte Schul- und Universitätspolitik“	„weitere Sanierung der Schulen und Turnhallen“; „Schaffung von Ganztagschulen“	„Sanierung der Schulen“	„Schulsanierung mit 12. Mio. Euro als oberste Priorität“; „Universität konsequent unterstützen“; „Ganztagschule mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht“	„Sanierung unserer Schulen“; „ein eindeutiges Bekenntnis der Stadt zu Universität und Hochschule für Musik und Theater“; „Investitionen in Bildung und Wissenschaft“
Kultur	---	„Unterstützung des Theaterneubaus“	„für einen eigenständigen Theaterneubau“; „die Stadthalle [...] muß erhalten bleiben“	„eine interessante Stadt, die eine vielseitige, freie Kulturszene bewahrt“	---
Tourismus	„alle ihn fördernde Maßnahmen [...] unterstützen“	„Unterstützung saisonverlängerter Maßnahmen im Tourismus“	---	„Förderung der [...] Tourismusbetriebe“	„[für] ein ganzheitliches Tourismuskonzept“; „gegen eine Fremdenverkehrsabgabe“
Infrastruktur	„Ausbau des Flughafens Rostock-Laage“; „geeignete Bahnverbindung nach Hamburg und Berlin“	„Weiterentwicklung des Straßenbahnkonzepts“; „Ausbau des Flughafens Rostock-Laage“	„über Rostock laufende internationale Verkehrswege müssen gestärkt werden“	„Investitionen in den Fuß- und Radverkehr Vorrang haben“	---

Eigene Darstellung.

4. Wahlergebnis

Die Wahlbeteiligung fiel mit 35,7 Prozent äußerst gering aus. Knapp zwei Drittel der wahlberechtigten Hansestädter waren demnach der Wahl fern geblieben. Damit wurde das ohnehin schlechte Ergebnis von 1999 (38,5 Prozent) noch einmal deutlich unterschritten. Im Vergleich zu den Bundes- oder Landtagswahlen von 2002 halbierte sich gar die Zahl der Wähler (Tabelle 5). Selbst die Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters im April 2002 erbrachte eine höhere Wahlbeteiligung (37,0 Prozent).⁶

Tabelle 5:
Entwicklung der Wahlbeteiligung in Rostock seit 1990 (Angaben in Prozent)

	Bundestag	Landtag	Bürgerschaft	OB-Wahl	Europawahl
1990	69,1	63,5	68,2	-	-
1994	74,1	74,1	56,7	-	57,0
1998	79,1	79,2	-	-	-
1999	-	-	38,5	-	38,9
2002	71,4	71,4	-	45,2 / 37,0	-
2004	-	-	35,7	-	35,8

Quelle: Veröffentlichungen der Hansestadt Rostock.

Über die Gründe für die Wahlenthaltung kann nur spekuliert werden. Möglicherweise ist hierzu zumindest teilweise der in der Öffentlichkeit offensichtlich vorherrschende Eindruck einer zerstrittenen Bürgerschaft mitverantwortlich. Wechselnde Mehrheiten und die vielen Abspaltungen von den Fraktionen dürften unter anderem zu diesem Bild beigetragen haben. Allerdings verzeichneten auch die übrigen kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern äußerst schwache Wahlbeteiligungen. Gleichwohl steht in dieser Hinsicht nur noch die Hansestadt Wismar schlechter als Rostock da.⁷

Das Wahlergebnis ist in erster Linie eine Niederlage für die großen Parteien PDS, SPD und CDU, die allesamt Stimmenverluste hinnehmen mussten (Tabelle 6). Die PDS verlor ihre Stellung als stärkste kommunale politische Kraft in Rostock. Mit 24,2 Prozent (13 Mandate) haben nunmehr die Christdemokraten diese Position inne. Die Sozialisten erreichten nur noch 24,2 (13 Sitze) und damit fast acht Prozentpunkte weniger als 1999. Die SPD büßte über sechs Prozentpunkte ein und kam nur noch auf 21,4 Prozent (elf Mandate). Angesichts der zurückliegenden sozialdemokratischen Wahlerfolge in Rostock bei den Bundes- und Landtagswahlen sowie der ersten Direktwahl des Oberbürgermeisters ist dieses Abschneiden

6 Es ist hierbei zu beachten, dass bei den Direktwahlen der Landräte, Oberbürgermeister und hauptamtlichen Bürgermeister in Mecklenburg-Vorpommern die Wahlbeteiligung in den Stichwahlen stets mit Abstand am niedrigsten ausfiel. Vgl. Steffen Schoon, Die ersten Urwahlen der Bürgermeister und Landräte in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz u.a., Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15), S. 40-56.

7 Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

besonders desaströs. Die drei Parteien, die seit 1999 50 der insgesamt 53 Sitze in der Bürgerschaft besetzten, kommen demnach nur noch auf 37 Sitze, womit es sowohl für Schwarz-Rot als auch Rot-Rot keine eigene Mehrheit gibt. Der Vertrauensverlust der etablierten Parteien wird mit Blick auf die absoluten Zahlen noch deutlicher. Die PDS hat demnach seit 1994 fast 60.000 und die SPD über 40.000 Stimmen verloren. Die CDU verzeichnete indessen einen Rückgang von „nur“ 12.000 Stimmen.

Eine Ursache für die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der drei großen Parteien, könnte unter anderem darin liegen, dass sowohl SPD, CDU als auch PDS die Beigeordneten („Senatoren“) stellen und damit in der Stadtverwaltung für bestimmte Aufgabenbereiche direkt verantwortlich zeichnen.

Wahlgewinner waren eindeutig die kleinen Parteien und Wählergemeinschaften. Bündnis 90, das in Rostock traditionell als Wählergruppe antritt,⁸ konnte fast 7.000 Stimmen gegenüber 1999 hinzugewinnen und erzielte 10,6 Prozent (sechs Mandate). Der Rostocker Bund errang aus dem Stand 5,5 Prozent. Von der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde profitierten die FDP, die mit 4,9 Prozentpunkten drei Mandate erringen konnte, sowie Aktiv für Rostock, SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag und DIE GRAUEN-Graue Panther, die mit je einem Sitz in die Bürgerschaft einzogen. Von den Einzelbewerbern konnte lediglich Benno Freitag ein Mandat erobern. Norman Loeckel verpasste hingegen den Sprung ins Rathaus.

Tabelle 6:
Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt Rostock 2004

Wahlvorschlag	Ergebnis 2004			Veränderungen zu 1999		
	absolut	%	Mandate	absolut	%	Mandate
PDS	40.973	24,0	13	-19.786	-7,9	-5
SPD	36.452	21,4	11	16.037	-6,2	-5
CDU	41.326	24,2	13	-11.943	-3,8	-3
Bündnis 90	18.030	10,6	6	+6.843	+4,7	+3
FDP	8.302	4,9	3	+3.551	+2,4	+3
Aktiv für Rostock	3.748	2,2	1	-	-	+1
Bürgerunion M-V	962	0,6	-	-	-	-
DIE GRAUE- Graue Panther	1.865	1,1	1	-	-	-
Haus und Grund Rostock	1.299	0,8	-	-238	+/-0	-
Rostocker Bund	9.355	5,5	3	-	-	-
SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag	4.222	2,5	1	+3.336	+2,0	+1
Benno Freitag	2.693	1,6	1	-	-	-
Norman Loeckel	1.379	0,8	-	-	-	-
Wahlbeteiligung	59.767	35,7		-5.590	-2,8	

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen.

8 Aus diesem Grund wird das Ergebnis in Rostock nicht in das Landesergebnis der Partei Bündnis 90/Die Grünen eingerechnet. Über die optische Verbesserung hinaus spielt das landesweite Ergebnis lediglich bei der Reihenfolge auf dem Stimmzettel für die nächste Kommunalwahl eine praktische Rolle.

5. Das Ergebnis in den einzelnen Ortsteilen der Hansestadt Rostock

Auf Ebene der Rostocker Ortsteile sind deutliche Unterschiede im Wahlverhalten auszumachen. Diese regionale Differenzierung ist dabei für die Parteien nicht nur unter wahlanalytischen Aspekten interessant. Sie hat auch handfeste politische Auswirkungen, weil sich daraus auch die Zusammensetzung der jeweiligen Ortsbeiräte ableitet.

Die Teilnahme an den Wahlen differierte zwischen den einzelnen Ortsteilen sehr stark und reichte von 20,8 Prozent (Dierkow-Neu) bis 45,1 Prozent (Hohe Düne). Unterhalb der durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 35,7 Prozent waren die Plattenbaugebiete im Nordwesten (Lichtenhagen, Groß Klein, Schmarl, Evershagen) und Nordosten (Toitenwinkel und Dierkow). Überdurchschnittlich gingen hingegen die Bürger aus den neuen Eigenheimsiedlungen Diedrichshagen, Biestow, Brinckmansdorf (Kassebohm) zur Wahl. Die „gewachsenen“ Ortsteile Warnemünde, Reutershagen, Hansaviertel, Gartenstadt, Südstadt, Stadtmitte besaßen eine durchschnittliche Wahlbeteiligung.

Die CDU schnitt sehr erfolgreich (mehr als zehn Punkte über dem Stadtergebnis) in Warnemünde und Krummendorf ab. Überdurchschnittlich erfolgreich war sie in Diedrichshagen, Dierkow-Ost, Dierkow-West, Gehlsdorf sowie den übrigen Heide-Ortsteilen. Unterdurchschnittliche Zustimmung – allerdings in keinem Fall unter der 20-Prozent-Marke – erhielten die Christdemokraten in den Plattenbausiedlungen (mit der Ausnahme Lichtenhagens) im Nordwesten und Nordosten sowie im Hansaviertel. In den übrigen Ortsteilen gab es kaum Abweichungen vom Rostocker Gesamtergebnis.

Die PDS als bislang stärkste Partei in der Bürgerschaft hat ihre Kernwählerschaft in den Plattenbaugebieten (um die 30 Prozent), der Südstadt sowie den früheren Marine-Standorten Markgrafenheide (32,0 Prozent) und Hohe Düne (41,6 Prozent). Schwach ist sie in Warnemünde (14,9 Prozent), Gehlsdorf (14,0 Prozent) sowie Krummendorf (9,2 Prozent). Unterdurchschnittlich schnitt sie in den Neubaugebieten (um 18 Prozent), der KTV (17,1 Prozent), im Hansaviertel und in der Gartenstadt ab.

Die Sozialdemokraten wiesen dagegen nur eine geringe regionale Schwerpunktbildung auf. Lediglich in Dierkow-Ost und Dierkow-West sowie entlang der Ostseeküste (außer Diedrichshagen) wichen die Ergebnisse nach unten (ca. fünf Punkte) bzw. in Krummendorf (ca. sechs Punkte) nach oben vom Durchschnitt ab.

Bündnis 90 hat seine Hochburg mit knapp 21 Prozent in der KTV. Ebenfalls stark war die Wählergruppe im Hansaviertel, der Gartenstadt, in Biestow und Stadtmitte (zwischen 13 und 18 Prozent). In allen anderen Ortsteilen lag sie hingegen unter ihrem Gesamtergebnis von 10,6 Prozent.

Die FDP war besonders stark in vielen kleinen Ortsteilen (Heide-Ortsteile mit 10,7 Prozent, Dierkow-West und Krummendorf mit knapp zehn Prozent). Über dem Gesamtergebnis lagen die Liberalen auch in der KTV, im Hansaviertel, der Gartenstadt sowie Stadtmitte. Vor allem in den starken PDS-Gebieten schnitt die FDP jedoch schwach ab.

Der Rostocker Bund war in allen Ortsteilen nahezu gleich stark. Die SAV hatte besonders in den Plattenbaugebieten große Zustimmung. Die Wählergemeinschaft Aktiv für Rostock war in Warnemünde besonders erfolgreich (knapp zehn Prozent).

Gemäß Hauptsatzung der Hansestadt Rostock werden die Ortsbeiräte auf Grundlage des Wahlergebnisses in den einzelnen Ortsteilen von der Bürgerschaft gewählt. Sie umfassen neun bis elf Mitglieder.⁹ Die nachfolgende Tabelle 7 weist die neue Zusammensetzung der einzelnen Ortsbeiräte aus.

Tabelle 7:
Zusammensetzung der Ortsbeiräte

Ortsbeirat	Sitze	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90	RB	Weitere
Warnemünde, Diedrichshagen	9	3	2	1	1	1	-	1 AfR
Markgrafenheide, Hohe Düne, Hinrichshagen, Wiethagen, Torfbrücke	9	2	2	3	-	1	-	1 GRAUE
Lichtenhagen	11	3	2	3	1	1	1	-
Groß Klein	11	3	2	3	1	1	1	-
Lütten Klein	11	2	3	4	-	1	1	-
Evershagen	11	2	3	3	1	1	1	-
Schmarl	9	2	2	3	1	1	-	-
Reutershagen	11	3	3	3	-	1	1	-
Hansaviertel	9	2	2	2	1	1	1	-
Gartenstadt	9	2	2	2	1	1	1	-
Kröpeliner-Tor-Vorstadt	11	3	2	2	1	2	1	-
Südstadt	11	3	3	3	-	1	1	-
Biestow	9	2	2	2	-	1	1	1 B. Freitag
Stadtmitte	11	3	2	2	1	2	1	-
Brinckmansdorf	9	2	2	2	1	1	1	-
Dierkow-Neu	11	2	2	3	1	1	1	1 SAV
Dierkow-Ost, Dierkow-West	9	3	1	2	1	1	1	-
Toitenwinkel	11	3	2	3	1	1	1	-
Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof	9	3	2	1	1	1	1	-

Quelle: Hansestadt Rostock (Hrsg.): Wahlen am 13. Juni 2004. Endgültige Ergebnisse, Rostock 2004.

6. Fazit und Ausblick

Begünstigt durch die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde sind die Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft komplizierter geworden. Hatten in der vorherigen Wahlperiode sowohl SPD und PDS als auch SPD und CDU rechnerisch eine Mehrheit, so erreichen diese Konstellationen nun keine eigene Mehrheit in der Bürgerschaft mehr. Hinzu kommt, dass

⁹ Bis 10.000 Einwohner – neun Mitglieder, bis 20.000 Einwohner – elf Mitglieder und über 20.000 Einwohner – 13 Mitglieder. Allerdings hat kein Ortsteil mehr als 20.000 Einwohner.

bereits in der Vergangenheit Kooperationen zwischen SPD, CDU und Bündnis 90 (1994-1999) sowie SPD und PDS (1999-2004) äußerst instabil waren, so dass in der Bürgerschaft wechselnde Mehrheiten die Regel waren. Die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde sorgt nun zumindest dafür, dass der Wählerwille möglichst genau in der Bürgerschaft Berücksichtigung findet. Welche Auswirkungen dies für die Arbeit der Kommunalvertretung mit sich bringt, muss sich jedoch erst noch erweisen.

Um den Fraktionsstatus zu erreichen, wofür in Rostock aufgrund einer Gesetzesänderung nunmehr vier Sitze notwendig sind, haben sich die Wählergruppen Rostocker Bund und Aktiv für Rostock zusammengeschlossen. Dasselbe praktizierten die FDP und der Einzelbewerber Benno Freitag. Der Vertreter der Grauen Panther „hospitiert“ bei der SPD-Fraktion. Lediglich die SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag nimmt die Arbeit in der Vertretung als Einzelkämpfer auf.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Zusammenarbeit in der Bürgerschaft entwickelt. Möglich sind drei Varianten: die Kooperation von CDU, SPD und FDP (27 von 53 Stimmen) oder ein Wiederaufleben der Zusammenarbeit von CDU, SPD und Bündnis 90 (30 von 53 Stimmen), die 1994 bereits einmal aufgenommen worden war, aus der sich Bündnis 90 später allerdings zurückgezogen hatte. Unwahrscheinlich dürften Kooperationen unter Beteiligung der PDS sowie des Rostocker Bundes bzw. unter Ausschluss der SPD sein. Blicke als letzte Möglichkeit ein Taktieren mit wechselnden Mehrheiten, was aber aufgrund der großen Anzahl zu bewältigender Probleme die denkbar ungünstigste Option darstellt.

Auswirkungen dürfte die neue Kooperation auch auf die Zusammensetzung der Verwaltungsspitze nach Auslaufen der Amtszeiten der amtierenden Senatoren haben. Bislang gab es im Rathaus sechs Dezernatsbereiche:

Arno Pöker (SPD)	Oberbürgermeister
Ida Schillen (parteilos für die PDS)	Senatorin für Kultur, Schule und Sport
Sebastian Schröder (SPD)	Senator für Verwaltung, Finanzen und Ordnung
Dieter Schörken (CDU)	Senator für Wirtschaft und Tourismus
Dr. Wolfgang Nitzsche (PDS)	Senator für Umwelt, Soziales, Jugend und Gesundheit
Peter Grüttner (SPD)	Senator für Bau- und Wohnungswesen

Die Senatoren werden von der Bürgerschaft jeweils auf sieben Jahre gewählt. Die Amtszeit des CDU-Senators ist im Sommer 2004 ausgelaufen. Dieser Senatsbereich wird darüber hinaus ganz aufgelöst, da gemäß Kommunalverfassung aufgrund des Einwohnerverlusts ein Senator einzusparen ist. 2008 enden die Amtszeiten der übrigen Senatoren, von denen der Senatsbereich von Dr. Nitzsche ebenfalls abgeschafft wird.

Kurzfristig kann „Wahlsiegerin“ CDU nur über den Weg der Abwahl eines der beiden PDS-Senatoren wieder in die Verwaltungsspitze aufrücken, so es ihr gelingt, in der Bürgerschaft eine Zweidrittelmehrheit zu organisieren. Das wäre ein Novum, da bislang sämtliche Abwahlversuche in der Bürgerschaft gescheitert sind. Außerdem sind für dieses Vorhaben 36 Stimmen erforderlich. Selbst wenn CDU, SPD, FDP und Bündnis 90 sich darauf verständigen würden, reichen ihre Stimmen nicht aus. Da die Abwahl nur geringe Chancen hat, bleibt also bis 2008 abzuwarten. Dann würden allerdings nur noch drei Senatoren zu wählen sein. Es dürfte klar sein, dass die SPD kaum zwei Senatoren behalten wird.

Ob der zwischenzeitliche Rücktritt von Arno Pöker (SPD) vom Amt des Oberbürgermeisters zum 31. Oktober 2004¹⁰ für zusätzliche politische Turbulenzen in der Hansestadt sorgen wird, kann noch nicht abgeschätzt werden. In jedem Falle müssen die wahlberechtigten Einwohner Rostocks Anfang 2005 ein neues Stadtoberhaupt wählen. Die Vermutung liegt aber nahe, dass der anstehende Wahlkampf auch seine Wirkung auf die politische Stimmung in der Bürgerschaft haben dürfte.

Die Probleme in der Stadt sind angesichts der katastrophalen Haushaltslage enorm. Die Rostockerinnen und Rostocker erwarten von ihren Kommunalpolitikern, dass Lösungen gefunden werden. Die 53 Mitglieder haben hier eine hohe Verantwortung. Falls die politische Zersplitterung allerdings zu einer Lähmung der Hansestadt Rostock führen sollte, droht der Stadt die „Zwangsverwaltung“ unter Regie der Rechtsaufsichtsbehörde.¹¹

10 Vgl. Ende der Ära Pöker, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten, 25./26.09.2004.

11 Auszug aus der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern: § 83 (Beauftragter):

(1) Wenn und solange der ordnungsgemäße Gang der Verwaltung der Gemeinde es erfordert und die Befugnisse der Rechtsaufsichtsbehörde nach den §§ 80 bis 82 nicht ausreichen, kann diese einen Beauftragten bestellen, der alle oder einzelne Aufgaben der Gemeinde auf deren Kosten wahrnimmt. Die Rechtsaufsichtsbehörde kann insbesondere einen Beauftragten bestellen, um eine geordnete Haushaltswirtschaft wiederherzustellen.

(2) Der Beauftragte tritt an die Stelle der Gemeindevertretung oder des Bürgermeisters, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

Die Europa- und Kommunalwahlen im Landkreis Güstrow

Christian Schwießelmann

1. Einleitung

Am 13. Juni 2004 fanden nach 1990, 1994 und 1999 nun zum vierten Male demokratische Wahlen zu den Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie Kreistagen statt. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist es nach 1994 und 1999 hingegen erst das dritte Mal, dass die wahlberechtigten Einwohner des Landkreises daran teilnehmen konnten, da von 1990 bis 1994 die 18 Volksvertreter aus den neuen Bundesländern lediglich mit Beobachterstatus ausgestattet waren und vom Deutschen Bundestag benannt wurden.¹ Trotz wiederholter Änderung des Kommunalwahlgesetzes ist Routine sowohl bei den Bewerbern als auch bei den die Wahlen vorbereitenden und durchführenden Verwaltungsorganen eingetreten. Dies gilt anscheinend auch für das Wahlvolk, das mehrheitlich den Wahlurnen im Kreis und im Lande gleichermaßen fernblieb. Lag die Wahlbeteiligung bei den Kreistagswahlen (KTW) in Güstrow 1994 noch bei 68,8 Prozent, sank sie bereits 1999 auf 53,6 Prozent. Zu den KTW 2004 schmolz die Beteiligung der Wähler nochmals um knapp zehn Prozentpunkte auf 43,7 Prozent ab. Der dramatische Absturz – eigentlich eine kollektive Wahlverweigerung, die einer dringenden Analyse bedarf – zerschlug die Hoffnungen der Landesregierung und des Innenministers Dr. Gottfried Timm, die sie mit der Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde verbunden hatten. Dieses „Mehr an Demokratie“² lockte keinen Wähler an die Urne, lockerte dafür jedoch den Güstrower Kreistag auf.

Anders als in den kreisfreien Städten wurden im ländlichen Bereich neben Kreistag und Europaparlament auch noch Gemeindevertretung und ehrenamtlicher Bürgermeister direkt gewählt. Von regionaler Bedeutsamkeit ist daher der Ausgang der Wahlen zu den ehrenamtlichen Bürgermeistern in den Landstädten Gnoien und Krakow am See, wo sich jeweils die Amtsinhaber behaupten konnten. Darüber hinaus soll ebenso die Wahl zur Stadtvertretung Güstrow als der größten Stadt im Kreis eingehender betrachtet werden. Hier ergaben sich wie in anderen wichtigen Kommunen des Landkreises – Teterow, Bützow, Laage – keine schwerwiegenden Veränderungen. Markantester Unterschied zu vorher ist in den zuletzt genannten Kleinstädten die Tatsache, dass die PDS hier der SPD den Rang als zweitstärkste Kraft hinter der CDU ablaufen konnte.

1 Vgl. Wichard Woyke, Stichwort Wahlen. Wähler – Parteien – Wahlverfahren, 8. Aufl., Bonn 1994, S. 186.

2 Innenministerium des Landes M-V (Hg.), Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Stand: Dez. 2003, Rostock o. J., S. 3.

2. Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Seit 1979 werden die Abgeordneten des EU-Parlaments alle fünf Jahre direkt gewählt. Ein Problem dieser reinen Listenwahl ist die große Distanz zwischen Wähler und Abgeordneten sowie die Unterschiedlichkeit nationaler Wahlrechte und Wahlkreisgrößen.³ Anhand der Wahlergebnisse für den Landkreis Güstrow ist abzulesen, dass die nationale Stimmungslage eine größere Rolle spielte als die für die Bürger weitgehend intransparenten Entscheidungsprozesse in Brüssel. Zudem wurde der Wahlkampf und insbesondere die Plakatierung der Spitzenkandidaten von den Landes- und Bundesgeschäftsstellen der Parteien zentral organisiert. Natürlich waren die prominenten Spitzenkandidaten wie Prof. Alfred Gomolka (CDU), Dr. Kindermann (SPD) und Dr. André Brie (PDS) beim politisch interessierten Wähler keine Unbekannten. Doch das Ergebnis spiegelt vor allem ein Stimmungsbild wider, das bundespolitisch beeinflusst ist, und nährt die Vermutung, hier sei ein Plebiszit über die Bundesregierung und die Opposition veranstaltet worden.

Tabelle 1:

Ergebnisse der Wahlen zum EU-Parlament im Landkreis Güstrow 1994, 1999 und 2004 (Stimmenanteile in Prozent)

Partei	1994	1999	2004
CDU	33,3	45,8	45,3
SPD	25,2	21,7	16,2
PDS	25,0	22,6	20,8
Bündnis 90/Die Grünen	4,8	2,0	3,6
FDP	2,5	1,4	3,4
Sonstige	9,2	6,5	10,7

Quelle: Kreiswahlbüro Güstrow/StaLa M-V, Wahlen 2004, Strukturdaten Landkreis Güstrow.

Verloren haben bei der Europawahl in den 168 Stimmbezirken des Wahlkreises 53 Güstrow alle großen Parteien, herbe Verluste musste wie schon 1999 nochmals die SPD hinnehmen. CDU und PDS konnten sich mit leichten Einbußen stabilisieren. Da von den 88.240 Wahlberechtigten nur 38.927 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, lag die Wahlbeteiligung bei 44,1 Prozent – immerhin relativ gesehen etwas höher als bei der KTW. Von der geringen Beteiligung profitierten vorwiegend kleine Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen und FDP, aber auch Ein-Themen-Parteien (Tierschutzpartei 1,5 Prozent, DIE FRAUEN 1,1 Prozent, FAMILIE 1,8 Prozent) und rechtsextreme Parteien (Republikaner 1,3 Prozent und NPD 1,3 Prozent). Bemerkenswert sind überdies die Abweichungen zu den Ergebnissen der KTW bei den großen Parteien, die wohl weniger mit den Parteienpräferenzen der Wähler zu erklären sind. Vielmehr führte die Kandidatur starker parteiloser

³ Vgl. Karl-Rudolf Korte, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1998, S. 64f.

Einzelbewerber (Bürgermeister usw.) dazu, dass die CDU z.B. auf Kreisebene um 5,3 Prozent unter dem Ergebnis der Europawahl liegt, die SPD dagegen mit 5,0 Prozent darüber. Auch die FDP schneidet durch die Popularität zugkräftiger Namen bei der KTW besser ab, während PDS und Grüne im Vergleich zur EU-Wahl verlieren.

3. Die Wahlen zum Güstrower Kreistag

3.1 Die politische Frontstellung vor und nach der Wahl – Machtwechsel?

Der Kreis Güstrow, der 1994 aus den Altkreisen Bützow, Güstrow und Teterow gebildet wurde, repräsentiert mit seiner Einwohnerzahl von 109.841 (31.12.2002), seiner Gebietsgröße von 2.058 km² und den bisherigen Wahlergebnissen ungefähr den Landesdurchschnitt. Politisch gesehen, konnte keine Partei eine dominante Stellung erringen, wengleich sich bei vorherigen Wahlen eine regionale Differenzierung entsprechend der politischen Farbenlehre in einen westlichen, traditionell „roten“ (inklusive Güstrow) und östlichen, tendenziell eher „schwarzen“ Teil feststellen ließ.⁴ Seit der KTW 1994 verfügten SPD und PDS zusammen im Kreistag über eine absolute Mehrheit der Sitze, so dass die politischen Spitzenämter bis 2004 mit Landrat Lutz da Cunha (SPD) und Kreistagspräsidentin Karin Schmidt (PDS) auch von ihnen besetzt wurden. Während Lutz da Cunha sein Amt bei der ersten Direktwahl des Landrates im Frühjahr 2001 mit 871 Stimmen Vorsprung gegenüber dem CDU-Herausforderer Uwe Rethmeyer verteidigen konnte, musste Karin Schmidt nun nach der Wahl 2004 der CDU Platz machen. Die wie Karin Schmidt in Laage beheimatete Ilka Lochner-Borst (CDU), bisher Vizepräsidentin im Kreistag und MdL, beerbte ihre Landtagskollegin im Amt des Kreistagspräsidenten vor allem deshalb, weil die SPD-Führung unter Dr. Norbert Nieszery die CDU-Kandidatin offensichtlich akzeptieren konnte. Ob sich damit ein Machtwechsel vollzogen hat, wie die SVZ titelte,⁵ bleibt abzuwarten. Auf alle Fälle hat sich die in der Wahl geschwächte SPD der CDU angenähert und so strategisch die Position des amtierenden SPD-Landrates gestärkt. Eine Mehrheitsbildung ohne Union dürfte sich in Anbetracht der Zersplitterung nach der Kommunalwahl als schwierig erweisen.

4 Siehe dazu Ilka Lochner-Borst, Die Direktwahlen im Landkreis Güstrow, in: Nikolaus Werz u.a., Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15), S. 71.

5 Die Schweriner Volkszeitung nahm das Heinemannzitat in der Antrittsrede Lochner-Borsts zum Anlass, über einen möglichen Parteiwechsel zu spekulieren, den die neue Kreistagspräsidentin umgehend dementieren ließ. Vgl. Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 09.07.2004 bzw. 10./11.07.2004.

3.2 Der Kreistagswahlkampf als Mobilisierungs- und Entscheidungsproblem

Gerade bei niedrigen Wahlbeteiligungen gerät der Wahlkampf zum Mobilisierungswettkampf um die eigenen Anhänger und Stammwähler. Dabei gilt: „Das Ziel der Mobilisierung ist die Identifikation der Mitglieder und Anhänger mit dem Wahlkampf der Partei, ihren Themen und ihren Politikern.“⁶

Im Landkreis Güstrow sollten die Wähler und Mitglieder vor allem mit Veranstaltungen und diversen Werbemitteln mobilisiert werden. Die Christdemokraten veranstalteten Anfang Mai ihren 19. Landesparteitag in Güstrow, auf dem sie ihr Kommunalwahlprogramm verabschiedeten. Die SPD ließ dagegen Dr. Harald Ringstorff auf dem Markt der Kreisstadt sprechen. Andere Parteien und Wählergruppen setzten auf Informationsstände und suchten wie die PDS in Gesprächsrunden direkten Kontakt zum Bürger. Hauptwerbemedium waren Flugblätter und Anzeigen in der Lokalpresse. Hierbei unterschieden sich kleine und große Parteien in quantitativer und qualitativer Hinsicht enorm. Wo CDU und SPD bei Gestaltung und Druck der Prospekte Hilfestellung durch eine einheitlich layoutete Vorgabe vom Landesverband erhielten, mussten kleinere Parteien zur Selbsthilfe greifen. Die PDS-Basis ging teilweise auf Distanz zur Bundeslinie und entwarf wie in Laage eigene Flyer mit regionalem Bezug. Inhaltlich setzte die CDU auf Programmatik und Text, SPD und FDP eher auf Personen und Bilder.⁷ Regen Gebrauch machten die Parteien außerdem von Beiträgen zu den Informationsartikeln in der Schweriner Volkszeitung. Unter der Rubrik „Wahl 2004“ räumte die Lokalredaktion Güstrow in loser Folge den Kandidaten für die Kommunalvertretungen die Möglichkeit ein, sich mit ihren Zielen und Ideen vorzustellen.⁸ Die Zeitung veröffentlichte Wahlkampftermine, berichtete über Bürgermeisterkandidaten und initiierte sogar eine Umfrage, die mit 3.000 Befragten – je 500 in den Landkreisen Nordwestmecklenburg, Ludwigslust, Parchim, Güstrow sowie den kreisfreien Städten Rostock und Schwerin – wohl hinreichend repräsentativ war, denn Umfrage- und Wahlergebnisse wichen bei den KTW nur geringfügig voneinander ab.⁹ Der CDU wurden 40 (40), der SPD 22 (21,2) und PDS 16 (18,6) Prozent prognostiziert, FDP (3,8) und Bündnis 90/Die Grünen (2,9) lagen in der Befragung bei jeweils drei Prozent. Während die CDU laut

6 Peter Radunski, Überlegungen und Ratschläge zur Europawahl 2004, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), Europawahlkampf-Handbuch, Bornheim 2003, S. 48.

7 Ein kontrastreiches Bild ergibt sich aus dem Vergleich des vierseitigen Kommunalwahlprogramms des CDU-Kreisverbandes Güstrow 2004 bis 2009 mit dem liberalen Kreiswahlprogramm, das – mit einem Viertel des Platzes auskommend – auf dem Flyer versandt wurde.

8 Bis zur Ausgabe der Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger vom 05./06.06.2004 hatten sich 88 Kandidaten für Kreistag, Stadt- und Gemeindevertretungen vorgestellt.

9 Begründet wurde die EMNID-Umfrage im Mai vom Chefredakteur Wolfgang Schmidt mit dem mangelnden Informationsangebot der Parteien und der Absicht der Zeitung, Abhilfe zu schaffen und Wähler zu motivieren. Vgl. Schweriner Volkszeitung, 04.06.2004.

Umfrage bei Niedrigqualifizierten mit 55 Prozent über- und bei Hochqualifizierten mit 34 Prozent unterdurchschnittlich abschneiden sollte, wurde den Sozialdemokraten ein Fiasko bei den 30- bis 59-Jährigen prophezeit, die nur zu 17 Prozent SPD wählen würden.¹⁰ Es deutete sich an, dass die Wahlen im Landkreis Güstrow zu einem Entscheidungs- und Mobilisierungsproblem werden könnten, da sich laut Umfrageergebnissen wenige Wochen vor der Wahl erst 45 Prozent der Befragten über ihre Wahlentscheidung bei den Kommunalwahlen (23 Prozent bei den Europawahlen) im Klaren und mit der Arbeit des Kreistages in ihrer Mehrheit unzufrieden waren.¹¹

Die Diskussion um die Kreisgebietsreform beeinflusste trotz mehrheitlicher Ablehnung (51 Prozent dagegen, 43 dafür) den Kommunal- und Europawahlkampf der Parteien, Wählervereinigungen und Einzelbewerber des Landkreises Güstrow nicht wesentlich.¹²

3.3 Ergebnisse der KTW

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der KTW von 1994 und 1999 beweist, dass die Verschiebung bei den Wahlergebnissen 2004 weniger dramatisch ist, als es die Auswirkungen vermuten lassen, und dass langfristige Trends zu erkennen sind.

Tabelle 2:
Ergebnisse der KTW 1994, 1999 und 2004 und Kreistagssitze im Landkreis Güstrow

Wahlvorschlag	1994			1999			2004		
	absolut	%	Sitze	absolut	%	Sitze	absolut	%	Sitze
CDU	53.905	31,9	18	50.803	36,3	21	44.679	40,0	21
SPD	44.657	26,4	15	38.793	27,7	16	23.661	21,2	11
PDS	35.655	21,1	12	26.294	18,8	11	20.802	18,6	10
Bündnis 90/Die Grünen	13.380	7,9	4	4.820	3,4	0	3.233	2,9	2
FDP	8.073	4,8	0	7.065	5,0	3	4.288	3,8	2
UBB	8.523	5,0	3	5.342	3,8	0	-	-	-
PBC	-	-	-	-	-	-	806	0,7	1
Fr. Wählergemeinschaft	-	-	-	-	-	-	4.380	3,9	2
Bürgerpartei-MV	-	-	-	-	-	-	2.765	2,5	1
Einzelbewerber (mehrere)	4.751	2,9	1	6.897	4,9	1	7.133	6,4	2
Gesamt	168.944	100	53	140.014	99,9 ⁺	52	111.747	100	52

Quelle: StaLa M-V, KTW 1994, 1999, Güstrower Landkurier. Amtliches Bekanntmachungs- und Informationsblatt des Landkreises Güstrow. Sonderdruck „So haben Sie am 13. Juni 2004 gewählt!“, Jg. 7, 21.6.2004, S. 2.

⁺ ergibt sich aus Rundung der Prozentzahlen.

10 Tatsächliches Ergebnis in Klammern. Vgl. Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 05./06.06.2004.

11 38 Prozent bewerteten die Arbeit als schlecht, acht gar als sehr schlecht, wohingegen 45 Prozent der Umfrageteilnehmer dem Kreistag eine gute Arbeit bescheinigten. Erfolge der letzten zehn Jahre sah man in den Bereichen Tourismus und Stadtanierung (84 bzw. 82 Prozent), Misserfolge bei der Wirtschaftansiedlung (19), der Ost-West-Angleichung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (drei Prozent). Siehe dazu Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 04.06.2004.

12 Vgl. Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 08.06.2004.

Die Christdemokraten, deren Stellung im Kreistag der letzten Wahlperiode durch die Absplitterung mehrerer Fraktionsmitglieder z.B. als Fraktion Freier Kreistagsmitglieder geschwächt war, konnten nochmals deutlich zulegen. Allerdings hat sich dies aufgrund des Wegfalls der Fünf-Prozent-Hürde nicht im Zugewinn von Kreistagssitzen niedergeschlagen. Großer Verlierer der KTW vom 13. Juni 2004 ist zweifelsfrei die SPD, die fünf Sitze einbüßte. Die Postkommunisten erzielten zwar fast ihr altes Ergebnis, mussten dennoch auf einen Sitz verzichten. Im Gegensatz zu den großen Parteien sind Liberale, Bündnisgrüne, Kandidaten der kleineren Parteien und Wählergemeinschaften sowie Einzelbewerber die eigentlichen Profiteure. Der Teterower Bürgermeister Dr. Reinhard Dettmann konnte wie schon bei der KTW 1999 aufgrund seiner Stimmenanzahl sogar zwei Mandate erringen. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen verringert sich dadurch die Gesamtzahl der Kreistagssitze um einen auf 52, da er als Einzelbewerber nur ein Mandat annehmen darf. Ähnlich machte es sein Bützower Kollege Lothar Stroppe, der sich auch einen Sitz im Kreistag sicherte. Stroppe, der bereits vor der Wende Bürgermeister in Bützow war, gehört zu den Unabhängigen Bützower Bürgern, die nicht mehr bei der KTW antraten.

Dass die kleineren Parteien, Wählergemeinschaften und Einzelbewerber derart reüssieren konnten und der neue Kreistag dadurch „bunter“ wurde, hat zweierlei Ursachen: Zum einen begünstigte die Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel diese über Gebühr. Zum anderen trug eine äußerst niedrige Wahlbeteiligung von 43,7 Prozent zu deren Erfolg bei. Der Partei der bibeltreuen Christen (PBC) gelang mit 806 Stimmen der Einzug ihres Kandidaten in den Güstrower Kreistag. Dabei war Matthias Kohlstedt aus Kuchelmiß kreisweit der einzige Bewerber, den die Partei aufgeboten hatte.¹³ Weniger erstaunt der Wahlerfolg der Bürgerpartei-MV und der Freien Wählergemeinschaft, handelt es sich hierbei doch um Zusammenschlüsse erfahrener ehemaliger Mandatsträger etablierter Parteien. Die zwei Kandidaten Klaus Martens und Lothar Fila von der Freien Wählergemeinschaft stammten aus der CDU – Fila war sogar Güstrower Bürgermeister von 1990 bis 1994 –, ebenso der Physiotherapeut Wolfgang Wehrmann von der Bürgerpartei, der mit der CDU in Konflikt geriet, als er für das Amt des Bützower Bürgermeisters kandidieren wollte. Der Gewerkschaftler Horst Mauck von der Wählergemeinschaft nahm dagegen als enttäuschter Sozialdemokrat im Zuge der Güstrower Höpner-Affäre seinen Hut.

Die Bewertung der KTW war rechtunterschiedlich. Der CDU-Kreisvorsitzende Werner Kuhn urteilte, die CDU habe mit 40 Prozent eine „Schallmauer durchbrochen“ und wertete das Ergebnis als Wählerauftrag zur Mitgestaltung und Beleg originärer kommunalpolitischer

13 Vgl. Der große Auftritt der Kleinen, in: Schweriner Volkszeitung, 15.06.2004.

Kompetenz seiner Partei. Demgegenüber suchten der SPD-Kreisvorsitzende Dr. Norbert Nieszery und der PDS-Fraktionschef Dieter Labuzinski bei der Regierungsbeteiligung in Land und Bund nach einer Erklärung für die Verluste. Zwar wurde die Auflockerung des Kreistages durch kleinere Gruppierungen als Ausdruck eines gesunden demokratischen Pluralismus begrüßt, andererseits waren aber Bedenken im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit des Kreistages zu hören, da auch die kleinen Parteien Rederecht beanspruchen dürfen.¹⁴

Abgesehen von dem Zuwachs der CDU und der Pluralisierung der Parteienlandschaft im Kreistag ist die sinkende Wahlbeteiligung bei der KTW ein weiterer sich verfestigender Trend, der nicht nur in der Lokalpresse kritisch kommentiert wurde. Nachfolgende Tabelle macht den wachsenden Anteil der Nichtwähler bei der KTW deutlich – und das bei annähernd gleichbleibender Anzahl an Wahlberechtigten.

Tabelle 3:

Wahlberechtigten, Wähler und Wahlbeteiligungen bei den KTW 1994, 1999 und 2004

	1994	1999	2004
Wahlberechtigte	87.148	92.589	91.626
Wähler	59.985	49.606	40.217
Wahlbeteiligung	68,8	53,6	43,7

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Güstrower Landkurier, Amtliches Bekanntmachungs- und Informationsblatt des Landkreises Güstrow, Sonderdruck „So haben Sie am 13. Juni 2004 gewählt!“, Jg. 7, 21.6.2004, S. 2.

3.4 Regionale Disparität bei der KTW 2004

Auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses vom 25. Februar 2004 wurde der Landkreis Güstrow in zehn ungefähr gleichgroße Wahlbereiche eingeteilt, die alle annähernd 10.000 Einwohner haben. Deutlich von dieser Vorgabe weichen der Wahlbereich 3 Amt Güstrow-Land mit 13.488 Einwohnern nach oben und der Wahlbereich 2 Stadt Bützow mit 8.350 Einwohnern nach unten ab, so dass eine Neueinteilung bei der nächsten Wahl wahrscheinlich erscheint. Das Ansinnen der Kreisverwaltung, bereits vor der Wahl eine Änderung herbeizuführen, wies der Kreistag zurück.

Die besondere Stellung der Stadt Güstrow lässt sich daran ermessen, dass aufgrund der Einwohnerzahl von 32.203 drei Wahlbereiche (5, 6, 7) gebildet wurden.¹⁵ Zwischen den einzelnen Wahlbereichen sind im Ergebnis Differenzen auszumachen, die auf regionale Hochburgen einzelner Parteien schließen lassen und bei den Einzelbewerbern den Herkunftsort markieren. Tabelle 4 versucht diese regionalen Besonderheiten darzustellen:

¹⁴ Vgl. Zwei große Gewinner und viele kleine, in: Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 15.06.2004.

¹⁵ Die Zuordnung der einzelnen Straßennamen zu den drei Wahlkreisen der Stadt Güstrow bei der KTW ist unter www.kreis-gue.de einzusehen.

Tabelle 4:
Ergebnisse der KTW 2004 im Vergleich der einzelnen Wahlbereiche
 (Stimmenanteile in Prozent)

	WB1 Amt Bützow- Land/Amt Seintanz- Wamowtal	WB2 Stadt Bützow	WB3 Amt Güstrow- Land/Amt Lalendorf	WB4 Amt Laage- Land/Stadt Laage	WB5 Stadt Güstrow I (Zentrum)	WB6 Stadt Güstrow II (Nordstadt)	WB7 Stadt Güstrow III (Südstadt)	WB8 Amt Kra- kawa See/ Amt Tete- row-Land	WB9 Stadt Teterow	WB10 Amt Gnoien/ Amt Jördenstorf
CDU	45,4	41,3	43,2	40,4	32,4	35,8	30,8	32,6	34,2	49,7
SPD	16,5	16,8	15,2	25,3	25,0	20,7	28,3	28,5	16,3	23,1
PDS	16,7	19,9	18,3	17,4	17,7	19,8	22,8	19,1	28,8	12,7
B90Gr.	2,3	0,7	4,4	2,1	7,7	4,1	3,0	2,7	1,9	1,6
FDP	2,1	1,3	4,9	9,0	4,0	2,8	3,3	6,8	1,5	1,5
PBC	0,2	0,3	0,9	0,2	0,9	0,8	0,5	1,6	1,4	0,4
BMV	3,0	4,5	3,0	1,7	3,7	3,4	3,8	1,2	1,7	0,8
FWG	3,9	0,8	6,6	2,2	7,0	10,1	5,4	1,3	0,5	3,6
Dettmann	0,6	0,7	2,4	1,0	0,9	1,4	1,0	4,6	13,0	4,2
Krüger	3,8	1,6	-	-	-	-	-	-	-	-
Meyer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4
Nickel	0,1	0,0	0,2	0,3	0,0	0,1	0,2	0,4	0,4	1,9
Osmanski	0,2	0,0	0,3	0,1	0,2	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1
Sievers	-	-	-	-	-	-	-	0,8	-	-
Stroppe	5,1	12,0	0,7	0,3	0,4	0,6	0,6	0,3	0,1	0,1
Wahlbet.	59,0	40,0	53,2	46,6	28,3	26,1	28,8	56,0	38,6	53,4

Quelle: Kreiswahlbüro Güstrow. Eigene Darstellung.

Was ist auffällig? Zunächst muss man konstatieren, dass die Wahlbeteiligung im ländlichen Raum (Ämter) höher ist als in den Städten und z.T. sichtbar über der 50-Prozent-Marke liegt. Offensichtlich ist die Dorfgemeinschaft aufgrund der sozialen Beziehungen und Strukturen besser gegen den Wählerschwund gefeit als die anonymen Städte. Hierbei dürfte außer der bloßen Tatsache einer geringen Einwohnerzahl und der daraus resultierenden Überschaubarkeit auch die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters eine Rolle spielen. Die CDU hat ihre Hochburgen überwiegend auf dem Lande sowie in kleineren Städten wie Laage und Gnoien. Güstrow bleibt weiterhin ein schwieriges Pflaster für die Christdemokraten. Hier hingegen hat die SPD entgegen dem Negativtrend eine respektable Stellung behaupten können. Die PDS beeindruckte insbesondere in Teterow mit 28,8 Prozent, während die FDP mit 9,0 Prozent in Amt Laage-Land bzw. Stadt Laage und die Bündnisgrünen mit 7,7 Prozent sowie die Freie Wählergemeinschaft mit 10,1 Prozent in jeweils einem der Güstrower Wahlbereiche überzeugen konnten. Wie am Beispiel der Einzelbewerber leicht zu belegen ist, sind Persönlichkeiten und ihr Ansehen vor Ort dabei entscheidend. Beim Wahlvolk beliebte Bürgermeister sind per se Zugpferde. Der Teterower Bürgermeister Dr. Reinhard Dettmann und sein Bützower Kollege Lothar Stroppe wurden bereits erwähnt. Sie vereinigten in ihren Hoheitsgebieten weit über zehn Prozent der Wählerstimmen auf sich und nochmals rund fünf Prozent in den Nachbarämtern. Noch mehr Stimmen zogen Dr. Uwe Heinze (SPD), Bürgermeister in Laage, mit 18,4 Prozent – im Wahlbereich 4 immerhin 1.986 von insgesamt

2742 Stimmen für die SPD-Liste, also 72,2 Prozent aller Stimmen für die Sozialdemokraten im Amts- und Stadtbereich Laage – und der CDU-Landtagsabgeordnete Torsten Renz mit 16,5 Prozent (1.147) im Wahlbereich 5. In absoluten Zahlen folgen auf Heinze mit 1.975 Stimmen (12,7 Prozent) Hans-Georg Schörner (SPD), Bürgermeister in Gnoien, Hartmut Grosse (CDU) mit 1.944 Stimmen (11,5 Prozent) und Dr. Christian Beckmann (CDU) mit 1.913 Stimmen (13,4 Prozent).¹⁶ Die Zugkraft der Bürgermeister und anderer bekannter Kommunalpolitiker offenbart die Abhängigkeit der Kreistagswahlen von den personellen und lokalen Einflussfaktoren. Entsprechend groß fallen auch Selbstbewusstsein und Eigenwahrnehmung der Lokalmatadore aus. So meinte der Laager Bürgermeister Dr. Uwe Heinze im Vorfeld der Wahlen: „Bürgermeister gehören einfach dazu. Sie bringen eine Menge Fachkompetenz ein, sie tragen zum Interessenausgleich bei, und vor allen Dingen, sie arbeiten, von Parteien unabhängig, gut zusammen.“¹⁷

Als teilentkräftigt muss bei einer vergleichenden Auswertung der Ergebnisse in den einzelnen Wahlbereichen die These vom konservativen Osten und sozialistischen/sozialdemokratischen Westen des Landkreises gelten. Die guten Ergebnisse der CDU in der Bützower Region und die schlechten in Teterow widersprechen mit Ausnahme des äußersten Nordostens dieser Annahme. Viel mehr ist eine Stadt-Land-Differenz evident, die das konservative Milieu auf dem Lande und eine sozialistisch/sozialdemokratische Tradition in den Städten verortet. Zur Erhärtung der Hypothese müssen weitere Wahlen abgewartet werden.

4. Der Wahlausgang in den Städten des Landkreises

Kleinstädtisches Wahlverhalten ist durch ein besonders verdichtetes Milieu und einer geringen Anzahl von Wählern und Kandidaten gekennzeichnet. In Landstädten wie Krakow am See und Gnoien war deshalb bei der Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters von vornherein ein kaum volatiles Wahlverhalten zu erwarten. Die SPD-Amtsinhaber sahen sich in beiden Kleinstädten von CDU-Kandidaten herausgefordert, konnten sich aber souverän durchsetzen. Gegen den Krakower Bürgermeister Wolfgang Geistert (SPD), seit 1994 im Amt, kandidierte der CDU-Regionalverbandsvorsitzende Nils Ruhnau,¹⁸ in Gnoien schickten die Christdemokraten gegen Hans-Georg Schörner (SPD), der zugleich die neue SPD-Kreistagsfraktion führt, Wolfgang Reinhardt ins Rennen.

16 Die Zahlen stammen aus einer Zusammenstellung der Einzelergebnisse des Kreiswahlbüros und wurden dem Autor dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Im Güstrower Landkurier wurden nur die Namen der gewählten Kandidaten und der Ersatzpersonen veröffentlicht.

17 Vgl. Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 04.06.2004.

18 Vgl. Ebenda.

Tabelle 5:

Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen (ehrenamtlich) in Krakow am See und Gnoien

Ort	Kandidat	Stimmen	Prozent	Wahlbeteiligung (in %)
Krakow am See	Wolfgang Geistert (SPD)	953	56,3	53,6
	Nils Ruhнау (CDU)	739	43,7	
Gnoien	Hans-Georg Schörner (SPD)	999	70,3	47,7
	Wolfgang Reinhardt (CDU)	422	29,7	

Quelle: Krakower Seen-Kurier. Mitteilungsblatt mit amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Krakow und der Gemeinden Bellin, Dobin-Linstow, Hoppenrade, Kuchelmiß, Lalendorf, Langhagen, Jg. 14, 10.07.2004, S. 3; Gnoiener Amtskurier. Mitteilungsblatt mit amtlichen Bekanntmachungen des Amtes Gnoien, 6. Jg., 03.07.2004, S. 5. Eigene Darstellung.

Der Ausgang dieser Direktwahlen rückt ein politisches Phänomen in den Vordergrund, das bislang unzureichend untersucht worden ist. Im Gegensatz zu ihrer schwachen Verankerung an der Wähler- und Mitgliederbasis kann die SPD in vier von sechs Städten die Bürgermeisterposten besetzen, zwei davon – nämlich in Laage und Güstrow – hauptamtlich. Die CDU als stärkste kommunalpolitische Kraft hat keinen städtischen Chefsessel inne, obwohl sie in allen sechs Städten des Landkreises die meisten Mandate in den Stadtvertretungen besitzt. Es ist daher anzunehmen, dass die SPD von der Einführung der Direktwahl im besonderen Maße profitiert hat, weil sie dadurch die Klippen der CDU-Majorität in den Kommunalvertretungen umschiffen und ihrer dünnen Personaldecke zum Trotz wichtige Funktionen besetzen konnte. Die sich verfestigende Mehrheit der CDU in den Stadtvertretungen stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 6:

Ergebnisse der Wahl zu den Stadtvertretungen 2004 im Landkreis Güstrow

	Bützow		Gnoien		Güstrow		Krakow		Laage		Teterow	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
CDU	37,0	8	49,9	7	30,2	11	36,4	5	42,5	7	37,9	8
SPD	15,4	3	30,3	4	22,6	8	27,7	4	19,4	3	18,1	4
PDS	18,0	4	11,8	2	19,3	7	18,6	3	20,4	4	26,1	5
FDP	-	-	-	-	3,0	1	9,4	1	10,2	2	-	-
B90/Gr.	-	-	-	-	3,9	2	-	-	-	-	-	-
BMV	6,2	1	-	-	3,4	1	-	-	-	-	-	-
WG ⁺⁺⁺	21,0	4	8,1	1	15,7	6	3,7	1	6,4	1	-	-
EB ⁺⁺⁺	2,4	1	-	-	1,9	1	4,2	-	1,1	-	17,9	3
Gesamt	100	21	100,1 ⁺	14	100	37	100	14	100	17	100	20 ⁺⁺
Wahlb.	41,6	-	47,7	-	27,9	-	53,6	-	43,0	-	38,8	-

Quelle: Bützower Nachrichten. Amtsblatt der Stadt, Jg. 13, 7.7.2004, S. 3; Gnoiener Amtskurier. Mitteilungsblatt des Amtes Gnoien, 6. Jg., 3.7.2004, S. 5; Güstrower Stadtanzeiger. Amtliche Bekanntmachungen und Mitteilungen der Stadt Güstrow. Sonderausgabe, 14. Jg., 19.6.2004, o. S.; Krakower Seen-Kurier. Mitteilungsblatt mit amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Krakow und der Gemeinden Bellin, Dobin-Linstow, Hoppenrade, Kuchelmiß, Lalendorf, Langhagen, Jg. 14, 10.7.2004, S. 3; Laager Stadtanzeiger. Amtliches Bekanntmachungs- und Informationsblatt der Stadt Laage, Jg. 14, 5.7.2004, S. 2; Teterower Zeitung mit amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Teterow. Ergänzung zur Ausgabe 6/2004, 4. Jg., 19.6.2004, o. S.

⁺ ergibt sich aus der Rundung.

⁺⁺ eigentlich 21 Sitze, aber nach geltendem Wahlrecht nur ein Sitz an EB Jürgen Dettmann zuteilbar.

⁺⁺⁺ oftmals mehrere Wählergemeinschaften (WG) und Einzelbewerber (EB) zusammengefasst.

Aussagekräftig ist die Übersicht auch hinsichtlich der organisatorischen Schwäche kleinerer Parteien wie FDP und vor allem Bündnis 90/Die Grünen, die ausschließlich in Güstrow zur Wahl standen. Dem gegenüber trumps in Bützow mit den Unabhängigen Bützower Bürgern und in Güstrow mit der Freien Wählergemeinschaft und dem Güstrower Wählerbund die Wählergemeinschaften auf. Teterow nimmt unter den Städten des Landkreises scheinbar eine Sonderrolle ein, die mutmaßlich in einer Tradition starker Einzelbewerber besteht und eng mit der Familie Dettmann (Jürgen Dettmann ist ein Cousin des Teterower Bürgermeisters) verbunden ist. Zur Stärke der Einzelbewerber, die sich zur Unabhängigen Teterower Fraktion zusammenschlossen, dürfe auch das Wirken einer Bürgerinitiative beigetragen haben, in der sich die Empörung der Bürger über die erneute Gebührenerhebung für Anschlüsse an das Abwassernetz aus DDR-Zeiten kanalisierte.¹⁹

Überregionale Aufmerksamkeit erregten die Kommunalwahlen in der Kreisstadt Güstrow, weil ein Votum der Bürger über die politische Verantwortlichkeit für die seit 2000 schwelende „Bürgermeister-Affäre“ erwartet wurde. Aus Unregelmäßigkeiten beim Veranstaltungsmanagement und dem Kauf von Anteilen an der Kabel-Krämer KG durch die Güstrower Stadtwerke erwuchs ein Ränkespiel um den Bürgermeister Hans-Erich Höpner (SPD), das zur Spaltung der Güstrower Sozialdemokratie in Höpner-Gegner und -befürworter führte, und das lokalpolitische Gesamtgefüge bis ins Mark erschütterte. Höpner wurde im März 2001 durch die Stadtvertretung beurlaubt, trat aber zur Wiederwahl an und setzte sich in der Stichwahl gegen den CDU-Konkurrenten Torsten Renz durch. Die Stadtvertretung erneuerte den Suspendierungsbeschluss, und Landrat Lutz da Cunha erhob auf Anweisung aus Schwerin Einspruch gegen die Wahl Höpners wegen vermeintlicher Falschangabe vor dem Wahlausschuss (Verschweigen eines Haftaufenthalts zu DDR-Zeiten). Ein städtischer Untersuchungsausschuss und ein Rechtsgutachten sprachen Höpner die Wählbarkeit ab, Strafanträge gegen ihn und den ehemaligen Geschäftsführer der Stadtwerke Andreas Reincke wurden u.a. wegen Verdachts des Subventionsbetruges beim Bau des Spaßbades „Oase“ gestellt. Zwischen der Stadt und Höpner entbrannte ein juristischer Kleinkrieg um die politische Verantwortung und die Gültigkeit der Wahl von 2001, der erst mit einem Vergleich vor dem Verwaltungsgericht im September 2003 endete. Dadurch wurde der Weg zu Neuwahlen frei. Nach drei Jahren ohne direktdemokratisch legitimierten Bürgermeister in Güstrow ging am 25. Januar 2004 Arne Schuldt (parteilos für die SPD) aus der Stichwahl

19 Siehe dazu:

<http://www.mvba.de/Kontakt/Burgerallianz/Burgerinitiativen/Aktuelles/Termine/regionales.html>.

siegreich hervor.²⁰ Während die partiell undurchsichtigen Entscheidungen der Stadtvertretung zusehends in die öffentliche Kritik gerieten, sympathisierte ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung weiterhin mit dem populären ehemaligen Bürgermeister Höpner, der sich trotz gerichtsnotorischer Vergehen z.B. bei dem fragwürdigen Abschluss eines Mietsvertrages²¹ als Opfer zu stilisieren vermochte. Ausdruck davon sind seine Rückkehr in die SPD im Dezember 2003 und seine erfolgreiche Kandidatur zur neuen Stadtvertretung sowie zum Kreistag bei den Wahlen am 13. Juni 2004.

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Bilanz der Wahlen vom 13. Juni 2004 fällt wenig spektakulär aus: Erstens bleibt festzuhalten, dass die CDU ihre starke Position auch im Landkreis Güstrow – wenngleich mit einigen regionalen Unterschieden – verteidigen bzw. ausbauen konnte. Die Sozialdemokraten litten offenbar am meisten unter der politischen Großwetterlage und brachen z.T. stark ein. In den Stadtvertretungen Bützow, Laage und Teterow mussten sie sich mit dem dritten Platz hinter den Postkommunisten begnügen.

Zweitens machte die niedrige Wahlbeteiligung vielen Politikstrategen einen Strich durch die Rechnung. Sie und die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde erleichterten Einzelbewerbern, Wählergemeinschaften und Klein(st)parteien den Einzug in die Kommunalvertretungen. Wenngleich die rückläufige Wahlbeteiligung indirekt auch den Pluralismus in den Vertretungen zu begünstigen scheint, steht zu befürchten, dass sich diese negative Tendenz einer „regelrechten“ Partizipationsverweigerung der Wählermehrheit bei den nächsten Urnengängen – zumindest auf kommunaler Ebene – verstetigt. Im Landkreis Güstrow jedenfalls sinkt die Zahl derjenigen, die bei den Kreistagswahlen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, seit 1990 beständig. Doch um vor Dramatisierungen zu warnen: Geringe Wahlbeteiligungen sind in etablierten, „eingespielten“ Demokratien üblich und hemmen keineswegs das Funktionieren des politischen Systems. Freilich machen sie die Demokratie anfälliger für extreme politische Bewegungen von links und rechts.

Drittens ist aus der Perspektive der Verwaltungspraktiker und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker die ständige Veränderung/Novellierung des Kommunalwahlrechts durch den Gesetzgeber zu problematisieren. Sosehr der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde vom

20 Zum chronologischen Verlauf der Affäre siehe Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 01.06.2004, zum Ausgang der Bürgermeisterneuwahl unter www.guestrow.de/rathaus/wahl2004/wahlergebnis2.html.

21 Höpner schloss eigenmächtig, d.h. ohne zweite Unterschrift und Beschluss der Stadtvertretung einen unkündbaren Mietsvertrag mit 20-jähriger Laufzeit und einer Gesamtverpflichtung von 320.000 € zur Miete des repräsentativen Fürstenhofs ab, der zeitweilig als Standesamt genutzt wurde. Vgl. dazu Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 09.06.2004.

basisdemokratischen Standpunkt aus zu begrüßen ist, so sehr kann er sich im gleichen Atemzug für die Arbeitsfähigkeit der Vertretungen als Hemmschuh erweisen. Dass sich die Mehrheitsfindung dadurch verkompliziert, ist beinahe eine Binsenweisheit. Im Falle des Güstrower Kreistages dürften diese Bedenken nicht zutreffen, da sich eine hier infolge der einvernehmlichen Präsidentenwahl anbahnende Große Koalition mit einer komfortablen Mehrheit ausgestattet sieht (32 von 52 Stimmen). In der Stadtvertretung der Kreisstadt Güstrow selbst kann dies aufgrund der schwierigen Mehrheitsverhältnisse schon anders aussehen. Rekapituliert man die Ereignisse und Aufregungen der Höpner-Affäre, sind kritische Worte zur Direktwahl der Bürgermeister nötig. Sie beschnitt die Kommunalvertretungen um zentrale Handlungskompetenzen und beraubte sie schneller Reaktionsmöglichkeiten bei Amtsmissbrauch. Der direktgewählte hauptamtliche Güstrower Bürgermeister Höpner wähnte sich vom Volk legitimiert und konnte die Öffentlichkeit gegen die ehrenamtlichen Stadtvertreter ausspielen. Doch das Interesse des Wahlbürgers an einem direktgewählten Bürgermeister erlahmte schlagartig: Gingen zum ersten Wahlgang am 11. Januar 2004 noch knapp 36 Prozent, sank die Zahl der Urnengänger bei der Stichwahl am 25. Januar unter 25 Prozent. Arne Schuldt erhielt 5.215 Stimmen, 19,7 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten.²² Damit erreichte er einen denkbar niedrigen Grad an Legitimation, der vielen basisdemokratischen Argumenten für Direktwahlen die Grundlage entzieht.

Schließlich ist viertens die Rolle der Lokalpresse zu nennen, die nicht immer ausgewogen und zurückhaltend erschien. Das mag zum Teil an der Monopolstellung des ehemaligen SED-Bezirksorgans „SVZ“ liegen. Frank Pubantz, verantwortlicher Redakteur der Bützower Lokalredaktion, kommentierte die Nichtannahme des Mandats durch sechs der 52 für den neuen Güstrower Kreistag gewählten Bewerber mit gewagten Worten: „Egal, welche Gründe, selbst persönliche, sie dafür haben mögen: Das ist Betrug am Wähler!“²³ Auch wenn die Empörung über eine taktische Kandidatur verständlich sein mag, ist ein Rückzug vom Mandat einem demokratischen Wahlverfahren inhärent. Dem Wähler ist soviel Sachkenntnis und Erinnerungsvermögen zuzutrauen, dass er Fehlverhalten realisiert und bei der nächsten Wahl abstrafte. Zu seiner Souveränität gehört die Entscheidung darüber, ob er sich an den Wahlen beteiligt und wen er wählt. Presse und alle anderen Gewalten bzw. Institutionen haben dies zu akzeptieren.

22 Siehe dazu www.guestrow.de/rathaus/wahl2004/wahlergebnis.html und www.guestrow.de/rathaus/wahl2004/wahlergebnis2.html.

23 Ein Gesicht des Betrugs, in: Schweriner Volkszeitung, Güstrower Anzeiger, 29.06.2004.

Die Kommunalwahlen im Landkreis Demmin

Reiner Holznagel

1. Einleitung

Roter Kopf und schwarze Füße? Mit dieser Arbeitsfrage bewertete Nikolaus Werz die Ergebnisse des Forschungsprojektes "Parteien auf der kommunalen Ebene in Ostdeutschland". Dabei ergab die Analyse, dass die CDU im Jahr 1999 mit Abstand die stärkste Partei in den ostdeutschen Kommunen war.¹ Diese grundlegende Feststellung kann auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern gelten. Allerdings mit dem feinen Unterschied, dass die CDU in Mecklenburg schlechtere Ergebnisse erzielte als in Vorpommern. Nachdem die Union im Jahr 2002 die Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zum zweiten Mal verlor, erklärte sie es sich zum Ziel, bei den Kommunalwahlen 2004 wieder als stärkste Partei abzuschneiden bzw. die guten Ergebnisse der letzten Kommunalwahl 1999 mindestens zu halten.² Aber auch die SPD wollte ihren kommunalpolitischen Rückhalt ausbauen. Dabei war den Sozialdemokraten ihre strukturelle Schwäche in Vorpommern bewusst. Auf einer kommunalpolitischen Konferenz erklärte der SPD-Landesvorsitzende Till Backhaus, „dass es in Vorpommern nicht so recht vorangeht, liegt auch daran, weil die Leute immer wieder denselben Fehler machen – sie wählen die CDU.“³

Der Landkreis Demmin ist politisch durch absolute Mehrheiten der CDU geprägt, obwohl er Landgebiete in Vorpommern und Mecklenburg umfasst. So hat die CDU die Mehrheit in vielen Gemeindevertretungen und im Kreistag. Darüber hinaus stellt sie den Landrat und viele Bürgermeister.⁴ Aufgabe dieses Beitrages ist es, vor dem Hintergrund der Aufhebung der Fünf-Prozent-Hürde die Kräfteverhältnisse im Kreistag des Landkreises Demmin nach den Kommunalwahlen zu analysieren. Dabei werden Einzelergebnisse in den Wahlbereichen aufgezeigt und ein Ausblick auf die künftigen politischen Verhältnisse gegeben. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen sowie zu den ehrenamtlichen Bürgermeistern werden vernachlässigt.

1 Vgl. Nikolaus Werz, Die rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz u.a., Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zur Politik und Verwaltung, 15), S. 7-22, hier: S. 13.

2 Vgl. CDU berät Kommunalwahl, in: Lübecker Nachrichten, 05.03.2004.

3 Vgl. Rede des SPD-Landesvorsitzenden Till Backhaus auf der kommunalpolitischen Konferenz in Güstrow am 24.04.2004, unter www.spd-mv.de; Kritik am Wahlkampf, in: Schweriner Volkszeitung am 27.04.2004.

4 Aus Platzgründen wird die Form des „beidgeschlechtlichen Korrektsprechs“ bei allen Berufen, Tätigkeiten usw. vernachlässigt.

2. Die politischen Rahmenbedingungen im Landkreis Demmin

Nicht nur seit der letzten Kommunalwahl im Jahr 1999 stellte die CDU die stärkste Fraktion im Kreistag. Damals erreichte sie ein Ergebnis von 52,0 Prozent. Im Vergleich zur Kommunalwahl 1994 konnte die Partei ihre Vertretung im Kreistag um 6,9 Prozent ausbauen. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Blick in die Gemeindevertretungen, denn auch hier dominiert die CDU. Mit Frieder Jelen gelang es der CDU, die erste Direktwahl eines Landrates in Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen.⁵ Auch bei den folgenden Bürgermeisterdirektwahlen in den größeren Städten wurden die CDU-Amtsinhaber bestätigt.⁶ Die CDU-Kandidaten zu den Bundes- und Landtagswahlen können sich ebenfalls auf gute Ergebnisse in ihren Wahlkreisen verlassen, denn die CDU stellt seit 1990 alle Direktmandate. Diese Wahlergebnisse unterstreichen die gute Verankerung der Partei im Landkreis. Ca. 550 Mitglieder machen sie kampagnenfähig und helfen bei der Aufstellung von Kandidaten sowie bei der Durchführung von Wahlkämpfen. Strukturell durchläuft die CDU im Kreis derzeit einen Wandel, der sich an die Gemeindefusionen anlehnt. Mehrere Ortsverbände schlossen sich zu Regionalverbänden zusammen, um unter anderem auch die Kommunalwahlen besser vorbereiten zu können.⁷

Die zweitstärkste Fraktion im alten Kreistag war die PDS mit 20,2 Prozent. Sie konnte ihr Ergebnis zur Kommunalwahl 1994 mit kleinen Verlusten von 0,6 Prozent fast halten. Ein Blick in die anderen kommunalen Vertretungen verdeutlicht, dass die PDS im Landkreis Demmin zweitstärkste Partei ist. Bei den Landratswahlen wurde eine Stichwahl zwischen dem CDU-Kandidaten und dem PDS-Kandidaten notwendig. Von der Mitgliederstärke her ist die PDS mit ca. 350 Mitgliedern im Verhältnis zu den restlichen Parteien gut aufgestellt. Sie ist mit Basisorganisationen in allen Städten des Landkreises vertreten und unterhält weitere Organisationen auf Dorfebene. Diese Struktur macht es der Partei bei der Suche nach Kandidaten erheblich leichter.⁸ Ein Bonus für die PDS dürfte die Mitgliedschaft des Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Peter Ritter im Kreisverband sein.

Die drittstärkste Partei im Landkreis Demmin ist die SPD. Ihre Vertretung im Kreistag sowie in den anderen kommunalen Parlamenten ist unterdurchschnittlich. 1994 erreichte die Partei zu den Kreistagswahlen ein Ergebnis von 21,0 Prozent. Fünf Jahre später musste die Partei Einbußen von 2,8 Prozent verkraften. Die schwache Mitgliederzahl von 71 bestätigt, dass der

5 Vgl. Reiner Holznagel, Die Landratswahlen im Landkreis Demmin, in: Nikolaus Werz u.a. (Anm. 1), S. 57-67, hier: S. 57 ff.

6 Vgl. CDU-Bürgermeister verteidigen ihre Amtssessel, in: Ostsee-Zeitung, 25.03.2003.

7 Vgl. Union gründet Regionalverband – Zusammenschluss von CDU-Ortsverbänden zielt auf Wahlvorbereitung, in: Nordkurier/Demminer Zeitung, 06.03.2004.

8 Auskunft zur Organisation und zur Mitgliederstärke erteilte die PDS-Kreisgeschäftsstelle in Malchin.

Landkreis Demmin nicht zu den Hochburgen der SPD zählt und dass die Partei kaum über Strukturen verfügt, die ihr die Kandidatenfindung und den Wahlkampf leicht machen. Durch die ehemalige SPD-Kreisvorsitzende und jetzige Landtagsabgeordnete Ute Schild verfügt sie aber über gute Kontakte zur Landespartei und zur Landtagsfraktion.

Die vierte nennenswerte Partei im Landkreis Demmin ist die FDP. Bei den Kommunalwahlen 1994 schnitt sie mit sechs Prozent ab und war damit im Kreistag vertreten. Diese Position konnte die FDP bei den Kommunalwahlen 1999 nicht mehr halten und verlor die Kreistagsvertretung mit einem Ergebnis von 4,1 Prozent. Die Liberalen sind im Landkreis Demmin strukturell nur schwach verankert. Ca. 45 Mitglieder hat die Partei, die sich aber auf den Altkreis Malchin konzentrieren. Hier unterhält die FDP auch die einzigen Ortsverbände.⁹

Tabelle 1:
Ergebnisse der Wahlen zum Kreistag in Demmin 1994 und 1999
(in Prozent bzw. Prozentpunkte)

Jahr	WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/Gr.	WGLR	Sonstige
1994	70,9	45,1	21,0	20,8	6,0	2,7	-	4,4
1999	57,6	52,0	18,2	20,2	4,1	0,9	4,4	-
Gewinne/Verluste	-13,3	6,9	-2,8	-0,6	-1,9	-1,8	4,4	-4,4

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Demmin und Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen.

Darüber hinaus bestehen im Landkreis Demmin noch weitere Parteien wie die Grünen oder Wählergemeinschaften. Sie haben allerdings in der Vergangenheit auf Kreisebene weniger eine Rolle gespielt.

Diese politischen Kräfteverhältnisse weisen darauf hin, dass die CDU, die PDS und teilweise die SPD das politische Tagesgeschäft im Landkreis dominieren. Einen gravierenden politischen Einschnitt gab es im Jahr 2000, als der damalige Landrat Hans-Jürgen Beich aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurücktrat. Zuvor musste sich Beich mit Vorwürfen auseinandersetzen, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an einer Demminer Baufirma rechtswidrig gehandelt zu haben. Durch die Ergebnisse einer Prüfung des Landesrechnungshofes sah sich der Innenminister in der Pflicht, den Landrat zu suspendieren.¹⁰ Schließlich leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Hans-Jürgen Beich ein. Mit dem Ausscheiden von Beich trat die permanente Zerstrittenheit der CDU-Fraktion im Kreistag zutage.¹¹ Der Rücktritt von Beich hatte aber auch zur Folge, dass ein neuer Landrat gewählt werden musste. Nach der geänderten Kommunalverfassung von 1997

⁹ Auskunft erteilte die Landesgeschäftsstelle der FDP.

¹⁰ Vgl. Ex-Landrat Beich zieht vor Gericht, in: Ostsee-Zeitung, 30.11.1999.

¹¹ Vgl. Reiner Holznagel (Anm. 5), S. 59.

musste nun der Landrat direkt von den Bürgern gewählt werden.¹² Demmin war damit der erste Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern, der eine kommunale Direktwahl durchführte. Trotz der Ereignisse um Hans-Jürgen Beich und vieler „Schwierigkeiten“¹³ bei der Findung und Nominierung eines CDU-Kandidaten gelang es der Partei, mit dem ehemaligen Bürgerbeauftragten Frieder Jelen dieses Amt wieder für sich zu gewinnen. Die politischen Kämpfe in der CDU-Fraktion schienen damit zunächst beendet zu sein. Allerdings zeigte sich im Jahr 2003, dass der neue Landrat keinen verlässlichen Partner in der CDU-Fraktion finden konnte. Auf Vorschlag des Landrates sollte eine Dezernentin zur ehrenamtlichen Beigeordneten berufen werden. Dieser Vorschlag scheiterte an der eigenen Fraktion, da nicht alle Mitglieder anwesend waren.¹⁴

Aber nicht nur auf Kreisebene hat die CDU Probleme für ein einstimmiges Erscheinungsbild zu sorgen. Der bekannte und populäre CDU-Bürgermeister der Stadt Stavenhagen, Bernd Mahnke,¹⁵ kandidierte im Jahr 2003 erneut für dieses Amt. Er zog es aber vor, als Einzelbewerber anzutreten. Im CDU-Ortsverband entfachte er damit eine heftige Diskussion, die zeitweise dazu führte, dass ein Gegenkandidat aufgestellt werden sollte.¹⁶ Schließlich trat Bernd Mahnke ohne Konkurrenz aus den eigenen Reihen an und gewann die Wahl mit über 93 Prozent.¹⁷

PDS und SPD blieben in der Vergangenheit mehr oder weniger von innerparteilichen Schwierigkeiten verschont. Besonders die PDS erreichte ein einheitliches und geschlossenes Erscheinungsbild im Kreis.

Insgesamt ist das politische Klima von der schlechten wirtschaftlichen Lage des Landkreises getrübt. Demmin zählt mit über 30 Prozent zu den Landkreisen mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland. Daraus entstehen wiederum viele weitere Probleme. So hat der Landkreis Demmin eine sehr niedrige Wirtschafts- bzw. Kaufkraft. Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt erreicht Demmin lediglich 63 Prozent der Kaufkraft und

12 Vgl. Hans Jörg Hennecke, Die Entwicklung der Rahmenbedingungen für die kommunale Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990, in: Nikolaus Werz u.a. (Anm. 1), S. 23-39, hier: S. 33.

13 Zunächst nominierte die CDU den Demminer Bürgermeister Ernst Wellmer. Dieser trat aber von seiner Nominierung zurück, und es musste ein neuer Kandidat gefunden werden. Zuvor leitete das Innenministerium Vorermittlungen gegen den Bürgermeister wegen angeblichen Verstößen bei der Vergabe von Aufträgen ein. Dasselbe geschah mit dem ersten Kandidaten der CDU, Thomas Diesterheft. Dieser stand schließlich für eine Kandidatur nicht mehr zur Verfügung. Vgl. Rehberg wirft Timm Wahlmanipulation vor, in: Ostsee-Zeitung, 19.09.2000.

14 In Demmin scheidet Vorstoß fürs Ehrenamt, in: Nord-Kurier, Zeitschrift des Bundes der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, August 2003, S. 7.

15 Bernd Mahnke ist seit 1986 Bürgermeister der Stadt und war SED-Mitglied. Schon 1992 trat er in die CDU ein. Seine Aufnahme war aufgrund der SED-Mitgliedschaft umstritten.

16 Vgl. Bürgermeisterwahl: Nur ein Bewerber tritt an! Amtsinhaber Bernd Mahnke ohne Konkurrenz, in: Nordkurier/Neubrandenburger Zeitung/Altentreptow, 23.04.2003.

17 Vgl. Wahl-Entscheidung vertagt, in: Nordkurier, 12.05.2003.

befindet sich damit auf den letzten Plätzen. Eine Entschärfung dieser wirtschaftlichen Lage ist mittelfristig kaum in Sicht, denn durch den Bevölkerungsverlust,¹⁸ die niedrige Kaufkraft und die fehlenden Fachkräfte wird eine wirtschaftliche Entwicklung sehr schwierig werden. Potenzial sieht der Landkreis in der Optimierung der Land- und Agrarwirtschaft sowie im Tourismusbereich. Trotzdem überschattet die schlechte wirtschaftliche Lage das politische und gesellschaftliche Leben im Landkreis Demmin.¹⁹

Aber auch die viel diskutierte Verwaltungs- und Kreisgebietsreform ist im Landkreis zumindest unter den Parteien und der Verwaltung ein Thema. Das politische Tagesgeschäft dominiert sie allerdings nicht. Anscheinend berühren die Konzepte der Landesregierung kaum regionale Identitäten im Landkreis. Darüber hinaus entstehen durch die Fusionen einiger Gemeinden ohnehin neue Strukturen, so dass die Bildung von Großkreisen weniger interessiert.²⁰

3. Die Kandidatenfindung und der Kommunalwahlkampf im Kreis

Eine immer wiederkehrende Kritik an der geplanten Verwaltungs- und Gebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern war der Zeitpunkt ihrer Diskussion. Oppositionspolitiker warfen der Regierung vor, nicht nur die Bürger, sondern auch potenzielle Kandidaten für die Kommunalwahl zu verunsichern. Letztendlich kann festgestellt werden, dass die Pläne zur Neuordnung der Landkreise keine Auswirkungen auf die Kandidatenfindung in Mecklenburg-Vorpommern oder im Landkreis Demmin hatten. Hier begann das Werben um Kandidaten schon relativ früh. Erste Veranstaltungen fanden dazu im November 2003 statt. Beispielsweise bildete die FDP Regionen mit Sprechern, die sich um die Kandidatenfindung kümmern sollten. Die SPD und PDS führten jeweils Aktionstage durch, um ebenfalls Bewerber für ihre Listen zu gewinnen. Die CDU wählte zunächst einen neuen Vorsitzenden und Kreisvorstand. Dabei formulierte sie das Ziel, wieder die stärkste Kraft im Kreistag zu werden.²¹ Allgemein verlief die Kandidatenfindung im Kreis Demmin eher unspektakulär. Höchstens 66 Kandidaten konnten die Parteien für die sechs Wahlbereiche benennen. Dabei versuchten alle Parteien sowohl neue als auch bekannte Gesichter aufzustellen. Die

18 Seit 1990 sinkt die Einwohnerzahl des Kreises. Im Jahr 2003 lebten 12,8 Prozent weniger Menschen im Landkreis als im Jahr 1990. Darüber hinaus ist Demmin mit 47 EW/km² sehr dünn besiedelt.

19 Der Kreistag hat am 11.06.2001 den Landkreis aufgefordert, einen Kreisentwicklungsplan zu erarbeiten. Dazu wurde im Juni 2004 ein „Integriertes regionales Entwicklungskonzept für den Landkreis Demmin“ vorgestellt. Vgl. Integriertes Regionales Entwicklungskonzept des Landkreises Demmin, Juni 2004, S. 38 ff.

20 Allein im Wahljahr 2004 fusionierten 13 Gemeinden. Dieser Prozess scheint mit dafür zu sorgen, dass die Bürger einer neuen Gebietsreform weniger kritisch gegenüberstehen. Vielmehr wird die Diskussion durch die Parteien und die Verwaltung geführt. Dabei geht es vorrangig um Planungssicherheit. Ein anderes Bild bietet sich dagegen in anderen Landkreisen. So wurde in Pasewalk eine Unterschriftenaktion zum Erhalt der Kreisstadt Pasewalk durchgeführt. Siehe den Beitrag von Annemarie Kophal in diesem Band.

21 Vgl. Parteien stellen sich auf Kommunalwahl ein, in: Nordkurier/Demminer Zeitung, 17.09.2003.

Parteizugehörigkeit spielte für die Kandidatenfindung kaum eine Rolle. Lediglich die SPD bekannte sich zu einigen Schwierigkeiten, Kandidaten auf dem „flachen Land“ zu gewinnen. In Städten glaubte die Partei aber, durchaus Bürger zur Kandidatur auf ihren Listen bewegen zu können.²² Der Landrat sah bei der Kandidatenfindung keine Probleme und rechnete mit genügend Wahlbewerbern für die Kommunalwahl. Ein Grund für diese Haltung war auch der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde. In diesem Zusammenhang ging er auch von einer Verjüngung des Kreistages aus.²³ Positive Auswirkungen erhoffte sich auch die FDP durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde. Eine Zersplitterung des Kreistages befürchtete aber offiziell keine der agierenden Parteien. Alle gingen davon aus, dass Sachlichkeit die künftige Politik des Kreistages bestimmen wird.

Bis zum 26. April 2004 hatten die Parteien bzw. die Bewerber Zeit, ihre Wahlvorschläge einzureichen. Schließlich bewarben sich um die 47 Sitze im Kreistag fünf Parteien, eine Wählergemeinschaft sowie ein Einzelkandidat. Insgesamt wurden 127 Bewerber vorgeschlagen. Die CDU nominierte schließlich mit 46 die meisten Kandidaten. Ihr folgte die SPD mit 33 und die PDS mit 28. Für die FDP kandidierten acht Kandidaten.²⁴

Die durch den Landrat erhoffte Verjüngung des Kreistages trat aber offensichtlich nicht ein. Die 40- bis 50-Jährigen stellten die größte Gruppe der Bewerber dar. Ihr folgten die 50- bis 60-Jährigen. Deutlich unterrepräsentiert war die Gruppe der unter 30-Jährigen. Trotzdem reichte das Altersspektrum vom jüngsten Kandidaten der CDU mit 22 Jahren bis zum ältesten Kandidaten der PDS mit 72 Jahren.²⁵

Während die Parteien ihre Kandidaten suchten und aufstellten, feilten sie gleichzeitig auch an ihren Wahlprogrammen. Grundsätzlich lehnten sich alle Programme an die auf Landesebene erstellten Leitlinien an. Die regionalen Schwerpunkte wurden durch die besondere wirtschaftliche Lage des Landkreises gesetzt. So maßen alle Parteien Investitionen in die Infrastruktur, der Wirtschaftsförderung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen besondere Bedeutung zu. Auch wollten die Parteien im Tourismus mehr bewegen. Die schlechte finanzielle Situation des Landkreises spielte ebenfalls eine Rolle. An dieser Stelle verdeutlichten besonders CDU und SPD, wo mehr Ausgaben nötig sind. Sparmaßnahmen sahen die Parteien hingegen nur beim Personalhaushalt des Kreises.²⁶ Ein Reizthema, besonders auf Gemeindeebene, war die Schulentwicklungsplanung. Durch den massiven

22 Vgl. Parteien arbeiten an Listen, in: Nordkurier/Demminer Zeitung 28.02.2004.

23 Vgl. Landrat rechnet mit jüngerem Kreistag, in: Nordkurier/Demminer Zeitung, 20.01.2004.

24 Vgl. CDU stellt die meisten Kandidaten für Kreistag auf, in: Nordkurier/Demminer Zeitung, 18.05.2004.

25 Vgl. Jüngster Kreistags-Kandidat 22 Jahre, in: Nordkurier/Demminer Zeitung, 17.05.2004.

26 Vgl. Müssen ein positives Beispiel geben, in: Nordkurier/Demminer Zeitung, 05.06.2004; Unser Ziel heißt 50 plus X, in: Nordkurier / Demminer Zeitung, 03.06.2004; sowie die Wahlprogramme der Parteien.

Rückgang der Schülerzahlen ist auch der Landkreis Demmin gezwungen, Schulstandorte zu schließen.²⁷ Grundsätzliche Positionen bezogen die Parteien aber lediglich zum Erhalt von Schulstandorten, insbesondere der Musikschule in Demmin.²⁸ Im Hinblick auf die Wahlprogramme versuchten aber einige Kandidaten während des Wahlkampfes festzuhalten, dass auch sie keine Wunder vollbringen können.²⁹

Der Wahlkampf gestaltete sich im Landkreis Demmin ruhig. Vereinzelt stellten die Parteien Plakate auf. Dabei wurden entweder Köpfe oder Leitlinien gezeigt. Darüber hinaus informierten Postwurfsendungen über die Kandidaten und Programme der Parteien. Hauptsächlich stützten sich die Parteien auf die Durchführung von Wahlkampfveranstaltungen. Dazu wurden Landespolitiker genauso eingeladen wie Bundespolitiker. Durch die Wahl zum Europaparlament vermengten sich oft kommunale, bundes- und landespolitische, aber auch europäische Programme. Zusammenfassend kann aber festgestellt werden, dass weder spektakuläre Themen noch außergewöhnliche Ereignisse den Wahlkampf geprägt haben. Lediglich der Großbrand in einer Demminer Bootsschuppenanlage sorgte 14 Tage vor der Wahl für Aufregung. Letztlich kann aber keine beeinflussende Wirkung auf die Kommunalwahl erkannt werden.

4. Das Wahlergebnis der Kreistagswahl

Seit 1994 sank die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen im Landkreis Demmin überdurchschnittlich. Während 1994 noch ca. 71 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gingen, waren es 1999 nur noch 57,6 Prozent. Dieser Wert wurde 2004 mit 47,4 Prozent noch einmal unterboten. In den einzelnen Wahlbezirken wurde teilweise nur eine Wahlbeteiligung von 35 Prozent erreicht.³⁰ Damit kann bezüglich der Wahlbeteiligung für den Kreis Demmin keine Besonderheit festgestellt werden. Sie ist genauso schlecht wie in allen anderen Landkreisen von Mecklenburg-Vorpommern.³¹

27 Die Schülerzahl hat sich im Landkreis Demmin von 1998/1999 bis zum Jahr 2002/2003 von 14.360 auf 10.299 bzw. um 30 Prozent verringert. Das Kultusministerium geht von einer weiteren Verringerung aus. Vgl. Integriertes regionales Entwicklungskonzept für den Landkreis Demmin (Anm. 19), S. 53 ff.

28 Vgl. ebenda.

29 Vgl. Wir werden keine Wunder vollbringen, in: Nordkurier/Demminer Zeitung, 19.02.2004.

30 Vgl. Wahlmüde Demminer illegal Müll entsorgt? Unerwartete Gewinne, in: Nordkurier/Demminer Zeitung 16.06.2004.

31 Die Wahlbeteiligungen bei den Wahlen zu den Kreistagen in MV lagen 2004 bei 44,9 Prozent, 1999 bei 50,5 Prozent und 1994 bei 65,7 Prozent. Der Autor weist an dieser Stelle darauf hin, dass die sinkende Wahlbeteiligung nicht unbedingt ein Ausdruck von Politikverdrossenheit ist. Bürger, die der Politik verdrossen sind, lassen jegliches Interesse an Politik, Parteien und politischen Vorgängen vermissen. Die Wahlbeteiligung ist dafür ein ungenügendes Messinstrument. Sie dokumentiert vielmehr, dass immer weniger Bürger ihren „demokratischen“ Pflichten nachkommen.

Auf die Ergebnisse wirkte sich die Wahlbeteiligung dahingehend aus, dass die großen Parteien CDU, PDS und SPD Stimmenverluste hinnehmen mussten. Als Sieger der Wahlen können sich die FDP, die Grünen und die Wählergemeinschaft sehen. Trotz der Verluste bleibt aber die CDU mit 49,3 Prozent die stärkste Fraktion im Kreistag. Allerdings erreicht sie mit 23 Sitzen keine absolute Mehrheit mehr. Die SPD hat bei den Kommunalwahlen nicht nur im Landkreis Demmin hohe Verluste verkraften müssen. Sie bleibt mit einem Stimmenergebnis von 13,2 Prozent weiterhin an dritter Stelle und erhält nur noch sechs Sitze im Kreistag. Absolut hat die PDS an Stimmen verloren. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung schneidet sie aber trotzdem mit einem Plus von 3,3 Prozent ab. Diesen Zugewinn kann sie allerdings nicht in zusätzliche Mandate umwandeln. Nach wie vor ist die PDS mit elf Sitzen im Kreistag vertreten. Auch ohne den Fall der Fünf-Prozent-Klausel hätte die FDP den Einzug in das Verwaltungsparlament geschafft. Mit einem Stimmenergebnis von 5,4 Prozent legt sie um 1,3 Prozent zu und erhält drei Sitze. Ebenfalls unberührt von einer Fünf-Prozent-Klausel würde die Wählergemeinschaft bleiben. Mit einem Ergebnis von 6,4 Prozent erreicht sie eine Vertretung im Kreistag mit drei Mandaten. Lediglich die Grünen profitieren vom Fall der Fünf-Prozent-Klausel. Mit einem Ergebnis von 1,9 Prozent erhielt der einzige Kandidat der Partei einen Sitz im Kreistag. Der Einzelbewerber Klaus Paal erzielte bei der Wahl 324 Stimmen bzw. 0,3 Prozent, die jedoch nicht für einen Sitz im Kreistag ausreichten.

Tabelle 2:
Ergebnisse der Wahlen zum Kreistag in Demmin 2004

	WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	B90/Gr.	WGLR
Absolute Stimmen	35.884	49.138	13.118	23.459	5.376	1.882	6.332
Veränderung zu 1999	-9.208	-17.112	-10.102	-2.253	+95	+694	+675
Stimmenanteil in Prozent	47,3	49,3	13,2	23,5	5,4	1,9	6,4
Veränderung zu 1999	-10,3	-2,7	-5,0	+3,3	+1,3	+1,0	+2,0
Verteilung der 47 Sitze im Kreistag	-	23 (-4)	6 (-3)	11(+/-0)	3 (+3)	1 (+1)	3 (+3)

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Demmin und Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Eigene Berechnungen.

Die Aufschlüsselung der einzelnen Wahlbereichsergebnisse zeigt ein differenziertes Bild. Eindeutig lassen sich persönliche Verankerungen in den einzelnen Wahlbereichen ausmachen. Beispielsweise musste die CDU in vier Wahlbereichen Stimmenverluste hinnehmen. Hingegen legte die Partei in den Wahlbereichen V (Amt Jarmen-Tutow, Amt Peenetal/Loitz) und VI (Stadt Demmin) zu. Ursache dafür dürften die Kandidaturen der aus Loitz stammenden Landtagsabgeordneten Renate Holznagel und des ehemaligen Chefarztes des

Demminer Krankenhauses Dr. Helmut Bittmann sein. Allein die Kandidatin Holznagel erreichte im Wahlbereich V 30,7 Prozent und im Wahlbereich VI 18,7 Prozent der Stimmen. Mit 17,3 Prozent zog der Kandidat Bittmann im Wahlbereich VI zusätzliche Stimmen und trug zu dem stabilen Ergebnis der CDU in diesem Wahlbereich entscheidend bei. Dagegen musste die CDU im Wahlbereich I (Stadt Altentreptow, Amt Kastorfer See, Amt Tollensetal) und im Wahlbereich II (Reuterstadt Stavenhagen, Amt Stavenhagen-Land) überproportionale Stimmenverluste hinnehmen. Im Jahr 1999 erreichte die Partei in diesen Wahlkreisen noch Ergebnisse von 53,3 Prozent bzw. 56,3 Prozent. Fünf Jahre später fällt die Partei auf 49,1 Prozent bzw. 44,8 Prozent. Dieser Stimmeneinbruch lässt sich auch durch das fehlende Engagement einzelner Personen erklären. So kandidierten weder die Altentreptower Bürgermeisterin Sybille Kempf noch der Stavenhagener Bürgermeister Bernd Mahnke für die CDU. Beide Persönlichkeiten erhielten bei der letzten Kommunalwahl mit Abstand den höchsten Stimmenanteil in diesen Wahlbereichen. Die neuen Kandidaten konnten mit ihren Ergebnissen nicht die alten Werte erreichen.

Tabelle 3:
Wahlbereichsergebnisse im Kreis Demmin 2004 und 1999

Partei	Jahr	WB I	WB II	WB III	WB IV	WB V	WB VI
CDU	2004	49,1	44,8	40,2	50,3	58,9	52,5
	1999	53,3	56,3	41,8	52,1	58,7	49,1
SPD	2004	13,3	13,8	17,3	11,8	9,2	14,5
	1999	16,3	13,9	23,1	19,5	16,8	20,2
PDS	2004	20,1	27,1	21,1	26,3	21,6	27,2
	1999	18,3	20,6	18,2	20,8	18,5	26,9
FDP	2004	4,9	7,2	13,6	2,7	2,0	1,4
	1999	2,3	4,6	13,0	2,8	0,9	0,9

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Demmin.

Ähnliches, wie für einzelne CDU-Kandidaten, lässt sich auch für die PDS und FDP feststellen. Besonders Peter Ritter erreichte in den Wahlbereichen I, II und III (Stadt Malchin, Amt Am Kummerower See) überdurchschnittlich gute Ergebnisse für die PDS. Die FDP ist personell unterschiedlich stark in den ersten drei Wahlbereichen, findet aber hauptsächlich hier ihr Wählerpotenzial. Dagegen errangen die Liberalen im Altkreis Demmin und Altentreptow wenig Zuspruch in Form von Wählerstimmen.

Kaum einen personenbezogenen Bonus erfahren die Kandidaten der SPD. Weder die Landtagsabgeordnete Ute Schild noch die Fraktionsvorsitzende im Kreistag Inge Herold

erreichten überdurchschnittliche Werte. Das Gleiche gilt für den einzigen Kandidaten der Grünen-Partei bzw. die Kandidaten der Wählergemeinschaft. Ihre Stimmenanteile halten sich auf einem durchschnittlichen Niveau und zeugen kaum von einzelnen Hochburgen.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Die Kommunalwahlen am 13.06.2004 stellen für den Landkreis keine Zäsur in der Kreispolitik dar. Trotz des Wegfalles der Fünf-Prozent-Klausel haben die Wähler für ein stabiles Kräfteverhältnis im Kreistag gesorgt. Zwar musste die CDU ihre absolute Mehrheit abgeben, auch sind im Kreistag drei zusätzliche Parteien bzw. Wählergruppen vertreten, aber einen grundlegenden Wechsel in der Politik kann für die Zukunft nicht erkannt werden. Alle Vertretungen haben sich nach der Wahl um eine konstruktive Arbeit bemüht. Die Bildung einer gemeinsamen Fraktion aus der FDP, der Wählergemeinschaft und dem Kreistagsmitglied der Grünen unterstreicht diese Einschätzung.

Künftig wird die CDU für ihre Vorhaben im Kreistag noch mehr werben müssen. Dabei gilt es, sowohl in der Fraktion als auch im Kreistag stabile Mehrheiten zu organisieren. PDS und SPD werden weiterhin ihre Oppositionsrolle ausfüllen. Da sie aber künftig keiner übermächtigen CDU mehr gegenüberstehen, könnte diese Rolle für beide Fraktionen interessanter werden. Auf das Stimmverhalten der Abgeordneten von der FDP, der Wählergemeinschaft und des Grünen-Politikers wird es zukünftig ankommen. Dabei stellt sich aber die grundlegende Frage, welche Politik das Verwaltungsparlament „Kreistag“ vor dem Hintergrund der finanziellen Situation noch ausüben kann. An dieser Stelle wird es auf das Geschick aller Kreistagsmitglieder ankommen.

Für den Zustand der Parteienlandschaft im Kreis Demmin war die Kommunalwahl aufschlussreich. Zwar verfügen alle Parteien über ein stabiles Wählerpotenzial, aber dieses ist besonders bei der CDU mit Persönlichkeiten der Partei verbunden. Stehen diese nicht zur Wahl, muss die Partei zukünftig mit noch mehr Stimmenverlusten rechnen. Vor diesem Hintergrund wird die Förderung junger Politiker eine grundlegende Aufgabe aller Parteien sein. Im Hinblick auf die Landespolitik hat die FDP die Möglichkeit, sich mit guter Kreispolitik für den Landtag zu empfehlen. Nutzen die Liberalen diese Chance, besteht durchaus die Perspektive, das Drei-Parteien-System im Schweriner Landtag zu durchbrechen.

Die Kommunalwahlen im Uecker-Randow-Kreis

Annemarie Kophal

1. Einleitung

Bei der konstituierenden Sitzung des Kreistages Uecker-Randow am 26. Juli 2004 zeigten sich deutliche Veränderungen gegenüber der vergangenen Wahlperiode. Durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde erhielten erstmals auch kleinere Wählergruppen die Möglichkeit, an der Arbeit im Kreistag teilzunehmen, so dass sich dieser nunmehr nicht aus fünf, sondern aus sieben Fraktionen zusammensetzt.

Neben den Wahlen zu den Stadt- und Gemeindevertretungen, den ehrenamtlichen Bürgermeistern und den Mitgliedern des Kreistages fand zum ersten Mal eine Direktwahl des Landrates statt. Entgegen den Prognosen entschieden sich die Wähler in der Stichwahl am 27. Juni nicht wie vermutet für den CDU-Kandidaten, sondern für den Kandidaten des Bürgerbündnisses Uecker-Randow (BB UER). Damit stellt der Uecker-Randow-Kreis den einzigen parteilosen, einem Bürgerbündnis zugehörigen Landrat in Mecklenburg-Vorpommern. Dies bedeutet eine Zäsur für den bis dato CDU-dominierten Landkreis.

Die folgende Analyse setzt sich in erster Linie mit der Kreistagswahl und der Wahl des Landrates im Kreis Uecker-Randow auseinander. Die Wahlen zu den Stadt- und Gemeindevertretungen sowie die Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister bleiben in dieser Untersuchung unberücksichtigt.

2. Ausgangsbedingungen

2.1 Der Kreis Uecker-Randow

Der Landkreis Uecker-Randow besteht seit dem 12. Juni 1994. Er befindet sich im Südosten Mecklenburg-Vorpommerns direkt an der Grenze zu Polen und umfasst die ehemaligen Landkreise Pasewalk, Ueckermünde sowie Teile des Landkreises Strasburg.

Der Kreis gehört zu den ärmsten und strukturschwächsten Regionen Deutschlands. Mit einer Arbeitslosenquote von 31,9 Prozent (Juni 2004) steht er an der Spitze im Bundesvergleich und übertrifft damit sogar den Kreis Demmin, dessen Arbeitslosigkeit im Juni 2004 30,4 Prozent betrug. Darüber hinaus liegen die Löhne im Kreis weit unter dem Bundesdurchschnitt.¹ Im Uecker-Randow-Kreis leben auf einer Gesamtfläche von 1.624

¹ Das monatliche Industrieinkommen im Uecker-Randow-Kreis stellt mit durchschnittlich 1.236 Euro das niedrigste Deutschlands dar. Vgl. Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden, Ausgabe 2002, Band 14 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Bonn (BBR).

Quadratkilometern rund 80.900 Einwohner (2003), was einer Bevölkerungsdichte von rund 50 Einwohnern pro Quadratkilometer entspricht. Damit gehört die Region zu den am dünnsten besiedelten Gebieten in Deutschland. In Bezug auf die Abwanderung steht dieser Landkreis mit -1,6 Prozent an der Spitze des Landes Mecklenburg-Vorpommern,² ein Trend der sich auch in der Zahl der Wahlberechtigten widerspiegelt. Zu den Kommunalwahlen 1999 zählte der Kreis 71.115, bei den Wahlen 2004 nur noch 68.061 Wahlberechtigte. Aus dieser Situation heraus ergibt sich eine Stimmung innerhalb der Bevölkerung, die von einer gewissen Perspektivlosigkeit, Unsicherheit, Unzufriedenheit und Lethargie geprägt ist.

2.2 Die politische Situation im Kreis vor den Wahlen am 13. Juni 2004

Die politische Situation war im Vorfeld der Wahlen stark von den oben genannten Problemen geprägt. So startete der Kreistag mit einer harten Rüge des Landesrechnungshofes, der in einem Acht-Seiten-Bericht die Verfehlungen und Mängel der Kreisverwaltung aufführte, in die neue Wahlperiode. Kritikpunkte waren unter anderem Verstöße gegen das Haushaltsrecht, mangelhaftes Beteiligungsmanagement und die von Landrat Siegfried Wack (CDU) initiierte Reform der Kreisverwaltung. Resultat des Wirtschaftens war ein Fehlbetrag im Haushalt 2004 von etwa zehn Millionen Euro. Das ist das größte Haushaltsloch in der Geschichte des Landkreises. Mit der Umsetzung von Hartz IV und der Erhöhung der Arbeitszeit für die Verwaltungsmitglieder wird sich die Situation noch einmal verschärfen. Voraussichtlich werden dem Kreis im Jahre 2005 über 13 Millionen Euro fehlen.³ Daneben waren die Kreisgebietsreform und die Schulentwicklung oft diskutierte Themen in der Region. Aufgrund drastisch sinkender Schülerzahlen im Kreis infolge von Abwanderung und Geburtenrückgang musste bereits eine Reihe von Bildungseinrichtungen geschlossen werden. Die traditionell am stärksten verankerte Partei im Uecker-Randow-Kreis war die CDU, die mit 613 Personen die höchste Mitgliederzahl aufweisen konnte. Mit gewissem Abstand folgte dann die PDS mit 405, die SPD mit ungefähr 110 und das Bürgerbündnis Uecker-Randow mit 92 Mitgliedern. Die FDP zählte 59 Parteizugehörige, während Bündnis 90/Die Grünen mit nur einem Mitglied mit Abstand die schwächste Partei der Region darstellte.⁴

Die Kräfteverhältnisse im Kreis waren bis zu den jetzigen Kommunalwahlen eindeutig, da sich die CDU seit 15 Jahren stets als die dominante Partei im Kreis erwies. Sie stellte die stärkste Fraktion im Kreistag sowie den Landrat. Auch in den Gemeinde- und Stadtvertretungen war sie die zumeist einflussreichste Partei.

2 Vgl. Internetseiten des Kreises Uecker-Randow, www.lkuer.de.

3 Vgl. Hartz IV verschärft die Haushaltslage, in: Nordkurier, 29.07.2004.

4 Alle Angaben zu den Mitgliedszahlen der Parteien: Juni 2004, außer FDP: März 2004.

Tabelle 1:
Gesamtergebnis der Kreistagswahl am 13. Juni 1999

Wahlvorschlag	Absolut	Prozent	Sitze
CDU	46.205	42,8	21
SPD	18.368	17,0	8
PDS	22.520	20,9	10
FDP	63.540	5,9	3
Bündnis 90/Die Grünen	1.708	1,6	0
BB UER	12.118	11,2	5
Einzelbewerber Guido Bergmann	682	0,6	0
Wahlbeteiligung	38.402	54,0	

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Uecker-Randow.

Dieses Bild spiegelte auch die Kreistagswahl Wahl 1999 wider. Hier konnte die CDU gegenüber 1994 um fünf Prozent zulegen und bildete mit 42,8 Prozent, was 21 von 47 Sitzen entspricht, die stärkste Fraktion. Fraktionsvorsitzender wurde Michael Busch, später Hartmut Bäker. Die FDP hatte zwar einen Sitz verloren, aber 5,9 Prozent der Stimmen (drei Sitze) genühten, um zusammen mit der CDU und insgesamt 24 von 47 Sitzen erneut die absolute Mehrheit im Kreistag zu stellen.

Die zweitstärkste Fraktion bildete die PDS mit 20,9 Prozent (zehn Sitze), den Fraktionsvorsitz hatte der Löcknitzer Bürgermeister Lothar Meistring inne. Die SPD unter Norbert Raulin musste ebenso wie die PDS Stimmen abgeben und konnte lediglich 17 Prozent auf sich vereinen.

Davon profitierte das Bürgerbündnis Uecker-Randow, eine Wählergemeinschaft, die 1999 das erste Mal an der Kreistagswahl teilnahm und zu diesem Zeitpunkt gerade 25 Mitglieder zählte. Das Bürgerbündnis gründete sich im Januar 1999 unter dem Torgelower Bürgermeister Ralf Gottschalk und ist vor allem aus der Unzufriedenheit mit der Arbeit der im Kreis dominierenden Parteien entstanden. Das Bürgerbündnis versteht sich nicht als „Protestbewegung“, sondern als eine kommunalpolitische Alternative. Es ist eine unabhängige, ausschließlich regional agierende Wählergruppe, die sich in erster Linie auf Sachpolitik konzentriert. Auf Anhieb konnte das Bündnis 11,2 Prozent der Stimmen für sich gewinnen und war der eigentliche Gewinner der Wahl 1999. Das Bürgerbündnis arbeitet themenbezogen mit den Parteien zusammen, die die gleichen Ziele verfolgen bzw. der gleichen Auffassung zu bestimmten Sachfragen sind. In der letzten Wahlperiode fanden sich die meisten Schnittmengen mit der CDU, vor allen Dingen in Bezug auf die Kritik an der Landes- und Bundespolitik sowie auf die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Region. Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelkandidat Guido Bergmann schafften den Sprung in den Kreistag nicht.

3. Kreistagswahlen im Landkreis Uecker-Randow

3.1 Kandidaten und Wahlkampf

Neben den bereits im Kreistag agierenden Parteien und Wählergruppen traten zur Kreistagswahl am 13. Juni 2004 erstmalig drei neue Wählergemeinschaften an: Für Uecker-Randow, der Bauernverband-Ländlicher Raum und Die Sozialen.

Für Uecker-Randow ist eine Wählergemeinschaft, die sich ähnlich wie das BB UER aus Protest gegen die Parteien gebildet hat und für eine parteienunabhängige Sachpolitik eintritt. Begründer und einzige Mitglieder der Wählergemeinschaft sind der Eggesiner Bürgermeister Dennis Gutgesell sowie Cornelia Verchow und Alina Brummund, die sich als Kandidaten in allen Wahlbereichen zur Wahl stellten. Der Bauernverband-Ländlicher Raum ist eine von acht Wählergemeinschaften, die der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern¹¹⁵ im Zuge der Kommunalwahlen im Land unterstützt hat. Der Bauernverband steht traditionell der CDU sehr nahe, die Wählergemeinschaft in Uecker-Randow distanzierte sich allerdings von der Union und stellte sich als unabhängige, überkonfessionelle und kooperationsbereite Wählergemeinschaft vor. Die neun Kandidaten des Bauernverbandes-Ländlicher Raum standen in allen Wahlbereichen zur Wahl. Im Gegensatz dazu positionieren sich Die Sozialen eindeutig als CDU- und FDP-nah. Als einziger Kandidat trat der Elektromeister Jürgen Kindl in den Wahlbereichen IV (Strasburg) und V (Stadt Ueckermünde) an. Für das Bündnis 90/Die Grünen kandidierte nur der Eggesiner Kaufmann Martin Hartwig in sämtlichen Wahlbereichen.⁵

Ein Problem fast aller Parteien und Wählergemeinschaften war es, geeignete Kandidaten für die Wahlen zu finden. Dies wird besonders bei der PDS deutlich, die mit über 400 Mitgliedern die zweitstärkste Kraft im Kreis bildet. Mit Postwurfsendungen – „Wollen sie sich einmischen? Dann kandidieren Sie zu den Kommunalwahlen 2004“ – warb sie um Kandidaten für die Stadt- und Gemeindevertretungen, so dass von den 132 angetretenen Kandidaten 76 nicht Mitglied der Partei waren.

Allgemein ist feststellbar, dass die Parteien und Wählergemeinschaften bei der Kandidatenauswahl auf bekannte Gesichter setzten. So schickte jede der großen Parteien mindestens einen Landtagsabgeordneten ins Rennen. Für die CDU kandidierten Beate Schlupp und Kerstin Fiedler-Wilhelm, die SPD stellte den Landtagsabgeordneten Heinz Müller und die PDS Gerd Walther auf. Darüber hinaus war eine Reihe von Bürgermeistern der Region wählbar. So kandidierten Norbert Raulin (Strasburg) für die SPD, Dennis Gutgesell (Eggesin) für die Wählergemeinschaft Für Uecker-Randow, Ralf Gottschalk

⁵ Vgl. Neun Parteien und Wählergemeinschaften kandidieren für den Kreistag, in: Nordkurier, 11.06.2004.

(Torgelow) für das BB UER, Lothar Meistring (Löcknitz) für die PDS und Bernd Netzel (Penkun) für die FDP.

Wahlkampfmittel der Parteien und Wählergemeinschaften waren vor allem Plakate, Postwurfsendungen und Infostände. So ließ die PDS zum Beispiel rund 30.000 Flyer mit den Kandidaten der Region sowie 800 Themen- und Personenplakate drucken. Das Bürgerbündnis setzte auf das Verteilen des Wahlprogramms in den Haushalten sowie auf 1.200 Plakate, auf denen alle 63 zur Wahl antretenden Kandidaten zu sehen waren. An 30.000 Haushalte versendete die CDU eine Zeitung, den Uecker-Randow-Boten, und ließ 2.000 Plakate im Landkreis anbringen. Auch die SPD entschied sich bewusst für Personenplakate. Die FDP konnte aufgrund ihres begrenzten Budgets lediglich 400 Plakate für den Wahlkampf drucken lassen.

Die Wahlprogramme der Parteien bzw. Wählergemeinschaften unterschieden sich nur in ihrer Ausführlichkeit, inhaltlich standen überall die Probleme der Region im Vordergrund. Wesentliche Punkte waren insbesondere die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Ausbau der Infrastruktur, der Erhalt der Bundeswehrstandorte sowie der Bildungseinrichtungen und der Ausbau der Jugendarbeit.⁶

Die CDU setzte im Wahlkampf besonders auf die Kritik an der Bundesregierung und betonte die vollbrachten Leistungen der letzten Jahre in der Region. Im Vordergrund stand weiterhin eine Politik, die sich für „Heimatverbundenheit, ehrenamtliches Engagement in Kultur, Sport, und Nachbarschaftshilfe [...], eine aktive Ansiedlungspolitik [...] sowie den Erhalt der „weichen“ Standortfaktoren wie Schulen Krankenhäuser und Museen einsetzt“, so die CDU Kreisvorsitzende Susanne Jaffke.⁷ Auch für Die Sozialen standen diese Punkte im Zentrum ihres Wahlprogramms.

Hauptanliegen der SPD war die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Bestandssicherung, ein neues Gewerbeflächenmanagement und Firmennetzwerke stellten hier die wichtigsten Themen dar, während die PDS in erster Line gegen die „wachsende Armut und unsoziale Zumutungen“ mobilisierte.

Die Wählergemeinschaften Für Uecker-Randow und das Bürgerbündnis warben vornehmlich mit ihrer Unabhängigkeit von den Parteien und deren Strukturen sowie mit einer Politik, die sich ausschließlich an der Region orientiert. „Wir möchten Koalitionen eigentlich nicht eingehen, sondern setzen auf sachliche nachvollziehbare Entscheidungen und hinterfragen deren Zweck.“⁸

6 Vgl. Wahlprogramme der verschiedenen Parteien und Wählergemeinschaften.

7 Vgl. CDU tritt für Ansiedlungspolitik und Erhalt der Firmen an, in: Nordkurier, 11.06.2004.

8 Ralf Gottschalk, Bürgerbündnis steht für durchschaubare Politik, in: Nordkurier, 11.06.2004.

Für den Bauernverband-Ländlicher Raum und auch für den Kandidaten vom Bündnis 90/Die Grünen standen der Erhalt der Landschaften und die Pflege der Natur im Vordergrund. Darüber hinaus setzte sich Martin Hartwig (Bündnis 90/Die Grünen) besonders für den Einsatz umweltfreundlicher Treibstoffe und alternativer Energien ein, während sich der Bauernverband für Innovationen in diesem Wirtschaftssektor und neue Technologien engagierte.

3.2 Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis der Kreistagswahlen ist ein Novum in der Geschichte des Kreises und zeigt gleichzeitig, dass die Bewohner der traditionellen Parteienpolitik weit weniger Vertrauen schenken, als es zu den letzten Wahlen der Fall war. Zum ersten Mal werden im Kreistag in Pasewalk sieben verschiedene Parteien und Wählergemeinschaften über die Zukunft des Kreises entscheiden. Von den neun angetretenen Parteien und Wählergemeinschaften haben nur Die Sozialen und das Bündnis 90/Die Grünen den Einzug in den Kreistag nicht geschafft.

Tabelle 2:

Gesamtergebnis der Kreistagswahl am 13. Juni 2004 (in Prozent bzw. Prozentpunkten)

Wahlvorschlag	Absolut	Prozent	Sitze	Veränderungen zu 1999
CDU	34.607	38,0	18	-4,8
SPD	13.512	14,8	7	-2,2
PDS	20.588	22,6	10	+1,7
FDP	3.236	3,6	2	-2,3
Bündnis 90/Die Grünen	708	0,8	0	-0,8
Bv-Ländlicher Raum	3.598	4,0	2	-
BB UER	10.963	12,0	6	+0,8
Die Sozialen	261	0,3	0	-
F-UER	3.610	4,0	2	-
Wahlbeteiligung	33.010	48,5	47	-5,5

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Uecker-Randow.

Stärkste Partei im Kreis ist weiterhin die CDU, die mit einem Ergebnis von 38,0 Prozent 18 Sitze im Kreistag einnimmt. Zwar konnte sie sich in sechs von sieben Wahlbereichen die Mehrheit sichern, aber bei weitem nicht die gewohnten Werte erreichen. So hat die CDU im Vergleich zur vorangegangenen Wahl drei Sitze verloren. Die Gründe für das schlechte Abschneiden werden von der Partei auf die Bundespolitik, d.h. auf die Entscheidungen der Union im Vermittlungsausschuss zu den Hartz-Gesetzen sowie auf die schlechte Stimmung im Kreis vor allem in Bezug auf die Schulschließungen zurückgeführt. Ein weiterer Grund für das fehlende Vertrauen sind parteiinterne Querelen der letzten Wahlperiode, woraufhin einige Mitglieder die Fraktion verließen und der Fraktionsvorsitzende Michael Busch im Januar 2002 seine Ämter niederlegte. Auch sein Nachfolger Hartmut Bäker geriet aufgrund einer

Anzeige wegen Körperverletzung und Fahrens unter Alkoholeinfluss bald unter Druck. So wurde er kurz vor den Kommunalwahlen 2004 aufgefordert, von seinen Ämtern zurückzutreten. Ferner wirkte sich das schlechte Abschneiden der FDP, mit der die Union bislang immer die Mehrheit stellte, negativ auf die Position der CDU-Fraktion aus. Die FDP konnte nur 3,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, was lediglich zwei Sitzen im Kreistag entspricht. Zusammen haben die beiden Parteien 20 von 47 Sitzen inne und verfügen zum ersten Mal seit der Gründung des Landkreises nicht über die Mehrheit im Kreistag.

Im Gegensatz dazu konnte die PDS um 1,7 Prozentpunkte zulegen, was sich jedoch nicht auf die Anzahl der Sitze auswirkte. Mit zehn Sitzen bleibt die PDS die zeitstärkste Fraktion im Kreistag. Den Fraktionsvorsitz für die PDS führt weiterhin Lothar Meistring.

Auch für die SPD unter dem Fraktionsvorsitzenden Norbert Raulin hatte die Wahl einen bitteren Nachgeschmack, denn auch sie musste erneut Einbußen hinnehmen. Mit 14,8 Prozent verbuchte sie einen Verlust von 2,2 Prozentpunkten und verlor somit einen Sitz im Kreistag.

Als eigentliche Gewinner gingen die Wählergemeinschaften aus den Wahlen hervor. Die erfolgreichste war das Bürgerbündnis Uecker-Randow, das seine Position von 11,2 Prozent auf zwölf Prozent ausgebaut hat. Mit sechs Sitzen stellt es die vierstärkste Fraktion. Für Uecker-Randow und der Bauernverband-Ländlicher Raum konnten sich auf Anhieb jeweils 4,0 Prozent der Stimmen sichern und zogen so mit je zwei Sitzen in den Kreistag ein.

Analysiert man die Wahlergebnisse nach Wahlbereichen, so zeigt sich die Bedeutung der kandidierenden Bürgermeister für den Ausgang der Wahl (Tabelle 3).

Tabelle 3:
Ergebnisse der Kreistagswahl am 13. Juni 2004 nach Wahlbereichen (in Prozent)

Wahlbereich	WBT	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/ Grüne	Bv- LR	BB UER	Die Soz.	F- UER
Stadt Pasewalk	39,4	43,5	20,4	24,3	3,0	0,7	2,0	4,2	-	1,8
Amt Uecker-Randow-Tal	60,2	38,7	18,3	17,2	3,1	1,0	6,8	12,4	-	2,4
Amt Löcknitz, Amt Penkun	62,5	40,7	11,7	<u>29,0</u>	<u>5,5</u>	0,6	4,3	6,7	-	1,4
Stadt Strasburg, Amt Ferdinandshof	48,9	34,8	<u>23,3</u>	16,0	2,1	1,1	6,6	13,7	0,7	1,8
Stadt Ueckermünde	35,0	39,2	9,4	34,1	4,9	0,7	2,6	4,8	1,8	2,5
Stadt Torgelow	40,7	27,8	8,4	24,5	2,3	0,4	0,6	<u>34,0</u>	-	2,1
Stadt Eggesin, Amt Ueckern-Ld.	53,6	39,3	10,9	17,3	3,6	0,8	3,3	11,6	-	<u>13,1</u>
Gesamt	48,5	38,0	14,8	22,6	3,6	0,8	4,0	12,0	0,3	4,0

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Uecker-Randow.

In Wahlbereichen, in denen die zur Wahl angetretenen Bürgermeister amtieren, erzielten die entsprechenden Parteien bzw. Wählergemeinschaften im Durchschnitt höhere Wahlergebnisse als in den restlichen Wahlbereichen (siehe unterstrichene Werte). Die SPD konnte in Strasburg durch Norbert Raulin, der von den 23,3 Prozent allein 12,1 Prozent der Stimmen

auf sich vereinte, ihr bestes Wahlergebnis erreichen. Die PDS hat im Wahlbereich Amt Löcknitz/Amt Penkun mit 29,0 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis erzielt. Die beachtlichen 34,1 Prozent aus Ueckermünde hat die PDS Rudi Roloff zu verdanken, der besonders durch sein Engagement in den Sportvereinen der Stadt bekannt ist. Auch die FDP konnte im Wahlbereich Amt Löcknitz/Amt Penkun durch den Penkuner Bürgermeister mit 5,5 Prozent die meisten Stimmen sammeln. Besonders deutlich wird der Trend, wenn man die Wahlergebnisse der Stadt Torgelow und Stadt Eggesin/Amt Ueckermünde-Land näher untersucht. In Torgelow erreichte das Bürgerbündnis 34,0 Prozent, deren Gründer und Bürgermeister der Stadt, Ralf Gottschalk, erhielt hier allein 23,6 Prozent aller gültigen Stimmen. Ähnlich verhält es sich im Wahlbereich Stadt Eggesin/Amt Ueckermünde-Land. Hier konnte Für Uecker-Randow einen Stimmenanteil von 13,1 Prozent verzeichnen, davon entfielen 9,7 Prozent auf Dennis Gutgesell. Mit dem Ergebnis hat die Wählergemeinschaft beide Sitze im Kreistag in diesem Wahlbereich für sich gewinnen können.

Auch die Landtagsabgeordneten der CDU Beate Schlupp und Kerstin Fiedler-Wilhelm sowie Gerd Walther von der PDS konnten Stimmen für ihre Parteien sammeln. Nur der Kandidat der SPD, Heinz Müller, hat den Sprung in den Kreistag nicht geschafft.

Die CDU erzielte ihr bestes Ergebnis mit 43,5 Prozent in Pasewalk. Hintergrund dieses Erfolges ist die Kandidatur von Norbert Haak⁹ – Stadtpräsident und ein bekannter Lehrer – sowie die Wahlkampfaktion „Pasewalk muss Kreisstadt bleiben“. Dabei sammelte die CDU in Pasewalk Unterschriften, um den Status als Kreisstadt zu erhalten, der im Zuge der Kreisgebietsreform gefährdet ist.

Es ist auffällig, dass sieben der 47 gewählten Kandidaten, darunter auch Bernd Netzel, die Wahl aufgrund von Doppelbelastungen nicht angenommen haben. Darüber hinaus lehnten auch eine Reihe der Nachrücker ab, ihre Partei im Kreistag zu vertreten. Die Vermutung drängt sich auf, dass diese Kandidaten lediglich als „Stimmenzieher“ für die Parteien fungieren sollten.¹⁰

Alle Parteien und Wählergemeinschaften im Kreistag besitzen vorerst den Fraktionsstatus, auch wenn sie weniger als vier Sitze haben. Hier bleibt jedoch die noch ausstehende Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zur Mindestgröße von Fraktionen in den kommunalen Vertretungen abzuwarten.¹¹

9 Haack konnte 21,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

10 Vgl. Gewählte verzichten auf Mandat, in: Nordkurier, 07.07.2004.

11 Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

4. Landratswahlen

4.1 Kandidaten und Wahlkampf

Am 13. Juni 2004 wurde zum ersten Mal in Direktwahl der Landrat gewählt. Zur Wahl standen vier Kandidaten: Gerd Hamm (CDU), Norbert Raulin (SPD), Petra Raddant (PDS) und Volker Böhning für das BB UER. Die zunächst als Einzelbewerberin angetretene Cornelia Barenhoff (SPD) zog ihre Bewerbung wieder zurück, um Norbert Raulin nicht im Weg zu stehen.¹²

Gerd Hamm (CDU) ist für den Landkreis Fachbereichsleiter für Soziales, Jugend und Bildung, oberster Schützenbruder im Land und ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Neubrandenburg. Im Wahlkampf stand besonders die Kreisgebietsreform im Vordergrund, gegen die sich Gerd Hamm eindeutig aussprach. „Ich bin für eine Funktionalreform, eine Gebietsreform ist für mich kein Thema.“¹³ Eine Gebietsreform stelle ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm dar. Weiterhin kämpfte Hamm für den Status Pasewalks als Kreisstadt sowie für den Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze.¹⁴

Norbert Raulin (SPD), der als Bürgermeister von Strasburg einen sehr hohen Bekanntheitsgrad hat, sprach sich einige Monate zuvor noch eindeutig für eine Gebietsreform aus, entschied sich dann aber dafür, dem Willen der Bewohner gerecht zuwerden und an den alten Kreisstrukturen festzuhalten. Weitere wichtige Punkte im Programm Raulins waren der Ausbau des Tourismus in der Region sowie die Ansiedlung von Industriekernen und das Vorantreiben des Flugzeugbaus.

Petra Raddant (PDS) ist besonders aufgrund ihrer Arbeit als Lehrerin und ihrer früheren Funktion als Leiterin des Frauenhauses Eggesin bekannt. Darüber hinaus war sie Stadtvertreterin. Sie bezeichnete eine Funktional- und Verwaltungsreform in Bezug auf das Einsparen von Geldern in der Verwaltung als eine Chance für die Region. Auch sie setzte auf tragfähige Tourismus-Konzepte sowie auf die Förderung von Dienstleistungsunternehmen und Mittelstand. Der im Gegensatz zu den anderen Bewerbern weniger bekannte Dr. Volker Böhning (BB UER) erklärte sich erst sehr spät zu einer Kandidatur bereit und galt vor der Wahl bereits als Geheimtipp.¹⁵ Er arbeitete in der vergangenen Wahlperiode als zweiter Stellvertreter des Landrates und ist Präsident des Landesjagdverbandes. Eine Kreisgebietsreform lässt sich seiner Ansicht nach aufgrund der hohen Abwanderung nicht

12 Vgl. Landratsbewerberin gibt auf, in: Nordkurier, 10.03.2004.

13 Vgl. Wähler fordern klare Bekenntnisse, in: Nordkurier, 07.05.2004.

14 Vgl. ebenda.

15 Vgl. Guten Morgen, Uecker-Randow, in: Anzeigenkurier, 27./28.05.2004.

vermeiden. „Wir müssen aber dafür sorgen, dass wir erhobenen Hauptes in die neue Konstruktion gehen und die ländlichen Räume nicht auf der Strecke bleiben.“¹⁶

Im Wahlkampf wurden die Kandidaten von den Landespolitikern unterstützt. So setzten sich Dr. Harald Ringstorff (SPD) und Eckhardt Rehberg (CDU) für die Kandidaten ihrer Partei ein. Auch die PDS-Bundestagsabgeordnete Dr. Gesine Löttsch besuchte den Landkreis zum Wahlkampf und nahm ihre Termine zusammen mit Petra Raddant war.

Kurz vor der Wahl am 09. Juni 2004 veröffentlichte der Unternehmer H. G. Rethwisch die Ergebnisse einer von ihm in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage zu den bevorstehenden Landratswahlen. Dieser Erhebung zufolge lag Hamm mit 33 Prozent der Stimmen vorn, während auf Volker Böhning lediglich acht Prozent der Stimmen entfielen.¹⁷

4.2 Die Wahlergebnisse

Gemessen an dieser Umfrage, aber auch in Bezug auf die landläufigen Meinung, die Raulin und Hamm bereits in der Stichwahl sahen, war das Wahlergebnis zu den Landratswahlen sehr überraschend. Die absolute Mehrheit konnte keiner der Kandidaten erreichen, und somit wurde die Stichwahl für den 27. Juni festgesetzt.

Tabelle 4:
Landratswahlen im Kreis Uecker-Randow

Kandidaten	1. Wahlgang vom 13.06.2004		Stichwahl vom 27.06.2004	
	Absolute Stimmen	Prozent	Absolute Stimmen	Prozent
Gerd Hamm (CDU)	11.504	36,2	7.020	39,1
Norbert Raulin (SPD)	6.856	21,6	-	-
Volker Böhning (BB UER)	7.645	24,1	10.956	60,9
Petra Raddant (PDS)	5.741	18,1	-	-
Wahlbeteiligung	33.010	48,5	18.104	26,6

Quelle: Kreiswahlleiter des Landkreises Uecker-Randow.

Wie prognostiziert, ging Gerd Hamm (CDU) mit 36,2 Prozent der Stimmen als Sieger aus dem ersten Wahlgang hervor. Den zweiten Platz belegte nicht, wie erwartet, der Strasburger Bürgermeister Norbert Raulin (SPD), der nur 21,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, sondern Volker Böhning, der mit 24,1 Prozent gegen Gerd Hamm in die Stichwahl einzog. Verlierer der Wahl war die Kandidatin der PDS, die mit 18,0 Prozent das Schlusslicht bildete.

PDS und SPD reagierten enttäuscht, forderten ihre Wähler aber nach relativ kurzer Zeit auf, ihre Stimme im zweiten Wahlgang Volker Böhning vom Bürgerbündnis zu geben. „Wir

¹⁶ Vgl. Wähler fordern klare Bekenntnisse, in: Nordkurier, 07.05.2004.

¹⁷ Vgl. Wer geht zur Stichwahl am 27. Juni ?, in: Anzeigenkurier, 17.06.2004.

brauchen einen Landrat, durch den die totale Herrschaft einer Partei im Kreis verhindert wird. So kann sachorientierte und bürgernahe Politik gemacht werden, was letztlich zu einer positiven Entwicklung von Uecker-Randow führt.“¹⁸, so der Kreisvorsitzende der SPD, Heinz Müller. Auch für die PDS bedeutet die Wahl Böhning eine Verbesserung der parteiübergreifenden Zusammenarbeit, gerade unter dem Aspekt, dass es im Kreistag „bunter“ geworden ist.¹⁹ Darüber hinaus spielte die bisherige Zusammenarbeit mit der CDU im Kreistag bei dieser Entscheidung eine große Rolle, denn die Fraktion der CDU wurde als unzugänglich und wenig kompromissbereit eingeschätzt. „Dass die unterlegenen Parteien ihre Mitglieder und Wähler aufrufen werden, Volker Böhning zu wählen, war nach dem bisherigen Handeln der CDU im Kreistag zu erwarten. Das ist völlig legitim. Die CDU habe mit Landrat und beherrschender Fraktion so manch eigenartigen Beschluss zustande gebracht.“, so Kreistagsmitglied Heinz Anders (PDS).²⁰

Mit Hilfe der Unterstützung seitens der SPD und PDS gewann Volker Böhning entgegen aller Prognosen die Stichwahl mit einem Ergebnis von 60,9 Prozent. Gerd Hamm erhielt lediglich 39,1 Prozent der Stimmen.

Untersucht man die Wahlergebnisse auf der Ebene der Wahlbezirke, dann zeigt sich das Ausmaß der Niederlage der CDU noch klarer. So erzielte Gerd Hamm in nur 20 Wahlbezirken die Mehrheit, während Volker Böhning in 97 von 117 Wahlbezirken das Gros der Stimmen auf sich vereinen konnte. Selbst in traditionell stark christdemokratisch geprägten Gemeinden wie zum Beispiel Hammer oder Jatznick konnte Hamm nicht punkten. Auch in Pasewalk, hier hatte die CDU zwei Wochen zuvor eine deutliche Mehrheit verbuchen können, gewann Hamm nur in zwei von zehn Wahlbezirken.²¹

Zum Nachdenken sollte jedoch die niedrige Wahlbeteiligung anregen. Lag diese zu den Kommunalwahlen am 13. Juni mit 48,5 Prozent im Landesdurchschnitt, so gingen nur noch 26,6 Prozent der Wahlberechtigten zur Stichwahl. Auf die Möglichkeit einer sehr geringen Wahlbeteiligung hatte bereits Kreistagsmitglied Michael Busch hingewiesen, als im Kreistag über den Termin der Landratswahl diskutiert wurde. Denn zum Zeitpunkt der Stichwahl am 27. Juni waren im Land bereits Sommerferien, und dadurch wird sich ein Großteil der Wahlberechtigten nicht im Landkreis aufgehalten haben.²²

18 Vgl. SPD für Böhning, in: Nordkurier, 23.06.2004.

19 Vgl. PDS positioniert sich, in: Nordkurier, 15.06.2004.

20 Vgl. Landrat ist künftig unabhängiger, in: Nordkurier, 02.07.2004.

21 Vgl. Bürger setzen sehr bewusst auf Böhning, in: Nordkurier, 29.06.2004.

22 Vgl. CDU Chef will Landrat extra wählen – geringe Beteiligung befürchtet, in: Nordkurier, 25.09.2003.

5. Fazit und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Uecker-Randow-Kreis nicht zuletzt durch die Änderungen im Wahlgesetz die Karten neu gemischt worden sind.

Aufgrund des Stimmenverlustes seitens der CDU und der FDP gibt es keine eindeutigen Mehrheiten mehr. Ein Fakt, der neben dem Vorhandensein von neun Fraktionen im Kreistag ein höheres Maß an Kompromissbereitschaft und Kommunikation sowie eine themenorientierte Sachpolitik erfordert. Inwieweit sich Koalitionen oder Bündnisse zwischen den Fraktionen bilden werden, bleibt abzuwarten.

Darüber hinaus ist feststellbar, dass die Wählergemeinschaften im Uecker-Randow-Kreis an Vertrauen gewinnen. Diese weisen aus Sicht der Bevölkerung ein höheres Maß an Unabhängigkeit auf und könnten somit eine sachbezogenere Auseinandersetzung mit den Problemen der Region befördern.

Interessant bleibt ebenfalls, inwieweit die Bürgermeister gleichzeitig der Arbeit im Kreis sowie ihrem Bürgermeisteramt gerecht werden können, denn auch sie müssen im Kreistag Entscheidungen, die sich negativ auf „ihre“ Stadt auswirken, mittragen. Bisweilen wird deshalb die Kritik laut, dass die Bürgermeister durch ihr „Kirchturmdenken“ die Politik im Kreistag blockieren könnten.

Auch der neue Landrat Volker Böhning vom Bürgerbündnis wird sich erst beweisen müssen, da auf ihn von Seiten der Bevölkerung eine sehr hohe Erwartungshaltung lastet. Weiterhin dürfte er in der Zukunft eine Reihe von unpopulären Entscheidungen zu treffen haben, insbesondere in Bezug auf das neue Schulgesetz des Oberverwaltungsgerichtes Greifswald vom Mai 2003. So werden die Schulentwicklungspläne nicht mehr wie üblich durch die Kreistage und Bürgerschaften der kreisfreien Städte verabschiedet, sondern allein durch die Landräte und Oberbürgermeister.

Doch die Bevölkerung hat Böhning nicht zuletzt wegen seines Optimismus gewählt – frei nach seinem Motto: „Wem das Wasser bis zum Hals steht, der sollte den Kopf nicht hängen lassen“.²³

23 Volker Böhning, Guten Morgen, Uecker-Randow, in: Anzeigenkurier, 27./28.05.2004.

Die Kommunalwahlen im Landkreis Ludwigslust

Sandro Geister

1. Einleitung

Am 13. Juni 2004 waren 109.760 Wahlberechtigte des Kreises aufgerufen, den Kreistag, 93 Stadt- oder Gemeindevertretungen sowie den ehrenamtlichen Bürgermeister in 68 amtsangehörigen Gemeinden neu zu wählen.¹

Der Landkreis Ludwigslust liegt im Südwesten Mecklenburg-Vorpommerns, angebunden an die Metropolen Hamburg und Berlin durch die Bundesautobahn A 24. Mit einer Fläche von 2.571 km² ist er der flächenmäßig größte und mit insgesamt 131.062 Einwohner der einwohnerreichste Landkreis des Bundeslandes, gleichzeitig handelt es sich bei einer Einwohnerdichte von 52 Einwohner je km² um einen strukturschwachen und ländlich geprägten Raum.² Der Landkreis ist somit einer der am dünnsten besiedelten Deutschlands. Die Verwaltungsstruktur ist in fünf amtsfreie Städte mit rund 47.200 Einwohnern und zehn Ämter gegliedert. Mit dem Landkreisneuordnungsgesetz vom 1. Juli 1993 kam es zur Neubildung des Landkreises Ludwigslust. Die Gemeinden der ehemaligen Kreise Ludwigslust, Hagenow sowie die Ämter Stralendorf und Rastow des bisherigen Kreises Schwerin bildeten den neuen Landkreis. Kreisstadt wurde Ludwigslust.³

Durch seine günstige Lage sowie der infrastrukturellen Anbindung an Bundesautobahnen (A 24, A 241) ist es gelungen, vor allem im Bereich der Logistik und der Verarbeitung, über 30 Gewerbegebiete anzusiedeln. Die Arbeitslosenquote betrug im August 2004 13,1 Prozent. Sie liegt somit seit langem deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts.⁴

2. Ausgangsbedingungen

Ebenso wie bei der Kommunalwahl vom 12. Juni 1994 zog auch am 13. Juni 1999 die CDU als stärkste Fraktion in den Kreistag ein. Sie errang 36,6 Prozent der Stimmen und somit 21 Sitze im 53 Sitze zählenden Kreistag. Des Weiteren waren die SPD mit 26,6 Prozent und 17 Sitzen sowie die PDS mit 18,3 Prozent und elf Sitzen vertreten. Zum zweiten Mal zog das Wählerbündnis Bund Bauern ländlicher Raum (BBIR) 1999 mit sechs Prozent der Stimmen und vier Sitzen (1994: fünf Prozent und drei Sitze) in die Kreisvertretung ein. Somit setzte

1 Vgl. Pressemitteilung Statistisches Landesamt MV, 7/6 2004.

2 Vgl. Sibylle Plust, Landkreis Ludwigslust – Raum für Zukunft, Ludwigslust 2003, S. 5.

3 Vgl. Landkreisneuordnungsgesetz vom 01.07.2004.

4 Vgl. Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 03.09.2004.

sich der Kreistag 1999 – 2004 insgesamt aus vier Fraktionen zusammen. Die SPD stellte mit Hilfe der Stimmen von PDS und BBIR mit Gisela Schwarz erneut die Kreistagspräsidentin. FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die noch in der Legislaturperiode 1994 – 1999 im Kreistag vertreten waren, haben kommunalpolitisch weder auf Kreis- noch auf Gemeindeebene eine größere Bedeutung. Lediglich in der Kreisstadt Ludwigslust errangen die Bündnisgrünen 1999 13,9 Prozent bei der Wahl zur Stadtvertretung. Während der Wahlperiode wechselte Wera Festner aus der Fraktion der CDU in die des BBIR.⁵

Tabelle 1:
Ergebnis der Kreistagswahl im Kreis Ludwigslust vom 13.6.1999

Wahlvorschlag	Absolute Stimmen	Veränderungen zu 1994	Prozent	Sitze
CDU	60.485	+7.172	36,6	21
SPD	47.276	-5.199	28,6	17
PDS	30.232	-3.394	18,3	11
FDP	4.847	-7.390	2,9	-
Bündnis 90/Die Grünen	7.216	-5.391	4,4	-
BBLR	9.913	+920	6,0	4
NPD	2.572	2.572	1,6	-
BfB	981	-	0,6	-
Alff, Norbert	785	-	0,5	-
Feuerhahn, Klaus-Peter	394	-	0,2	-
Topp, Henry	423	-	0,3	-
Wahlberechtigte	105.984			
Wähler/Wahlbeteiligung	58.270		55,0	

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Ebw. = Einzelbewerber

Am 6. Mai 2001 kam es im Kreis zu den ersten Direktwahlen des Landrates und der sieben hauptamtlichen Bürgermeister. Aus dieser Wahl ging die SPD auf Kreisebene gestärkt hervor. Sie stellte weiterhin die Verwaltungsspitze im Kreis, den Landrat sowie fünf der hauptamtlichen Bürgermeister des Landkreises (Boizenburg/Elbe, Grabow, Hagenow, Neustadt-Glewe und Lübtheen). In Ludwigslust setzte sich klar der bekannte Einzelbewerber Hans Jürgen Zimmermann durch. Ebenso schaffte es Norbert Hebinck in Wittenburg als Einzelbewerber im ersten Wahlgang. Die CDU ging hingegen bei diesem Urnengang leer aus.⁶

Anhand der Mitgliederzahlen der Kreisverbände (Stand: 31.12.1999) ist deutlich zu erkennen, wie schwach die SPD im Kreisverband Ludwigslust im Gegensatz zu ihren politischen

5 Vgl. Landkreis Ludwigslust, 10 Jahre Landkreis Ludwigslust – der Kreistag. Wahlperioden 1994-1999, 1999-2004, S. 5-8.

6 Vgl. Steffen Schoon, Anhang, in: Nikolaus Werz u.a., Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15), S. 90-94, hier: S. 91f.

Kontrahenten ist. Die SPD zählte im Mai 2000 274 Mitglieder, die CDU 714, die PDS 657, die FDP 81 und Bündnis 90/Die Grünen zwölf Mitglieder.⁷

Herausragende kreispolitische Themen der vergangenen Periode waren die Weiterführung der Verwaltungsstrukturreform („Verwaltung 21“, Aufbau eGovernment), der Schulentwicklungsplan 2001/2002 – 2005/2006, der Aus-, Umbau und die Sanierung der Schulen des Landkreises sowie die Reform des Rettungswesens (Rettungsdienst, Neubau Kreisfeuerwehrzentrale).⁸ Teilweise gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen der Kreisverwaltung und den Mitgliedern des Kreistages, vor allem hinsichtlich der Abstimmung des Schulentwicklungsplanes.

Zum ersten Mal wurde die Kommunalwahl 2004 in Mecklenburg-Vorpommern demoskopisch vom EMNID-Institut begleitet.⁹ Dazu wurden im Landkreis Ludwigslust 500 Wahlberechtigte befragt. Von diesen bescheinigten 60 Prozent dem Kreistag eine gute bis sehr gute Arbeit (zwei Prozent: sehr gute Arbeit, 58 Prozent: gute Arbeit). Auf der anderen Seite standen 31 Prozent, die die Arbeit eher schlecht beurteilten (25 Prozent: schlechte Arbeit, sechs Prozent: sehr schlechte Arbeit). Insgesamt beläuft sich die Benotung der Arbeitsleistung auf einer schulischen Skala auf 2,4. Erfolgfelder, auf denen der Landkreis in den letzten zehn Jahren vorangekommen war, sehen die befragten Wahlberechtigten im Bereich des Tourismus (78 Prozent), der Stadtsanierung (76 Prozent), bei den Umweltbedingungen (75 Prozent) und bei der Verkehrsinfrastruktur (72 Prozent). In einigen zentralen Feldern zeigte die Umfrage mangelnden Fortschritt. Dazu zählten die Bereiche Kultur, Theater und Bibliotheken (43 Prozent), Wirtschaftsansiedlung (39 Prozent), Schulen und Bildung (31 Prozent), das Angleichen der ostdeutschen Lebensbedingungen an die westdeutschen (21 Prozent) sowie im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (elf Prozent).

3. Kandidaten und Wahlkampf

Zur Kreistagswahl am 13. Juni 2004 kandidierten sieben Parteien (CDU, SPD, PDS, FDP, Grüne, NPD und PBC), zwei Wahlbündnisse (BBIR und Bürger für Boizenburg e.V. (BfB)) und ein Einzelbewerber (Hartmut Linow).

7 Vgl. Hans Jörg Hennecke, Ausgewählte Daten zur Landespolitik, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 1999, S. 267-277, hier: S. 271.

8 Vgl. Landkreis Ludwigslust (Anm. 5), S. 18f.

9 Vgl. Endspurt zu den Wahlen, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 04.06.2004; Große Chancen für die kleinen Parteien, Die Städte wählen Rot – die Kreise Schwarz, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 05.06.2004.

Tabelle 2:

Problemfelder, denen sich der künftige Kreistag am dringendsten stellen muss:

Problemfelder	Nennungen in Prozent
Arbeitsplätze schaffen	97
Mittelstand und Handwerk fördern	93
Jugendarbeit intensivieren	91
Investoren werben	89
sich gegenüber der Landesregierung durchsetzen	81
Verwaltung straffen	77
Kultur fördern	77
mehr für ältere Menschen tun	74
Tourismus ankurbeln	69
dem Kreis in der Bundesrepublik einen Namen schaffen	65
Sicherheit stärken/mehr Polizei	63
mehr für Umweltschutz tun	57
ABM ausbauen	54

Quelle: „Endspurt zu den Wahlen“, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 04.06.2004.

Zum Vergleich der gestellten Anforderungen an den künftigen Kreistag (Tabelle 2) werden kurz die Hauptthemenfelder der Parteien und Wahlbündnisse aufgezeigt. Sowohl CDU als auch SPD setzten in ihren Wahlprogrammen starke Akzente auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wirtschaftsförderung und der Arbeit. Des Weiteren wurden vor allem die schlechte Finanzlage der Kommunen, Schritte zu einer familienfreundlicheren Politik und die Bildung im Wahlkampf stark thematisiert. Die PDS setzte auf die Themengebiete Arbeitsplatzsicherung, Bildung und soziale Absicherung sowie auf eine stärkere Beteiligung der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung. Das Bündnis BBIR stellte sich als Interessenvertretung der Landbevölkerung und der im ländlichen Raum angesiedelten Betriebe dar.

Zur Kreistagswahl in Ludwigslust trat mit 243, wie bereits 1999 mit 228, die größte Anzahl von Kandidaten aller mecklenburg-vorpommerschen Kreise an. Die CDU nominierte mit 68 die meisten Kandidaten. Ihr folgte die SPD mit 66 Bewerbern. Von ihren bisherigen 17 Kreistagsmitgliedern kandidierten 14 erneut. Das wohl prominenteste Mitglied der Kandidatenliste der SPD war der Landesvorsitzende und Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns, Till Backhaus. Die Kandidatur des Ministers mit seinem hohen Bekanntheitsgrad kann als ein Versuch der Mobilisierung von Stimmen gewertet werden. Erstaunlich ist die hohe Kandidatenzahl des BBIR. Mit insgesamt 41 Kandidaten (1999: 38) stellte das Wählerbündnis einen Bewerber mehr als die PDS auf. Das kann als ein Zeichen dafür gesehen werden, dass das Bündnis eine gewisse Basis an Mitgliedern gewonnen hat und

sich als vierte Kraft im Kreistag etablieren konnte.¹⁰ FDP und die Grünen traten, obwohl berechnete Hoffnung auf den Einzug in den Kreistag bestand, mit jeweils weniger Kandidaten als in den Jahren zuvor an. Unter Sonstige befinden sich die NPD mit vier Bewerbern, das Wählerbündnis Bürger für Boizenburg mit fünf Bewerbern, die Partei bibeltreuer Christen mit einem Bewerber sowie der Einzelbewerber Hartmut Linow. Wie bereits 1999 waren zur Kreistagswahl 2004 rund 21 Prozent der Bewerber um einen Kreistagssitz Kandidaten sonstiger Parteien, Wählergruppen oder Einzelbewerber.

Tabelle 3:

Anzahl der zur Wahl stehenden Kandidaten und der Mitglieder des Kreistages in den Wahlperioden 1994-1999, 1999-2004 und 2004-2009

Wahlperiode	Anzahl insgesamt	CDU	SPD	PDS	FDP	B'90/ Grüne	BBIR	Sonstige
1994 - 1999	284	71	64	43	27	17	33	29
1999 - 2004	228	58	49	47	16	10	38	10
2004 - 2009	243	68	66	40	12	5	41	11

Quelle: Veröffentlichungen der Wahlvorschläge für die Kreistagswahlen 1994, 1999, 2004; nach § 26 Kommunalwahlgesetz Mecklenburg-Vorpommern.

Positiv zu bewerten bleibt, dass sich 2004 insgesamt 15 Bewerber mehr um ein Kreistagsmandat bewarben als fünf Jahre zuvor. Die Quote zwischen Männern (182) und Frauen (61) hat sich um ungefähr fünf Prozent zugunsten der weiblichen Kandidaten verschoben. Rund 25 Prozent aller Bewerber waren weiblich, was die beste Quote weiblicher Bewerber seit 1994 darstellt, aber dennoch unbefriedigend bleibt.

Insgesamt waren es 22 Gemeinden weniger als 1999, in denen die Bürger am 13. Juni 2004 ihre Gemeindevertreter im Landkreis Ludwigslust wählen konnten. Mit 93 Gemeinden weist der Landkreis 2004 die dritthöchste Gemeindeanzahl in Mecklenburg-Vorpommern auf, nachdem er 1999 in dieser Hinsicht mit 115 noch die Spitzenposition innehatte. Diese Reduzierung belegt, dass in der Kreisverwaltung, den Ämtern und Gemeinden die Zeichen der Enquetekommission „Zukunftsfähige Gemeinden und Gemeindestrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“ verstanden worden sind. Ebenso kann der wachsende Druck aus dem Schweriner Innenministerium als ein Grund für die fortschreitenden Fusionen von Gemeinden angesehen werden.

Insgesamt kandidierten 1.618 Bewerber um einen Sitz in den Gemeindevertretungen des Kreises. Fünf Jahre zuvor waren es noch 1.858. Damit weist der Landkreis Ludwigslust abermals, hinter Nordwestmecklenburg, die zweithöchste Anzahl an Bewerbern für die Gemeindevertreterwahlen auf. Erneut traten im Landkreis mit 143 (1999: 220) die meisten

¹⁰ Vgl. Pressemitteilung Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, 6/7 2004.

Einzelbewerber im Vergleich zu anderen Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns zur Wahl an. Die Zahl der Gemeinden, in denen die CDU zu den Gemeindewahlen antrat, lag demgegenüber unter dem Landesdurchschnitt der Partei. Der Anteil der sonstigen Parteien und Wählergruppen blieb mit 21 Prozent weiterhin sehr hoch.

Anhand der hohen Anzahl an Kandidaten der sonstigen Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerbern kann die besondere Bedeutung regionaler oder lokaler Probleme, Interessen und Persönlichkeiten bei Kommunalwahlen abgelesen werden.

Tabelle 4:

Anzahl der Gemeinden, in denen die Parteien/Wählervereinigungen bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen 2004 antraten und Anzahl der jeweiligen Bewerber

	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/ Grüne	Sonstige/ Wählervg.	Ebw.	gesamt
Anzahl der Gemeinden								
Mecklenburg-Vorpommern	597	309	348	123	32	647	499	873
Landkreis Ludwigslust	52	32	33	5	6	70	47	93
in Prozent auf Landkreisebene	55,9	34,4	35,5	5,4	6,5	75,3	50,5	
Anzahl der Bewerber								
Mecklenburg-Vorpommern	4.506	1.820	1.604	673	133	6.634	1.261	16.631
Landkreis Ludwigslust	378	247	104	11	14	727	143	1.618
in Prozent auf Landkreisebene	23,4	15,3	6,4	0,7	0,9	44,9	8,8	

Quelle: Pressemitteilungen des statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern, 7/ 6 2004.

Ebw. = Einzelbewerber

4. Wahlergebnis

Aus der Kreistagswahl vom 13. Juni 2004 ging die CDU als klarer Sieger hervor (Tabelle 5). Sie stellt die mit Abstand stärkste Fraktion im künftigen Kreistag. Die SPD verlor und errang insgesamt 14 Sitze. Sie hat sich somit im Kreis vom negativen Bundes- und Landestrend, den der Kreisvorsitzende befürchtete, absetzen können und verlor nur gering an Zustimmung.¹¹ Die deutlichsten Verluste musste die PDS hinnehmen. Ihre Fraktion im Kreistag zählt künftig noch acht Sitze. Es kann angenommen werden, dass sich die Unzufriedenheit mit der Koalitionsregierung in Schwerin auf das Kommunalwahlergebnis niederschlug. Geringe Verluste musste das Bündnis BBIR hinnehmen, das im neuen Kreistag mit drei Sitzen vertreten und weiterhin die vierte Kraft im künftigen Kreistag ist. Die FDP erreichte 4,7 Prozent und zwei Sitze und findet sich somit wie die Bündnisgrünen mit 3,8 Prozent der Stimmen (zwei Sitze) im Kreistag wieder. Das Wählerbündnis BfB erzielte 0,9 Prozent und

¹¹ Vgl. „Testwahl“ sorgt für Aufregung, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 07.06.2004.

einen Sitz. Aufgrund des Wegfalls der Fünf-Prozent-Hürde¹² reichten für die Wählergemeinschaft BfB somit lediglich 1.446 Stimmen aus, um in den Kreistag einzuziehen. Ebenso wie in Ostvorpommern, dem Müritzkreis und in Stralsund zog die NPD mit 3,4 Prozent und zwei Sitzen auch in den Kreistag von Ludwigslust ein.

Tabelle 5:
Ergebnis der Kreistagswahl vom 13.6.2004

Wahlvorschlag	Absolute Stimmen	Veränderungen zu 1999	Prozent	Sitze
CDU	61.806	+1.321	39,1	21
SPD	41.246	-6.030	26,1	14
PDS	23.645	-6.587	15,0	8
FDP	7.329	+2.482	4,7	2
Bündnis 90/Die Grünen	6.003	-1.213	3,8	2
BBLR	9.343	-570	5,9	3
NPD	5.373	+2.801	3,4	2
PBC	596	-	0,4	-
BfB	1.446	-	0,9	1
Linow, Hartmut	1.260	-	0,8	-
Wahlberechtigte	109.760	+3.776		
Wähler/Wahlbeteiligung	56.250	-2.020	51,2	

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Ebw. = Einzelbewerber

Ein anderes Bild ergibt ein Blick auf die absolut errungenen Stimmen der Parteien bei den Kreistagswahlen seit 1994. Die CDU konnte seit 1994 ihre absolut erreichten Stimmen von 53.313 auf 61.806 bei der jetzigen Kreistagswahl erhöhen. Ein vollkommen entgegengesetztes Bild lässt sich bei der SPD erkennen. Sie verlor 11.229 Stimmen von 52.475 bei der Wahl 1994 auf nunmehr 41.246 im Jahr 2004. Dabei bleibt anzumerken, dass sowohl bei den Kreistagswahlen 1999 als auch 2004 jeweils ein positiver Bundestrend für die CDU in der Demoskopie vorherrschte und die SPD sich im Umfragetief wiederfand. Die PDS verlor über die Jahre 9.971 Stimmen. Hier kann festgehalten werden, dass sich die offensichtliche Entzauberung der Sozialisten durch das Einbinden in die Regierungsverantwortung auch auf kommunaler Ebene fortsetzt. Das BBIR hält sich seit 1994 konstant bei ungefähr 9.000 Stimmen, was auf eine Etablierung im kommunalen Parteienspektrum deutet. Der NPD ist es dagegen seit der ersten Wahlteilnahme gelungen, ihr Stimmenaufkommen zu verdoppeln.

Die Wahlbeteiligung bei den Kommunal- und Europawahlen befindet sich seit Jahren in einem Abwärtstrend (Tabelle 6). Durch das Zusammenlegen der Wahltermine der Landtags- und Bundestagswahl gab es in Mecklenburg-Vorpommern immer eine relativ hohe

¹² Vgl. „Sperrklausel Kommunalwahlgesetz M-V“, Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg Vorpommerns (LVerfG MV 4/99) vom 14.12.2000.

Beteiligung der Wähler.¹³ Ein vergleichbarer Effekt bei dem Zusammenlegen der Termine für die Europa- und Kommunalwahl ist jedoch nicht erkennbar. Der Landkreis Ludwigslust erzielte zur Kommunal- und Europawahl mit 51,2 Prozent aber immerhin die höchste Wahlbeteiligung in ganz Mecklenburg-Vorpommern.

Tabelle 6:
**Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum EU-Parlament und den Kommunalwahlen im
Landkreis Ludwigslust seit 1994**

Wahljahr	Wahltyp	Wahlbeteiligung
1994	Europawahl	67,9
1994	Kommunalwahl	67,6
1999	Europawahl	55,3
1999	Kommunalwahl	55,0
2001	Direktwahl des Landrates	40,9
2001	Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/ Boizenburg	54,7/50,5
2001	Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/ Neustadt-Glewe	58,7
2001	Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/ Lübtheen	53,9
2001	Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/ Wittenburg	48,6
2001	Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/ Ludwigslust	51,5
2001	Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/ Hagenow	49,8
2001	Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters/ Grabow	59,0
2004	Europawahl	51,2
2004	Kommunalwahl	51,2

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg Vorpommern; Steffen Schoon, Anhang, in: Nikolaus Werz u.a., Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15), S. 90-94, hier: S. 91f.

Es kann geschlussfolgert werden, dass die Wahlbeteiligung bei der Kreistagswahl ohne die gleichzeitig stattfindenden Wahlen der Gemeindevertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeister in den Gemeinden viel niedriger wäre. Bei der Direktwahl des Landrats und der hauptamtlichen Bürgermeister 2001 lag die Wahlbeteiligung im Durchschnitt 12,8 Prozent unter der der sieben Städte. Es ist daher zu vermuten, dass nicht die Wahl des Kreistages oder des Europaparlamentes, sondern gerade die kleine lokale Gemeindevertreterwahl für die Bürger mobilisierend wirkt.¹⁴ Den Wahlberechtigten scheint die Bedeutung der politischen Vertretung auf Landkreis- und Europaebene nicht wirklich klar zu sein. Abschließend bleibt festzuhalten, dass die 51,2 Prozent Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl vom 13. Juni 2004 die niedrigste seit 1994 war.

Trotz Gleichzeitigkeit der Europa- und Kommunalwahl sind nennenswerte Unterschiede in der Stimmenabgabe auszumachen. Die CDU erreichte bei der Europawahl auf Kreisebene 42,5 Prozent (+3,4 Prozentpunkte zum Kommunalwahlergebnis). Die SPD erzielte 20,2

¹³ Vgl. www.wahlrecht.de.

¹⁴ Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

Prozent (-5,9 Prozentpunkte) der Stimmen. Damit liegen die Sozialdemokraten im Kreis deutlich unter ihrem Kommunalwahlergebnis, aber immer noch 4,1 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Die PDS errang 18,2 Prozent (+3,2 Prozentpunkte), die Grünen 3,8 Prozent (+/-0) und die FDP 3,6 Prozent (eine Prozentpunkt weniger) der abgegebenen Stimmen.

In Vorbereitung auf die Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern wurden erstmalig Wahlumfragen durchgeführt. Die Differenz zwischen dem Wahlergebnis der einzelnen Parteien und den Umfragewerten fiel letztendlich sehr gering aus (Tabelle 7). Inwieweit diese Umfragen den Ausgang der Kommunalwahl im Landkreis möglicherweise beeinflusst haben, konnte nicht ermittelt werden.

Tabelle 7:
Vergleich der Wahlumfragewerte mit den Ergebnissen der Kreistagwahl

	CDU	SPD	PDS	FDP	B 90/Grüne	BBIR	Sonstige
Demoskopie in Prozent	39	27	14	4	5	7	4
Wahlergebnis in Prozent	39,1	26,1	15	4,7	3,8	5,9	5,5

Quelle: „Die Städte wählen Rot – die Kreise Schwarz“, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 05.06.2004.

Eindeutiger Sieger bei den Wahlen zu den 93 Gemeindevertretungen des Landkreises waren die 99 angetretenen Wählergemeinschaften. Sie sind in 66 Gemeinderäten mit insgesamt 372 Mandaten vertreten. Hinter den freien Wählerzusammenschlüssen folgt die CDU mit 29,1 Prozent der Stimmen. Sie zieht mit 195 Mandaten in 49 Gemeindevertretungen ein. Die Sozialdemokraten errangen 18,2 Prozent und ziehen mit 104 Mandaten in 30 Gemeindevertretungen ein. Die PDS vereinigte auf sich 10,3 Prozent der Stimmen und ist künftig in 28 Gemeindevertretungen mit 56 Vertretern zu finden. Die 143 angetretenen Einzelbewerber eroberten insgesamt 97 Mandate und zogen in 39 Vertretungen ein. Sowohl FDP als auch Bündnis 90/Die Grünen spielten auf der untersten kommunalen Ebene keine gewichtige Rolle (Tabelle 8). Deutlich zu ersehen ist, dass Kommunalwahlen in den Gemeinden noch immer Persönlichkeitswahlen sind, bei denen die Parteizugehörigkeit nicht das ausschlaggebende Maß für die Wahlentscheidung ist. Das lokale oder regionale Element scheint vor Ort eine besondere Bedeutung zu haben.

Tabelle 8:

Ergebnis der Gemeindevertreterwahlen im Landkreis Ludwigslust

Wahlvorschlag	Absolute Stimmen	Anteil in Prozent	Anzahl der Gemeinden	Gesamtzahl der Sitze
CDU	46.777	29,1	49	195
SPD	29.306	18,2	30	104
PDS	16.643	10,3	28	56
FDP	1.781	1,1	4	6
Grüne	2.400	1,5	2	5
NPD	550	0,3	2	2
PBC	72	0,0	0	0
Wählergemeinschaften	51.188	31,8	66	372
Einzelbewerber	12.193	7,6	39	97
Wahlberechtigte	109.395			
Wähler/Wahlbeteiligung	56.073	51,3		

Quelle: Öffentliche Bekanntmachungen der Ämter des Landkreises Ludwigslust zu den Gemeindevertreterwahlen vom 13. Juni 2004. Ebw. = Einzelbewerber

5. Fazit und Ausblick

Der künftige Kreistag wirkt bunt und vielseitig. Die CDU, SPD, PDS, FDP, Grüne, NPD, BBIR und das Bündnis BfB sind in ihm vertreten. Somit gehören dem neuen Kreistag doppelt so viele Parteien oder Wählergruppen an wie in der vorangegangenen Sitzungsperiode. Diese Vielfalt gründet in der Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der damit gefallenen Fünf-Prozent-Hürde. Hätte es keine Veränderungen im Wahlgesetz gegeben, würden wie bisher nur CDU, SPD, PDS und BBIR im Kreistag vertreten sein.

Insgesamt 21 der 53 Mitglieder des neuen Kreistages wurden wiedergewählt. 1999 waren es noch 23 Mitglieder des alten Kreistages, die einen Wiedereinzug feiern konnten. Das Durchschnittsalter der gewählten Vertreter hat sich auch diesmal erhöht. In der aktuellen Kreisvertretung liegt das Durchschnittsalter bei 53 Jahren. Zuvor betrug es noch 51 und zwischen 1994 bis 1999 sogar nur 48 Jahre.

Ein erstes sichtbares Zeichen setzte die neue Mehrheit der CDU bereits auf der konstituierenden Sitzung. Marika Friemann, die Kandidatin der Christdemokraten für das Amt der Kreistagspräsidentin, löste mit einem denkbar knappen Ergebnis die seit zehn Jahren amtierende Präsidentin des Kreistages, Gisela Schwarz (SPD), ab.¹⁵

Erneut nimmt das Landesverfassungsgericht Einfluss auf die Arbeitsgestaltung der Kommunen. Mit ihrem einstweiligen Urteilsspruch vom 13. Juli 2004 haben die Greifswalder Richter § 23 Abs. 5 KV M-V und § 105 Abs. 4 KV M-V in der Fassung des Fünften Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung außer Kraft gesetzt und somit die bisherige Regelung

¹⁵ Vgl. Locker aber souverän, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 15.07.2004.

der Mindestfraktionsstärke in Kreistagen, die zwei Vertreter vorschrieb, vorerst beibehalten.¹⁶ Lediglich die NPD hat sich bislang auf das Urteil aus Greifswald berufen und beantragte beim Kreistagspräsidium den Fraktionsstatus. Ebenfalls bildeten die Bündnisgrünen durch den Zusammenschluss mit den Vertretern des BBIR eine Fraktion. Die CDU ging zusammen mit der FDP und dem einzelnen Vertreter der BfB eine Zählgemeinschaft ein, um bei der Besetzung der Ausschüsse eine stimmgewaltige Ausgangsbasis zu erhalten. Der NPD ist es bei der Besetzung der Ausschüsse nicht gelungen, sich durchzusetzen und einen ihrer Vertreter zu platzieren. Allgemein grenzen sich die Mitglieder des Kreistages gegenüber den beiden Vertretern der NPD deutlich ab.¹⁷

Wie schwierig ein Umgang mit den Rechtsextremen künftig sein wird, hat bereits die Wahl zur Kreistagspräsidentin gezeigt. Die zwei Mitglieder der NPD können bei der Mehrheitsfindung im Kreistag die Position des „Züngleins an der Waage“ einnehmen. Bisher ist kein Zusammenschluss in der Kreisvertretung auszumachen, der die nötige absolute Mehrheit klar auf sich vereinen kann. Künftig wird das „Regieren“ für die Kreisverwaltung schwieriger.

An den einzelnen im Kreistag vertretenen Mitgliedern der Parteien und Wählergruppen, der Präsidentin sowie der Verwaltungsspitze liegt es, in den kommenden fünf Jahren für den Landkreis Ludwigslust und seine Bewohner gemeinsam eine zukunftsorientierte Politik zu gestalten.

16 Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

17 Vgl. Neuer Kreistag wird bunter, in: Schweriner Volkszeitung, Ludwigsluster Tageblatt, 15.07.2004.

Die Kommunalwahlen in Neubrandenburg

Danilo Vitense / Daniel Otto

1. Einleitung

Am 13. Juni 2004 fanden in allen Teilen des Landes Mecklenburg-Vorpommern Kommunalwahlen statt. In der kreisfreien Stadt Neubrandenburg waren 58.828 Wahlberechtigte dazu aufgerufen, eine neue Stadtvertretung zu wählen.¹

Neubrandenburg ist nach Rostock und Schwerin die drittgrößte Stadt Mecklenburg-Vorpommerns. Als ehemalige Bezirksstadt hat Neubrandenburg in der Region auch heute noch eine zentrale Funktion (Oberzentrum) im Bereich der Wirtschaft, Kultur, Bildung und Gesundheit für ein Gebiet mit ca. 400.000 Menschen wahrzunehmen. Es hat sich im Laufe der Zeit als kulturelles Zentrum und „Stadt des Sports“ in dieser Umgebung etabliert. Die günstige Lage im Radius mehrerer Bundesstraßen sowie der unmittelbar in Stadtnähe gelegene Flughafen Trollehagen geben Neubrandenburg die Option, sich mittel- oder langfristig zu einem Wirtschaftszentrum im Dienstleistungsbereich und mit mittelständischer Industrie zu entwickeln.

Trotz dieser positiven Gegebenheiten, welche die Stadt für sich verzeichnen kann, beträgt die Arbeitslosenquote 22,2 Prozent (Stand April 2004). Bei rund 47 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner liegt Neubrandenburg sogar noch über dem Landesdurchschnitt von ca. 36 Sozialhilfeempfängern je 1.000 Einwohner.² Der Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Angst vor Arbeitslosigkeit und die zunehmende Perspektivlosigkeit zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten Neubrandenburgs und veranlasst vor allem junge Menschen, die Stadt zu verlassen. Aufgrund der angespannten Situation im regionalen Wirtschaftssektor war auch in der Kommunalwahl 2004 die zukünftige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung Neubrandenburgs das dominierende Thema im Wahlkampf. Die kleinen Parteien, Wählergemeinschaften und Einzelbewerber gingen aus den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern als Gewinner hervor, da sie durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Sperrklausel den Sprung in die kommunalen Vertretungen schafften. „Die kommunalen Parlamente werden bunter“, so Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff.³ Überraschungen in der Zusammensetzung des neuen Stadtparlaments zeigten sich auch in Neubrandenburg.

1 Bevölkerungszahl Neubrandenburgs, Stand: 31.12.2003.

2 Angaben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern.

3 In dem Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 14.12.2000 wurde der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fünf-Prozent-Klausel im Kommunalwahlrecht Mecklenburg-Vorpommern für zulässig

2. Ausgangsbedingungen

Das politische Kräfteverhältnis ist in Neubrandenburg nicht durch eine überzeugende Mehrheit eines politischen Lagers in der Stadtvertretung gekennzeichnet. Die Zusammensetzung des Stadtparlaments offenbarte eine gewisse Ausgeglichenheit in der Sitzverteilung der zwei stärksten Kräfte CDU und PDS. Sie konnten 1999 34,9 Prozent bzw. 34,1 Prozent auf sich vereinen und somit 17 bzw. 16 Sitze erringen. Bei der Wahl mit 21,8 Prozent und zehn Sitzen in der Stadtvertretung leicht abgeschlagen, bildete die SPD die drittstärkste politische Kraft in Neubrandenburg. Gescheitert an der Fünf-Prozent-Hürde, blieb den kleinen Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Zugang zur Stadtvertretung verwehrt. Sie erreichten zusammen lediglich 3,7 Prozent der Stimmen. Ebenfalls gescheitert sind die Partei Bibeltreuer Christen (PBC) und die Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD). Jeweils einen Sitz hatten die Einzelbewerber Dr. Dietrich-Eckard Krause und Axel Wittmann inne.⁴

Die Zusammensetzung der Stadtvertretung spiegelte das „klassische“ Drei-Parteien-System wider. Innerhalb der Stadtvertretung initiierte die SPD-Kreisvorsitzende Sylvia Brettschneider ein rot-rotes Bündnis mit der PDS, das über klare Mehrheiten gegenüber der CDU verfügte und ein Gegengewicht zum später gewählten christdemokratischen Oberbürgermeister Dr. Paul Krüger darstellte.

Die politische Präsenz der CDU, PDS und der SPD in der Stadtvertretung ist auch ein Spiegelbild des Organisationsgrades der einzelnen Parteien in der Vier-Tore-Stadt. Mit einer Mitgliederzahl von 541 Personen hat die PDS unter den politischen Parteien den größten Stadtverband in Neubrandenburg, der zugleich einer der größten PDS-Verbände in Mecklenburg-Vorpommern ist. Die Gesamtmitgliederstärke der CDU in Neubrandenburg fällt mit 253 Angehörigen um einiges niedriger aus. Die SPD weist eine ähnliche Mitgliederstärke wie die Union auf. Bündnis 90/Die Grünen verfügen in den Kreisen Mecklenburg-Strelitz, Uecker-Randow und Neubrandenburg lediglich über eine Mitgliederkapazität von insgesamt 20 Personen.⁵

Neben den etablierten Parteien findet man vereinzelt engagierte Einzelbewerber, Wählergemeinschaften und Kleinstparteien, die regelmäßig zur Kommunalwahl antreten. So auch am 13. Juni 1999. Zum Teil konnten sie einige Wähler mobilisieren, doch vertraute eine

erklärt. Der Landtag wurde dazu verpflichtet, die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Fünf-Prozent-Hürde bei Kommunalwahlen zu prüfen. Der Gesetzgeber strich daraufhin die Sperrklausel. Alle abgegebenen gültigen Stimmen finden jetzt im Rechnungsverfahren Berücksichtigung.

4 Vgl. www.neubrandenburg.de (Ergebnis der Wahl der Stadtvertretung am 13. Juni 1999).

5 Die aktuellen Mitgliederzahlen sind der Homepage der jeweiligen Partei entnommen (www.pds-nb.de; www.cdu-mv.de/kv-nb; www.gruene-neubrandenburg.de; www.spd-nb.de).

Vielzahl der zur Wahl gegangenen Neubrandenburger eher auf die Kompetenz der etablierten Parteien.

Tabelle 1:
Ergebnis der Kommunalwahl 1999 in Neubrandenburg

Wahlvorschlag	Absolute Stimmen	Prozent	Sitze
CDU	27.846	34,9	17
SPD	17.374	21,8	10
PDS	27.238	34,1	16
FDP	1.761	2,2	0
Bündnis 90/Grüne	1.156	1,5	0
PBC	365	0,5	0
APPD	693	0,9	0
Dr. Dietrich-Eckard Krause	1.153	1,4	1
Axel Wittmann	870	1,1	1
Ursula Pientka	292	0,4	0
André Sandmann	842	1,1	0
Joachim Spieker	257	0,3	0
Wähler/Wahlbeteiligung	27.292	44,0	

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

APPD: Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands. PBC: Partei Bibeltreuer Christen.

Arbeitslosigkeit ist in der Stadt ein sehr gewichtiges und zentrales Problem, dem man nur mit einer aktiven Wirtschaftspolitik entgegenwirken kann. Unter anderem ist die hohe Arbeitslosenquote auf strukturelle Schwächen Neubrandenburgs zurückzuführen. Mit dem Slogan „Neubrandenburg gestalten, nicht nur verwalten!“ setzte sich die CDU in ihren Leitlinien zur Kommunalwahl 1999 verstärkt für eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ein, die als eines der Ziele eine deutliche Arbeitsplatzerrhöhung bis 2005 vorsah. Dies stieß bei den Neubrandenburgern offenbar auf positive Resonanz und fand letztendlich seinen Ausdruck im Wahlergebnis.⁶ Seit der Direktwahl am 6. Mai 2001 wird das Amt des Oberbürgermeisters vom ehemaligen Bundesminister Dr. Paul Krüger (CDU) besetzt, der Neubrandenburg zu einem modernen Wirtschaftsstandort ausbauen will.

Auf der anderen Seite existiert in Neubrandenburg eine starke PDS-Lobby, die sich besonders für soziale Angelegenheiten stark macht. Sie tritt verstärkt für eine sozial orientierte, bürgerfreundliche Kommunalpolitik ein. Eingeschlossen ist darin die Forderung nach bürgernahen Entscheidungen.

Rückläufige Bevölkerungsentwicklung, abnehmende Investitionstätigkeit und stagnierendes Wirtschaftswachstum, einhergehend mit weiterem Arbeitsplatzabbau, sind die Probleme, die die Stadtvertretung zu lösen hatte. Es wurden Beschlüsse gefasst, die die Grundlage für langfristige Entwicklungen schaffen sollte. Seitdem versucht man eine nachhaltige

6 Vgl. Richtlinien des CDU-Kreisverbandes Neubrandenburg zur Kommunalwahl 1999, am 17. April 1999 beschlossen. Ziel sollte eine Trendwende von einer verwaltenden hin zu einer gestaltenden Politik in Neubrandenburg sein.

Stadtentwicklung, die die allmähliche Beseitigung der strukturellen Schwäche Neubrandenburgs als Ziel hat. Dies beinhaltet unter anderem ein Sanierungskonzept zur Stärkung des Stadtkerns sowie der Region und eine kommunale Wirtschaftsförderung in Kooperation mit dem Umfeld. Dazu zählt die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Neuansiedlungen von Unternehmen einschließlich der Bestandspflege ortsansässiger Unternehmen. Eine überzeugend positive Veränderung ist bis zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht eingetreten. Viele Ziele, die sich die Vertreter der Stadt in den letzten Jahren in Bezug auf die Entwicklung in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt sowie im sozialen Bereich gesteckt haben, konnten nicht erreicht werden. Die wirtschaftliche und soziale Lage in Neubrandenburg ist weiterhin angespannt.⁷

3. Kandidaten und Wahlkampf

Am 13. Juni 2004 stellten sich insgesamt 16.631 Kandidaten zur Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern, 4,8 Prozent davon für die Stadtvertretungen der kreisfreien Städte. Neubrandenburg besaß mit einer Gesamtzahl von 111 Bewerbern ein weites Spektrum an Wahlvorschlagsträgern, darunter auch zwei Einzelbewerber. Die CDU stellte mit 32 Personen die meisten Kandidaten, gefolgt von der PDS mit 24 und der SPD mit 20. Die FDP verfügte über 16 Bewerber und Bündnis 90/Die Grünen über sieben. Die verschiedenen Wählergruppen stellten insgesamt zehn Kandidaten.⁸

Bündnis 90/Die Grünen entschieden sich in ihrer letzten Mitgliederversammlung vor der Wahl, mit offenen Listen zur Kommunalwahl 2004 anzutreten, um „verkrustete Strukturen aufzubrechen und das Bürgerengagement in den Parlamenten zu stärken“.⁹ Sie wollten dabei bewusst auf Einzelpersonen, Vereine und Institutionen zugehen. Ihr Ziel bestand darin, eine Liste aufzustellen, die einen hohen Anteil an Parteilosen aufweist. Das Resultat war eine bunte Kandidatenliste, die vom Studenten über den Elektriker und Bürokaufmann bis hin zum Diplomsozialpädagogen reichte. Unter der Überschrift „für ein generationsgerechtes, familienfreundliches, wirtschaftlich starkes und sozial orientiertes Neubrandenburg“, stellten sie ihr Wahlprogramm für die Wahl 2004 vor. Wichtige Forderungen waren unter anderem die Schaffung eines familienfreundlichen Klimas nach dem Motto „Neubrandenburg, die Stadt der kurzen Wege“ sowie die Modernisierung der Verwaltung im Hinblick auf mehr Effizienz.¹⁰

7 Die Arbeitslosenquote stieg von 17,9 (1999) auf 22,7 Prozent (2003). Im April 2004 lag sie bei 22,2 Prozent.

8 Vgl. Pressemitteilung des Landeswahlleiters vom 25.05.2004 (7/2004).

9 Vgl. Pressemitteilung des Kreisverbandes vom 19.10.2003.

10 Vgl. www.gruene-neubrandenburg.de.

Aufgrund der Streichung der Fünf-Prozent-Sperrklausel versprach man sich gute Chancen, in die Stadtvertretung einzuziehen. Die FDP eröffnete mit ähnlichem Optimismus ihren Wahlkampf. Ihr Landesschatzmeister Christian Ahrendt ging sogar von einem überzeugenden Ergebnis der FDP bei der Kommunalwahl 2004 aus.¹¹ Ebenfalls wie Bündnis 90/Die Grünen setzten die Liberalen auf ein ehrgeiziges Wahlprogramm. Durch Veranstaltungen in der Innenstadt versuchten sie zusätzlich, den Bürgern Neubrandenburgs die Kandidaten und das Programm näher zu bringen. „Bildung ist Zukunftssicherung“, „Kultur ist Gradmesser für Lebensqualität“ und „Sport ist wichtig für das Wohlbefinden des einzelnen Menschen“ waren die Schlagwörter, mit denen die FDP im Wahlkampf agierte.¹² Sie maß vor allem der Bildung, der Jugendförderung, dem Sport und der Unterstützung von Senioren viel Bedeutung bei. Die SPD setzte in allen Phasen des Wahlkampfes, anders als CDU oder FDP, auf die personelle Komponente. „Wir haben Kommunalwahlen und wir haben Personenwahlen“, verdeutlichte Dr. Lübbert, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Stadtvertretung, beim offiziellen Wahlkampfauftakt.¹³ Die SPD trat mit den bisherigen Stadtvertretern Joachim Lübbert und Ines Haselau sowie dem Unternehmer Klaus-Detlef Schnoor als Spitzentrio an. Unter den 20 Kandidaten waren erneut alle sozialdemokratischen Stadtvertreter zu finden. Auch zwei parteilose Bewerber nominierte man: Frank Münzberger, engagiert im Tafel-Verein, und Monika Bittkau vom Demokratischen Frauenbund. Sechs Sozialdemokraten gingen erstmals ins Rennen, darunter Dr. Roman Oppermann, Professor an der Fachhochschule Neubrandenburg.

Eine Prognose zum Wahlausgang wollte die SPD zu dem Zeitpunkt nicht in Prozenten formulieren. „Wir sind der Ansicht, dass wir zahlenmäßig so stark sein wollen, politische Entscheidungen mitzugestalten“, so Sylvia Brettschneider, SPD-Kreisvorsitzende und Landtagspräsidentin.¹⁴ Sehr viel Aufmerksamkeit schenkte die SPD den Auswirkungen, die durch die Reduzierung der Sitze in der Stadtvertretung von 45 auf 43 und dem Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde eintreten konnten. Bereits auf der Mitgliederversammlung im Vorfeld der Wahlen hatte man sich einheitlich auf die kommunalpolitischen Leitlinien 2004-2009 festgelegt, die dann auch wesentlicher Bestandteil der Kommunalwahl waren. Als einige der wichtigsten Punkte benannte Sylvia Brettschneider die Sicherung und Erweiterung der

11 Nach Ansicht des FDP-Landesschatzmeisters Christian Ahrendt hat sich seine Partei in den letzten Wochen vor der Wahl als alleiniger politischer Meinungsführer in der Kommunalpolitik etabliert. Die politischen Gegner seien inhaltsleer, so Ahrendt selbstbewusst. (vgl. M-V liberal: Endspurt zur Kommunalwahl 2004; Ausgabe 03-2004).

12 Vgl. Wahlprogramm der FDP, auf dem Kreisparteitag am 15. März 2004 beschlossen.

13 Gründe für die Entscheidung zur Ausrichtung der Wahl auf Personen lagen vor allem in der negativen Stimmungslage bezüglich der SPD bundesweit. Man setzte auf die persönliche Anziehungskraft der SPD-Kommunalpolitiker. (vgl. Pressemitteilung vom 17.05.2004).

14 Vgl. Pressemitteilung des SPD-Kreisverbandes Neubrandenburg, Mai 2004.

finanziellen Spielräume der Kommune, die Unterstützung der ortsansässigen Unternehmen und das Bekenntnis zur Fachhochschule.

„Mit Sinn und Verstand“, las man in großen Lettern auf den Großplakaten der CDU, die an den Hauptverkehrsadern der Stadt aufgestellt waren.¹⁵ Die CDU versuchte gezielt die „schlechte Stimmungswolke“ für die rot-rote Landesregierung und die Bundespolitik in ihrem offensiv angelegten Wahlkampf zu nutzen, indem sie in ihrem Rahmenprogramm für Mecklenburg-Vorpommern nicht selten auf fehlende Problemlösungskompetenzen der Landes- und Bundesregierung hinwies. Unterstützung erhielt die Nordost-Union von der Bundesvorsitzenden Dr. Angela Merkel, die auf der CDU-Veranstaltung in der Stadthalle Neubrandenburg den Wahlkampf einläutete. Kommunalpolitik, so Merkel, sei der schwerste Politikbereich: „Als Kommunalpolitiker ist man immer in greifbarer Nähe“. Der Kreischef Burkhard Räuber wertete die Veranstaltung für den Wahlkampf der CDU in der Stadt als „vollen“ Erfolg, trotz der Tatsache, dass einige Jusos die Rede durch Pfiffe und das Verteilen von Flugblättern mit der Aufschrift „Nicht der Rede wert“ störten.¹⁶ Auch in dieser Wahl setzte die CDU ihre thematischen Schwerpunkte im Bereich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ihrer Meinung nach ist eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zugleich die beste Sozialpolitik gegen Arbeitslosigkeit und Abwanderung.

Der Kreisverband der PDS baute auf ein Wahlprogramm, mit dem sich die Partei bürgernah als linke kommunalpolitische Kraft profilieren wollte. Ihr Ziel war ein Wahlergebnis, das der CDU-regierten Stadtverwaltung eine starke und sozial engagierte PDS im Stadtparlament gegenüberstellen sollte. In ähnlicher Weise wie Bündnis 90/Die Grünen bot auch die PDS interessierten Bürgern an, auf einer offenen Liste für das Stadtparlament zu kandidieren. Man wünschte sich eine große Vielfalt in der Stadtvertretung. Deshalb ermunterte man Vereine, Verbände und Institutionen, über aufgestellte Kandidaten eigene Interessen wahrzunehmen. Der Mieterverein Neubrandenburg e.V. kam diesem Vorschlag nach und kandidierte mit seinem Vorsitzenden Peter Krautz (parteilos) auf der Liste der PDS in den Wahlkreisen 1 (Oststadt, Industrieviertel) und 3 (Stadtgebiet West, Reitbahnweg, Datzeviertel). Die Spitzenplätze auf allen Listen der PDS wurden einheitlich durch die prominentesten Kandidaten besetzt. Einer der Favoriten war der Kreisvorsitzende Dieter Kowalick. Bei der Wahl der Kandidaten legte man Wert darauf, dass eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent erfüllt würde. Im Zentrum des politischen Wirkens stand der Wunsch nach einem „sozialen Neubrandenburg mitten in Europa“. Die Aufmerksamkeit der PDS galt vor allem

15 Mit diesem Rahmenprogramm, beschlossen auf dem 19. Landesparteitag der CDU M/V am 7. Mai 2004, wollte die CDU ihre Position als stärkste kommunalpolitische Kraft weiter festigen.

16 Vgl. Ruhige und unruhige Spione, in: Nordkurier, 08.05.2004.

der Aufgabe, die Stadt als attraktiven Arbeits- und Lebensstandort, frei von Ausgrenzung und Intoleranz zu entwickeln.¹⁷

Die von Klaus Schier ins Leben gerufene Wählergemeinschaft Allgemeine Unzufriedenheit ins Rathaus (AU) hatte sich zur Aufgabe gemacht, Probleme der Bürger direkt aufzugreifen und sie in die Stadtvertretung zu tragen. Der Vorsitzende Klaus Schier war früher SPD-Landtagsabgeordneter (Eintritt in die SPD 1997), ist aber aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen und der für ihn nicht mehr tragbaren Politik der SPD nach einem fast zwei Jahre andauernden Konflikt ausgetreten. Die AU setzt sich überwiegend aus früheren Mitgliedern der SPD zusammen, die Schier für sich und seine Politik gewinnen konnte.

Die Palette an Mitteln, die im Wahlkampf aufgewandt wurde, reichte von Bürgerforen über Wahlveranstaltungen, thematischen Aktionstagen, Infoständen bis hin zu Plakatierungen und Materialverteilung. Das Wahlplakat war als klassisches und bewährtes Mittel auch in dieser Wahl wieder der dominierende „Übermittler“ der Botschaften. Gleichzeitig stellten der Nordkurier und das an alle Haushalte kostenlos gelieferte Infomagazin „Blitz“ eine wichtige Kommunikationsebene dar, die durch ihre Berichterstattung oder durch gezielt geschaltete Anzeigen den Bürgern der Stadt die Wahlprogramme näher bringen sollten. Eine intensive Berichterstattung von Seiten der benannten Zeitungen wurde jedoch nicht geliefert. Nur vereinzelt erschienen Artikel, die zu bestimmten Themen Auskunft gaben. Verstärkt setzte man auf das Internet, das sich als kostengünstige, schnell zu aktualisierende und effektive Alternative zum Printmedium anbot. Man konnte in diesem Bereich eine intensive Arbeit feststellen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Wahlkampf 2004 in Neubrandenburg wenig spektakulär verlaufen ist, und man die Wählerschaft nicht ausreichend mobilisieren konnte. Es zeigte sich eine besondere Dominanz der drei großen Parteien CDU, SPD und PDS, was sich unter anderem verstärkt in der Quantität der Wahlplakate widerspiegelte, die diese Parteien auf die Stadtgebiete verteilten.

4. Wahlergebnis

Der Gemeindevwahlausschuss hatte in seiner Sitzung am 17. Juni 2004 das Gesamtergebnis der Gemeindevwahl der Stadt Neubrandenburg festgestellt. Das vorläufige Ergebnis zeigte bereits das, was in den meisten parteiinternen Kreisen schon vor der Wahl vermutet wurde: Die Menschen zeigten wenig Interesse, zur Wahl zu gehen. Mit 39,0 Prozent ging die

¹⁷ Aus dem Blickwinkel der PDS schuf die Bundesregierung eine Gesetzgebung, durch die sich die kommunale Selbstverwaltung immer schwieriger gestalten lässt. Die Sozialisten fordern deshalb radikales Umdenken und eine kommunalfreundliche Rahmengesetzgebung.

Wahlbeteiligung im Vergleich zu 1999 (44 Prozent) spürbar zurück. Die Stimmenanteile für die etablierten Parteien sind entsprechend zurückgegangen.

Tabelle 2:
Ergebnis der Kommunalwahl 2004 in Neubrandenburg

	Absolute Stimmen	Prozent	Sitze
CDU	20.821	31,6	14
SPD	13.248	20,1	9
PDS	19.754	30,0	13
FDP	3.648	5,5	2
Bündnis 90/Die Grünen	1.896	2,9	1
AU	4.966	7,5	3
Christiane Kersting	623	0,9	0
Hans-Jürgen Schulz	938	1,4	1
Wähler/Wahlbeteiligung	22.916	39,0	

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

Nach der Auszählung der Stimmen erhielt die CDU 31,6 Prozent der gültigen Stimmen und ging somit trotz eines Verlustes von 3,3 Prozentpunkten als Sieger aus der Wahl hervor. Die PDS zog mit einem Ergebnis von 30,0 Prozent wieder als zweitstärkste Fraktion in das Stadtparlament ein. Die SPD erreichte 20,1 Prozent gegenüber 21,8 Prozent bei der Kommunalwahl 1999 (-1,7 Prozentpunkte). Wirkliche Gewinner der Wahl waren die kleinen Parteien. Die FDP bekam 5,5 Prozent der gültigen Wählerstimmen und Bündnis 90/Die Grünen konnten 2,9 Prozent für sich verbuchen. Durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde schafften die Grünen den Einzug in die Stadtvertretung Neubrandenburg. Insbesondere die Wählervereinigung Allgemeine Unzufriedenheit ins Rathaus unter Klaus Schier profitierte mit 7,5 Prozent offensichtlich von den Stimmenverlusten der großen Parteien. Die Sitzverteilung der Stadtvertretung sieht nach der Wahl folgendermaßen aus: Von insgesamt 43 Mandaten entfielen 14 Sitze auf die CDU, neun auf die SPD, 13 auf die PDS, zwei Sitze auf die FDP und auf Bündnis 90/Die Grünen ein Sitz. Die AU bekam drei Sitze und Hans-Jürgen Schulz einen.

Das langjährige CDU-Mitglied Günter Rühls wurde in der konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung zum neuen Stadtpräsidenten gewählt. Die FDP kann mit ihren zwei Vertretern, darunter mit dem 1999 noch als Einzelbewerber angetretenen Dietrich-Eckard Krause vorerst eine Fraktion bilden. Es bleibt jedoch die endgültige Entscheidung des Landesverfassungsgerichts in dieser Sache abzuwarten.¹⁸

18 Vgl. den Beitrag von Steffen Schoon in diesem Band.

5. Schlussbetrachtung

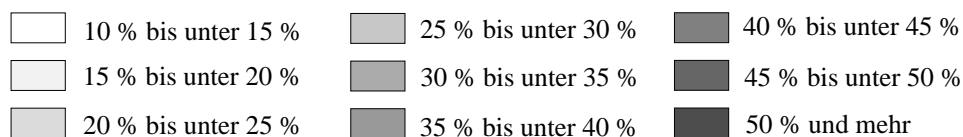
Das Wahlergebnis der Kommunalwahl 2004 in Neubrandenburg zeigt deutlich, dass weder die CDU mit dem Oberbürgermeister Dr. Paul Krüger ihr Ziel einer schwarz-gelben Mehrheit in der Stadtvertretung erreicht hat, noch eine positive Bestätigung der SPD-PDS Zusammenarbeit seitens des Wählers zustande kam. Die 7,5 Prozent für die Wählergemeinschaft Allgemeine Unzufriedenheit ins Rathaus ist ein Hinweis darauf, dass viele Neubrandenburger mit dem Politikangebot und der Arbeit der großen Parteien nicht zufrieden sind und deren Vertretern kein Vertrauen mehr schenken, wenn es um die Lösung der Zukunftsprobleme der Stadt geht. Keiner Partei bzw. Wählergemeinschaft ist es gelungen, die Jugendlichen ab dem 16. Lebensjahr für die Wahl ausreichend zu begeistern. Die Bereitschaft zur Teilnahme an der Kommunalwahl und der Europawahl war auch in diesem Wahljahr sehr gering. Mit einer Wahlbeteiligung von unter 40 Prozent wurde ein neues Rekordtief erreicht.

In der neuen Wahlperiode will man aus den Reihen der SPD „ein Zeichen des Aufbruchs und eines neuen Politikstils in Neubrandenburg“ setzen. Die Sozialdemokraten würden eine Zusammenarbeit zwischen dem Oberbürgermeister, der Stadtverwaltung und der Stadtvertretung anstreben, die auf Vertrauen basiere und sich am Nutzen für die Stadt orientiere, so der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Mitte, Christoph Schwarz. Die SPD-Kreisvorsitzende Sylvia Brettschneider setzt dagegen weiter auf die Fortführung der Koalition zwischen SPD und PDS, was der Forderung des Ortsvereins Mitte widerspricht. Unterschiedliche Positionen dazu findet man nicht nur innerhalb der SPD, sondern auch in den Reihen der PDS. Diese deutete in ihrem Wahlkampf bereits auf die Notwendigkeit einer starken Opposition als Gegengewicht zum CDU-Oberbürgermeister Paul Krüger hin und steht einer Zusammenarbeit mit der CDU eher verhalten gegenüber. Zwangsläufig stellt sich die Frage, ob die rot-rote Zusammenarbeit aufgrund der unterschiedlichen Auffassung innerhalb der SPD und bei der PDS in Bezug auf die zukünftige Arbeit in der Stadtvertretung ein mögliches Ende findet. Zurzeit sind die „Koalitionsverhandlungen“ mit der PDS ausgesetzt.

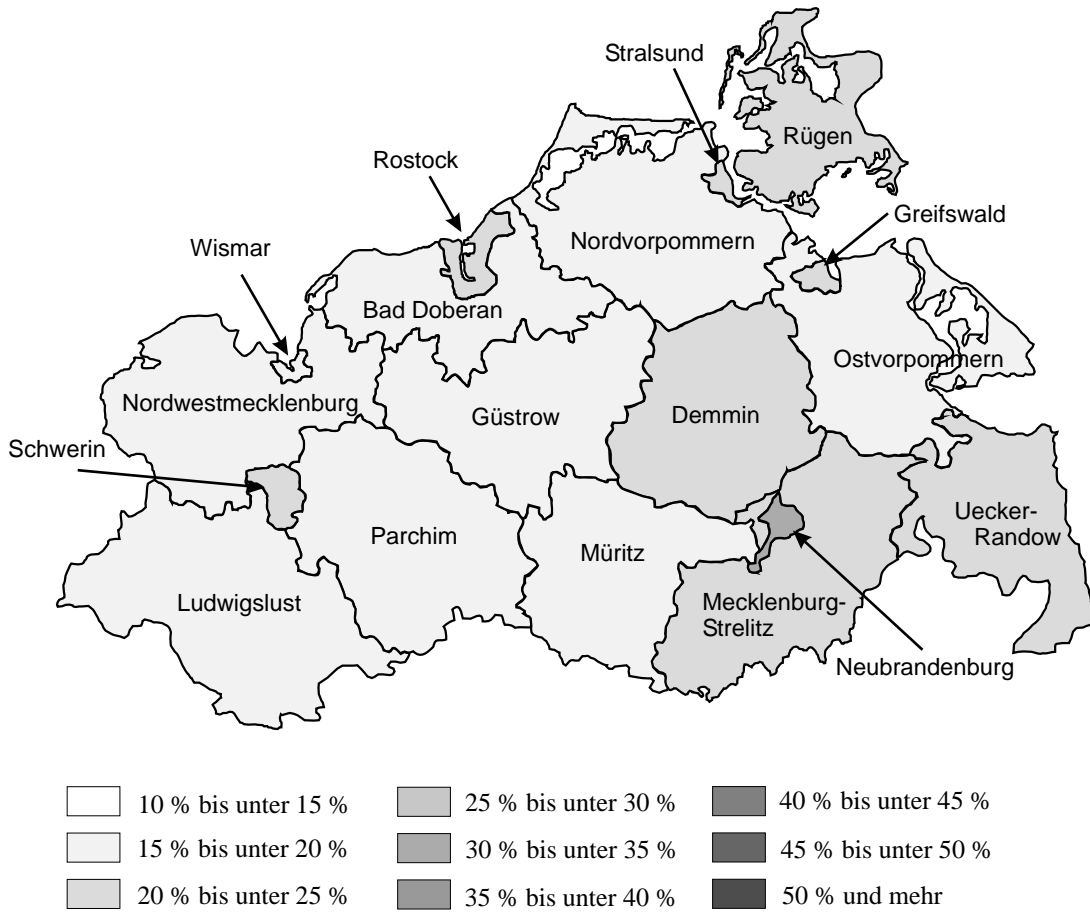
Kartenanhang

Karte 1:

Ergebnisse von CDU und SPD bei den Kreistagswahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 2:
Ergebnisse der PDS bei den Kreistagswahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern



Darstellung: Steffen Schoon.

Die Autoren

- Sandro Geister** Student der Politikwissenschaft und Neueren Geschichte Europas an der Universität Rostock.
- Reiner Holznagel, M.A.** Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Sven Klüsener, M.A.** Geschäftsführer der AWO-Sozialdienst Rostock gGmbH.
- Annemarie Kophal** Studentin der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Rostock.
- Daniel Otto** Student der Politikwissenschaft und der Geschichte an der Universität Rostock.
- Steffen Schoon, M.A.** Lehrbeauftragter und Doktorand am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
- Robert Schulz, M.A.** JTS Assistant bei INTERREG IIC North, Rostock, Doktorand am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
- Christian Schwießelmann, M.A.** Doktorand am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
- Danilo Vitense** Student der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Rostock.
- Nikolaus Werz, Prof. Dr.** Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften.

Ausgewählte Publikationen der Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“¹

a) Einzelveröffentlichungen / Sammelbände

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 6).

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen (Hg.): Mecklenburg-Vorpommern im Wandel. Bilanz und Ausblick. München 1998.

WERZ, Nikolaus; HENNECKE, Hans Jörg (Hg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern. München 2000.

WERZ, Nikolaus u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2001 (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung; 15).

b) Aufsätze / Artikel

SCHMIDT, Jochen; WERZ, Nikolaus: Das Dilemma der SPD. In Mecklenburg-Vorpommern gelingt es den Sozialdemokraten nur schwer, zwischen CDU und PDS Fuß zu fassen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.10.1994, S. 12.

WERZ, Nikolaus: Vor den Wahlen. Ein Stimmungsbericht aus dem Nordosten. In: Gegenwartskunde, Jg. 27 (1998), H. 1, S. 7-13.

WERZ, Nikolaus: Nach den Wahlen. Das Problem des Rechtsextremismus ist nur aufgeschoben. In: Gegenwartskunde, (1998), H. 4, S. 419-424.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Fragile Mehrheit der Sozialdemokraten. Die Stabilisierung eines Dreiparteiensystems in Mecklenburg-Vorpommern. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.10.1998, S. 15.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 30 (1999), H.1, S. 97-116.

WERZ, Nikolaus: Vom Tabubruch zur Normalität. Die rot-rote Koalition Mecklenburg-Vorpommerns im deutschen Parteiensystem. In: VILLINGER, Ingeborg; RIESCHER, Gisela; RÜLAND, Jürgen (Hg.): Politik und Verantwortung. Festgabe für Wolfgang Jäger zum 60. Geburtstag. Freiburg 2000, S. 274-278.

SCHOON, Steffen: Zwischen „Ostkompetenz“ und Entzauberung. Die PDS und ihre Wähler in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1994 und 1998. In: Deutschland Archiv, 34. Jg. (2001), H.5, S. 777-784.

WERZ, Nikolaus: Die Landtags- und Bundestagswahl 2002 in Mecklenburg-Vorpommern. In: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik, 2002, H.4, S.463-470.

SCHOON, Steffen: Sind Mecklenburg-Vorpommern und die anderen neuen Bundesländer im Deutschen Bundestag unterrepräsentiert? In: Statistische Monatshefte Mecklenburg-Vorpommern (2002), H.12, S. 307-312.

WERZ, Nikolaus; SCHMIDT, Jochen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 34 (2003), H.1, S. 60-79.

¹ Nach dem Erscheinungsdatum gelistet.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zur Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien
(Jürgen Rüland 1994)
- Heft 2** Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien
(Christian Wagner 1995)
- Heft 3** Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer
Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien -
Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock
(Peter Birle/Nikolaus Werz 1995)
- Heft 4** Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der
Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
(Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüland 1995)
- Heft 5** The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship?
(Jürgen Rüland 1996)
- Heft 6** Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern
(Nikolaus Werz/Jochen Schmidt 1996)
- Heft 7** Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien
(Christian Wagner 1997)
- Heft 8** Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in
Mecklenburg-Vorpommern
(Conchita Hübner 1997)
- Heft 9** Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit
(Martina Zellmer-Bjick 1997)
- Heft 10** Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der
persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten
(Falko Brinner/Michael Storck 1998)
- Heft 11** Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern
(Johann-Friedrich Engel 1999)
- Heft 12** Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela
(Friedrich Welsch/Nikolaus Werz 1999)
- Heft 13** Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand
(Yves Bizeul/Matthias Schulz 2000)
- Heft 14** Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990
(Conchita Hübner-Oberndörfer 2001)

- Heft 15** Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
(Nikolaus Werz u.a. 2001)
- Heft 16** Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin
(Dieter Schröder u.a. 2002)
- Heft 17** 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion
von Prof. Dr. Dieter Schröder
(Yves Bizeul u.a. 2002)
- Heft 18** Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus,
Fremdenfeindlichkeit und Gewalt
(Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz 2003)
- Heft 19** Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus
(Gudrun Heinrich 2004)
- Heft 20** Jugend und Politik – Verdrossenheit?
(Gudrun Heinrich 2004)
- Heft 21** Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern.
Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte
(Hans Jörg Hennecke 2004)
- Heft 22** Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern
(Steffen Schoon u.a. 2004)

Der Großteil der Reihe „Rostocker Informationen zur Politik und Verwaltung“ ist auch von den Internetseiten des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften unter der Adresse <http://www.wiwi.uni-rostock.de/~polreg/content/institutsreihe.htm> abrufbar.